

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 3,00 Mk. vierteljährlich, 10,00 Mk. halbjährlich, 18,00 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagshefte. Die Preise betragen 10 Pf. Postabonnements: 1,00 Mk. pro Quart, 3,00 Mk. pro Halbjahr, 6,00 Mk. pro Jahr. In den Postämtern sind die Preise für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mk., für das übrige Ausland 4 Pf. pro Quart, Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Original 1916.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Verhandlungs-Notizen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 20 Wörter, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlichtungsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Mittwoch, den 31. Mai 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Handelspolitik und Sozialdemokratie.

II.
 Kommen wir jetzt zum Kern der Frage, unserer Stellung zur Handelspolitik, so ist es nicht notwendig viel zu reden über den Einfluß der Zölle, insbesondere der Agrarzölle auf die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes; seit dem Inkrafttreten des Zolltarifs von 1902 im Zusammenhang mit dem famosen Einfuhrsteuersystem und dem Steigen der Weltmarktpreise für die wichtigsten Agrarprodukte hat das deutsche Volk die wachsende Teuerung zur Genüge zu verspüren bekommen. Viel wichtiger ist es, auf die Rolle des Schutzzolles in der imperialistischen Phase der kapitalistischen Entwicklung hinzuweisen: „Der Kampf um die Handelspolitik“ (Hilferding „Der Funktionswandel des Schutzzolls“) ist nichts anderes als der Kampf, der die wirtschaftliche Macht der Kapitalistenklasse zusammenschließenden Unternehmerverbände um die staatliche Macht, die ihren Zwecken dienstbar gemacht werden soll.“ Alles, was Hilferding sagt über die Gründe der Industriellen, ihren Widerstand gegen die Agrarzölle aufzugeben, über den Einfluß der Zölle auf die Kartell- und Syndikatsbildung mit ihrer Produktionskontingentierung, ihrer Schaffung von Monopolpreisen auf dem inneren Markt durch Fernhalten der ausländischen Konkurrenz nach Ausschaltung der inländischen, über die durch den Schutzzoll auf die Spitze getriebene Verwandlung der gesamten Wirtschaft der Gesellschaft in Ausnutzungsmittel in den Händen des Finanzkapitals ist ein unverlierbarer Teil unserer wissenschaftlichen Erkenntnis der heutigen Gesellschaftsordnung geworden.

Der Schutzzoll ist eines der Machtmittel des entwickelten Kapitalismus, dessen Politik wir als Imperialismus kennzeichnen; es ist ein Teil des Imperialismus selbst. Wer die Wirkungen seiner aggressiven Tendenzen sich vor Augen führen will, braucht nur das deutsch-englische Verhältnis vor dem Kriege zu betrachten und die Rolle, die der deutsche Hochschutzzoll und der durch ihn ermöglichte deutsche Schutzeinfuhr in den Argumenten der britischen Tarifreformer für die Schaffung eines größerbritischen Zollverbandes gespielt haben. Darum muß sich unsere Stellungnahme zum Schutzzoll ergeben aus unserer Haltung zum Gesamtproblem der imperialistischen Politik selbst. Betrachten wir den Imperialismus als ein notwendiges Durchgangsstadium zum Sozialismus, wobei wir uns bewußt sind, daß es für uns nichts anderes gibt, als sich der geschichtlichen Notwendigkeit fügen, so gilt das auch für den Schutzzoll: dann hat es keinen Sinn, ja es bedeutet eine reaktionäre Haltung, gegen ihn anrennen zu wollen, dann müssen wir ihn mit allen seinen Folgen über uns ergehen lassen, bis wir — den Sozialismus haben.

Aber da ist dann auch die Frage zu beantworten: Hat das Proletariat die Politik, die die Finanzkapitalisten betreiben, mitzumachen, zu unterstützen oder hat es seine besondere Politik im Gegensatz zu der des Finanzkapitals, also auch im Gegensatz zum Imperialismus zu betreiben? Daß aber dieser Standpunkt des fatalistischen Hinnehmens der kapitalistischen Tendenzen alles eher denn marxistisch ist, darüber ausführlicher zu reden, erübrigt sich wirklich.

Wie unser Kampf gegen das kapitalistische System gipfeln muß in dem Kampfe gegen den Imperialismus, so müssen wir auch seine Teilerscheinung, die neuzeitliche Hochschutzzollpolitik bekämpfen, ganz abgesehen davon, daß sie dahin wirkt, die Ausbeutung der Arbeiterklasse auf direktem Wege zu verschärfen und ihre Lebenshaltung herabzudrücken. Hätte es noch irgendwelcher Beweis bedurft bezüglich des wirklichen Charakters und der Grundtendenzen unserer Zollpolitik, der Verlauf des Krieges hat sie in Hülle und Fülle gebracht in beiden feindlichen Lagern: Ueberall sehen wir die Propaganda dafür, die ganze Handelspolitik auf imperialistische Machtverhältnisse zu gründen.

Nun sind sich ja einseitige Beurteiler selbst im kapitalistischen Lager darüber klar, daß die Propagierung von Wirtschaftsbündnissen mit der Spitze nach außen im gegnerischen Lager mit den gleichen Gegentendenzen beantwortet würden, daß damit die wirtschaftlichen Gegensätze und die Gefahr enger Konflikte zwischen den beiden Mächtegruppen in die weitere Zukunft hinein in verstärktem Maße aus dem Kriege hinübergenommen würden.

Wenn hierzu z. B. in der Frankfurter „Volksstimme“ (13. 1. 16) gesagt wird, daß die höhere Form des handelspolitischen Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Interesse der Arbeiterklasse wie der Bourgeoisie Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Balkanstaaten und der Türkei liege, und daß die Sozialdemokratie deshalb diese Bewegung fördern müsse, oder wenn es in der erwähnten Arbeit von Arnold heißt, solche Zollbündnisse seien die natürlichen Keimzentren eines immer umfassender werdenden westeuropäischen Wirtschaftsgebietes, so kann man demgegenüber mit viel größerem Rechte behaupten, dieses Bündnis werde bei sonstiger Aufrechterhaltung oder gar Verschärfung der schutzzöllnerischen Tendenzen in durch die notwendig hervorgerufenen Gegentendenzen einen wirtschaftlichen und

politischen Rückschritt bedeuten. Das Gesamtwirtschaftsinteresse Deutschlands erfordert den allseitigen Abbau der Zölle, die seiner Exportindustrie Hemmungen bereiten und die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft, vor allem der Viehzucht hintangehalten haben.

Lehrreich in dieser Hinsicht ist übrigens ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“ (1. Morgenbl. Nr. 126 und 129 vom 7. und 10. Mai) „Handelspolitik und Krieg“ wo das handelspolitische Kriegsziel Deutschlands dahin gekennzeichnet wird, daß wir das brauchen, was wir hatten, das Weltreich der Arbeit, das nicht auf Gewalt, sondern auf Leistung beruht, das in Einfuhr und Ausfuhr, in Welthandel und Schifffahrt, in freier industrieller und finanzieller Betätigung jenseits der politischen Grenzen bestand, und daß Deutschland bereit und gewillt bleibe, zu kaufen und zu verkaufen.

Und zu der Utopie der Selbstversorgung und Selbstgenügsamkeit schreibt sie, daß eben die Tatsache, daß wir nicht selbstgenügsam waren, uns vor der Aushungerung geschützt hat:

„Vorräte gab es nämlich nur in den Waren, die wir vom Ausland zu beziehen gewohnt waren. Es gab keine Vorräte in Getreide, was mit dem Zoll und dem Einfuhrsteuersystem zusammenhängt (...). Aber Vorräte gab es in ausländischen Nahrungsmitteln... Vorräte gab es in industriellen Rohstoffen... Vorräte boten und die Viehbestände, die wir über die eigene Futterproduktion hinaus mit ausländischem Futter herangezogen hatten; sie waren die einzige Nahrungsmittelreserve großen Stils, von der wir zehren konnten und tatsächlich, durch Verminderung des Viehbestandes, zehren.“

Diese Sätze verdienen unterstrichen zu werden, ebenso wie der andere Satz, der auch vom Standpunkt des arbeitenden Volkes aus fordert: „Wir müssen nicht nur genügende, sondern wir müssen auch erschwingliche Lebensmittel haben, und die Sorge dafür wird nach dem Kriege noch dringender als vor dem sein.“ Alle Selbstversorgung bedeutet — falls sie überhaupt möglich ist — eine Vertenerung des notwendigen Lebensunterhaltes und eine unwirtschaftliche Verwendung von Arbeit.

Der Streit um das Kriegsziel.

Im Reichstage gab es gestern mancherlei Ueber-raschungen. Zunächst blieb die am Schluß der letzten Donnerstagssitzung angekündigte Antwort des Herrn Ministerialdirektors Dr. Lewald auf die Anklage des Genossen Dittmann gegen Belagerungszustand und Zensur völlig aus; Herr Lewald war zwar in der Sitzung anwesend, er zog es aber vor, überhaupt nicht das Wort zu nehmen. Die Debatte entfernte sich bald gänzlich vom eigentlichen Thema. Statt über Belagerungszustand und Zensur wurde über Kriegsziele und Frieden geredet, einmal, weil diese Fragen heute alles beherrschen und von selber bei politischen Debatten in den Vordergrund treten, zum andern aber auch, weil es die Konserverativen und die Nationalliberalen planmäßig auf einen Vorstoß gegen die nach ihrer Ansicht schlappe Kriegspolitik der Reichsregierung abgesehen hatten. Genosse Koske als erster Redner stellte das sofort fest und polemisierte gegen die Reden der Herren Hertel, Martin und Hirsch vom letzten Donnerstag, soweit es sich dabei um Propaganda für die Anwendung des rücksichtslosen U-Bootkrieges und die all-deutschen Kriegsziele drehte. Dann ging der Redner auf die Frage ein, ob die Zensur nicht töricht handle, der Presse es unmöglich zu machen, als Sicherheitsventil zu wirken. Er wandte sich in wirksamer Weise gegen die Ruhnießer des Krieges, die ihn ins Endlose verlängern und jede Friedensvermittlung verhindern möchten. Der Schluß der Rede Koskes lag aus in die Forderung eines Friedens, der Deutschland Freiheit, Unabhängigkeit und Entwicklungsmöglichkeit sichert. Der Fortschrittler Gotthein bejahte das sich wieder etwas mehr mit dem eigentlichen Thema: Belagerungszustand und Zensur. Er polemisierte dabei zum Teil gegen die Ausführungen des Genossen Dittmann vom letzten Donnerstag. Der Nationalliberale Stresemann glaubte dasselbe tun zu müssen und wandte sich auch gegen die Darlegungen des Genossen Koske über die Kriegszielfragen. Dabei erging er sich in Angriffen gegen den amerikanischen Präsidenten Wilson und dessen Friedensbemühungen. Darauf nahm Herr Staatssekretär Dr. Helfferich das Wort, um im wesentlichen noch einmal zu wiederholen, was stets von der Regierung gesagt worden ist: man könne die Diskussion der Kriegsziele im Interesse des Landes noch nicht freilaßen. Der Konserverative v. Graefe ritt darauf eine rücksichtslose Attacke gegen die „schlappe“ Politik der Reichsregierung in der Kriegsfrage und forderte, daß „die tintige Feder nicht alles lapult mache, was das Schwert erworben“ habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Jagow, antwortete dem Vorredner kurz wegen einer Einzelheit ohne auf seine allgemeinen Angriffe näher einzugehen.

Als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft führte Genosse Stadthagen zunächst die Debatte noch einmal auf ihr eigentliches Gebiet zurück und brachte weiteres Material über die Handhabung des Belagerungszustandes und der Zensur bei. Er behandelte dabei auch den Inhalt der beiden kurzen Anfragen, die von Ledebour und

ihm gestellt worden waren und Eingriffe der Behörden zugunsten der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion betrafen, ferner das Eingreifen des Gendarmen in der Parteiverammlung in Langenbielau.

Zum Schluß ging Genosse Stadthagen auf die Kriegszieldebatte ein. Staatssekretär Dr. Helfferich polemisierte sodann gegen seine beiden letzten Vorredner und glaubte dadurch, daß er den einen gegen den anderen auspielte, die Aufrechterhaltung der Zensur rechtfertigen zu können. Gegen Herrn Graefe erhob er den Vorwurf, mit seinen Ausführungen über die Schlappheit der Regierung die Landesinteressen geschädigt zu haben. Genosse Stadthagen bekam die gleiche Zensur, weil er Frieden ohne Sieger und Besiegte gefordert hatte. Genosse Dr. David trat noch einmal in längeren Ausführungen gegen den Konserverativen Graefe und den Nationalliberalen Hirsch auf und bekämpfte deren Draufgängerpolitik. Das lockte Herrn Hirsch nochmals auf die Tribüne, um seine Rede vom Donnerstag und auch die des Herrn Graefe an Richtigkeitlosigkeit der Kritik gegenüber der Regierung noch zu überbieten. Ihm antwortete wiederum Staatssekretär Dr. Helfferich. Nach diesem sprach kurz der Genosse Dittmann, um Stadthagens Forderung nach einem Frieden ohne Sieger und Besiegte zu unterstützen und festzuhalten, daß diese Forderung im englischen Unterhause auch von unserem Genossen Snowden erhoben und dort von Asquith eine viel sympathischere Aufnahme gefunden habe, als sie Herr Helfferich ihr habe zuteil werden lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich zitierte gegen Dittmann weniger friedliche Stellen aus englischen Ministerreden. Graf Westarp fügte dann das Bedürfnis, die Rede seines Fraktionskollegen Graefe „korrekter“ auszuwerten, worauf Staatssekretär Dr. Helfferich versicherte, daß er Herrn Graefes patriotische Gesinnung nicht habe in Zweifel ziehen wollen. Genosse Koske bezeichnete Graf Westarps Äußerungen als „Rückzugskanonade“ und kennzeichnete noch einmal in drastischer Weise die kapitalistischen Profitinteressen, die das Hindernis eines schnellen Friedens sind. Nach kurzen Bemerkungen des Herrn Pilger vom Zentrum und einer Erwiderung des Herrn Hirsch gegen Koske war die Debatte und damit auch der Tag beendet.

Für die sozialdemokratische Resolution, den Belagerungszustand aufzuheben, stimmten nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen und ein Teil der Polen und der Wähler. Diese Abstimmung kennzeichnet die Situation. Das gesamte Bürgertum findet sich letzten Endes ab mit der Diktatur des Imperialismus. Die Debatte über die Kriegsziele und die Wege zum Frieden dürften im Lande manchem die Augen öffnen.

Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag nahm das preussische Abgeordnetenhaus nach mehrmonatlicher Pause seine Plenarsitzungen wieder auf. So kurz diese erste Sitzung auch war, so bedeutend war sie doch, nicht nur wegen der Steuervorlage, deren Verabschiedung den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete, sondern auch wegen der Geschäftsordnungsdebatte, mit der sie eingeleitet wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion hielt es für ihre Pflicht, sofort bei Beginn des neuen Tagungsabschnitts die Einkreitung des Verfahrens gegen den Genossen Liebknecht und seine Entlassung aus der Haft zu beantragen. Es war ihr aber nicht möglich, die zur Einbringung des Antrages erforderliche Anzahl von 15 Unterschriften zu gewinnen, da sowohl die Polen als auch die Fortschrittler, an die sie sich gewandt hatte, die Unterstützung verweigerten. Dies Verhalten der genannten Parteien vor aller Welt darzutun, war der Zweck einer Geschäftsordnungsdebatte, die Genosse Wolf Hoffmann in geschickter Weise einleitete. Er erklärte, die Sozialdemokraten müßten angesichts so strenger Vorschriften der Geschäftsordnung auch ihrerseits auf Einhaltung aller übrigen Vorschriften der Geschäftsordnung bestehen; er erhob deshalb Einspruch gegen einen Vorschlag des Präsidenten, einige noch gar nicht eingegangene Denkschriften, ohne sie vorher auf die Tagesordnung einer Sitzung zu setzen, sofort der verärrteten Haushaltskommission zu überweisen. Diesen Einspruch müßten die bürgerlichen Parteien und der Präsident gelten lassen.

Ohne Debatte nahm das Haus nach dieser Geschäftsordnungsdebatte einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, der die Regierung ersucht, in der verärrteten Haushaltskommission Mitteilung zu machen, welche Maßregeln sie zur Sicherstellung einer zweckmäßigen und gerechten Verteilung der Lebensmittel getroffen hat und noch zu treffen gedenkt.

Den größten Teil der Sitzung füllte die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer aus. Die zweite Lesung hat bereits vor Ostern stattgefunden, das Abgeordnetenhaus hat aber die dritte Lesung hinausgezogen, bis das Schicksal der Steuerentwürfe des Reiches sich übersehen läßt. Naturgemäß spielte das Steuerkompromiß des Reichstages in die Verhandlung mit hinein. Abg. Dr. v. Heydebrand (L.) bezeichnete das Kompromiß, das den Anfang einer Reichsvermögensbesteuerung bedeute, als einen höchst bedenklichen Vorgang und als das Ende der finanziellen Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Verschieden äherten sich auch andere Redner. Im Gegensatz zu den sämtlichen bürgerlichen Parteien, die der Erhöhung der Steuerzuschläge zustimmten, wandte sich Genosse Hirsch namens der Sozialdemokraten gegen die Vorlage. Er erklärte nicht, daß es notwendig sei, das Defizit im Etat zu decken, erklärte aber, daß es hierzu andere Wege als die Erhöhung der

Steuern gebe; man brauche nur die vielen Kampfpositionen aus dem Etat zu streichen. Zur die Regierung das, dann balanciere nicht nur der Etat, sondern habe sie auch den Beweis dafür erbracht, daß es ihr mit der Neuorientierung ernst sei.

Verschiedene Aeußerungen unseres Genossen Girsch veranlaßten sowohl den Finanzminister als auch den konservativen Abg. Dr. Land zu Erwiderungen. Der Minister legte Vernehmung gegen die Behauptung unseres Redners ein, daß die große Masse des preussischen Volkes wohl Waffentüchtig, aber keine Rechte habe, und der konservative Redner polemisierte in ganz ungeschickter Art gegen Ausführungen, die unser Genosse überhaupt nicht gemacht hatte. Genosse Girsch ergriff noch einmal das Wort, um die gegen seine Aeußerungen gemachten Einwände zu widerlegen und nachdrücklich das freie Wahlrecht für Preußen zu fordern.

In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Polen hatten demonstrativ den Saal verlassen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die am Sonnabend stattfindet, stehen die angehängten Denkschriften, darunter die über den Wiederaufbau Ostpreußens.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Südlich von Höhe zerstörte die französische Kavallerie deutsche Werke der ersten Linie in der Gegend von Neudraignes. Auf dem linken Ufer der Maas waren die beiderseitigen Artillerien während der Nacht sehr tätig. Gestern Abend gegen sieben Uhr wurde ein deutscher Angriff, der aus dem Nabenwalde hervordrang, durch Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie vollkommen abge schlagen. Ein zweiter in derselben Gegend gegen Mitternacht unternommener Angriff scheiterte gleichfalls. Auf dem rechten Maasufer verlief die Nacht vorhältnismäßig ruhig außer in der Gegend der Feste Huy, wo die beiderseitigen Artillerien sehr tätig waren. In Vothingen wurde eine starke deutsche Erkundungsabteilung in der Gegend von Arroy zerstört.

Flugdienst. Während des gestrigen Tages lieferten französische Flieger fünfzehn Geschosse. Zwei deutsche Flugzeuge wurden niedergeschlagen. Eines stürzte am Munde des Argonnerwaldes bei Menils Brenneux ab, das andere in der Gegend von Amifontaine, nördlich von Verry-au-Bois. Im Verlauf eines Probefluges wurde ein französischer Flieger von einem Jollerapparat angegriffen, der auf ihn über laufend Schüsse abgab. Obwohl sein Flugzeug von Geschossen durchlöchert wurde, gelang es ihm doch, in unseren Linien zu landen. Sein Verfolger wurde seinerseits angegriffen und bei Bourgonne westlich von Reims zum Absturz gebracht. Auf dem linken Maasufer schossen zwei Automobilschiffe zwei deutsche Flugzeuge ab, von denen das eine nördlich von Avocourt, das zweite bei Forges niederkam.

Paris, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern Abend. Auf dem linken Ufer der Maas richtete der Feind während des ganzen Tages ein heftiges Feuer aus Geschützen schwerer Kalibers auf unsere erste und zweite Linie zwischen dem Walde von Avocourt und Cumidres. Gegen 8 Uhr nachmittags griffen die Deutschen unsere Stellungen am Hügel 304 heftig an. Zunächst mit empfindlichen Verlusten mehrmals abgewiesen, erneuerte der Feind um 1/2 Uhr nachmittags seinen Versuch und erlitt wiederum eine blutige Schlappe. Heimliche Truppenansammlungen, die westlich vom Hügel 304 gemeldet worden waren, wurden von unseren Batterien unter Feuer genommen und gesprengt. Zwischen dem Toten Mann und Cumidres wurde ein starker feindlicher Angriff, der sich aus dem Nabenwalde heraus entwickelte, durch unser Sperrfeuer gebrochen. Nur an einem Punkte gelang es dem Feinde, auf einer Front von etwa dreihundert Metern in einem unserer vorgeschobenen Gräben nordwestlich von Cumidres Fuß zu fassen. Auf dem rechten Maasufer heftiger Artilleriekampf östlich und westlich vom Fort Douaumont. Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden, abgesehen von der gewöhnlichen gegenseitigen Beschichtung, die sich am Walde von Apremont besonders lebhaft gestaltete.

Belgischer Bericht. Starke gegenseitige Artillerietätigkeit im nördlichen Teile und im Zentrum der belgischen Front. In Erwiderung auf die Beschichtung von Perbysie und Caeslerke wurde aus unseren Batterien mit allen Kalibern ein zerstörendes Feuer auf die deutschen Werke in der Umgegend von Dignuiden abgegeben.

Die englische Meldung.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) Fortsetzung des Heeresberichts: Die Nachbarschaft von Arras bis Neuville-St. Vaast wurde mit Zwischenpausen unter schwerem gesammeltem Feuer genommen. Wir antworteten mit Erfolg und brachten in einigen Fällen einige feindliche Batterien zum Schweigen. Der Feind ließ in der Gegend von Loos Minen springen, ohne unsere Verteidigungswerke zu beschädigen. An der britischen Linie bei Namet und Frecourt war die Artillerietätigkeit nicht ernst. Die Front von Bisseke bis Hooge und die Nachbarschaft von Osverdinghe wurde heftig beschossen. Nördlich von Hooge beschädigte die Artillerie eine feindliche Verschanzung und zerstörte eine Maschinengewehrstellung. Unsere Geschütze verursachten dem Feinde beträchtlichen Schaden und beschädigten außerdem die feindlichen Batterien. Während der letzten 24 Stunden kein Infanteriegefecht. Viele erfolgreiche Arbeit in der Luft, nur wenige deutsche Flugzeuge wurden getötet.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) (Meldung des Heerischen Bureau.) General Haig sagt in einer Depesche, in der er die Operationen schildert, seit er am 10. Dezember 1915 das Oberkommando über die britischen Streitkräfte übernahm: Die einzige größere Offensive des Feindes während dieser Periode war gegen unsere französischen Verbündeten bei Verdun gerichtet. Während dieses ganzen Kampfes waren meine Truppen bereit, mitzuwirken, wenn sie gebraucht würden, aber die einzige Unterstützung, die von unseren Verbündeten verlangt wurde, war mittelbarer Natur, nämlich die Ablösung der französischen Truppen auf einem Teil ihrer Verteidigungsfront. Die Durchführung der Ablösung auf einer ausgedehnten Front überall in unmittelbarer Nähe des Feindes, war ein etwas heikles Unternehmen, wurde aber mit vollkommenerm Erfolg durchgeführt. An der britischen Front kam es während der letzten 5 Monate zu keinem größeren Kampf. Die britischen Streitkräfte sind durch die Ankunft neuer Formationen von Hause und durch die Verlegung anderer Truppen, die im nahen Osten abgezogen wurden, beträchtlich vermehrt worden. Diese Vermehrung ermöglichte die Ablösung einer französischen Armee während der Schlacht von Verdun. Unter den neu angekommenen Truppen befindet sich ein australisches Korps und mit ihm die Kanadier sowie ein Teil der Südafrikaner. Seit dem letzten Bericht haben die Indier dieses Land zum Dienste im Osten verlassen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 30. Mai. Westfront. Im Abschnitt von Riga beschoß die

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. Mai 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Feuerkämpfe fanden auf der Front zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras statt, auch Lens und seine Vororte wurden wieder beschossen. In der Gegend von Souchez und südlich von Tahure schützten schwache feindliche Vorstöße.

Gesteigerte Gefechtsintensität herrschte im Abschnitt von der Höhe 304 bis zur Maas. Südlich des Naben- und Cumidres-Waldes nahmen deutsche Truppen die französischen Stellungen zwischen der Schuppe des „Toten Mannes“ und dem Dorf Cumidres in ihrer ganzen Ausdehnung. Au unterwundenen Gefangenen sind 35 Offiziere (darunter mehrere Stabsoffiziere), 1313 Mann eingebracht.

Zwei Gegenangriffe gegen das Dorf Cumidres wurden abgewiesen.

Ostlich der Maas verbesserten wir durch frisches Vorrücken die neugewonnene Linie im Thiaumont-Walde. Das beiderseitige Feuer erreichte hier zeitweise größte Heftigkeit.

Unsere Flieger griffen mit beobachtetem Erfolge gestern Abend ein feindliches Zerstörungsgeschwader vor Ostende an. Ein englischer Doppeldecker stürzte nach Luftkampf bei St. Eloi ab und wurde durch Artilleriefener vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Lipyl stießen deutsche Abteilungen über die Schiffschraube vor und zerstörten eine russische Blockhausstellung.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Deutsche und bulgarische Streitkräfte besetzten, um sich gegen augenscheinlich beabsichtigte Ueberraschungen durch die Truppen der Entente zu sichern, die in diesem Zusammenhang wichtige Kapelle an der Struma. Unsere Ueberlegenheit zwang die schwachen griechischen Kräfte, auszuweichen; im übrigen sind die griechischen Hoheitsrechte gewahrt worden.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Lebhafte Artilleriekämpfe, namentlich an der besarabischen Front und in Wallonien. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern fiel das Panzerwerk Punta Corbin in unsere Hand. Westlich von Arterio erzwangen unsere Truppen den Uebergang über den Poßna-Fluß und bemächtigten sich der südlichen Uferhöhen.

Vier heftige Angriffe der Italiener auf unsere Stellung südlich Vettale wurden abgeschlagen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Rufe. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

feindliche Artillerie mehrmals die Eisenbahn in der Gegend von Kurtenhof (12 Kilometer südlich von Miga). Unser Flugzeuggeschwader beschoß eine feindliche Funkstation bei Romai, nördlich vom Karorajee (18 Kilometer) mit Bomben. Kaukasusfront. Der Kampf in der Gegend von Rewandus dauert fort. Kurden, welche verunsichert, unsere Trains anzugreifen, wurden durch eine erfolgreiche Unternehmung zerstreut. Unsere Truppen, welche in der Hauptsache aus einer Kolonnenabteilung von 44 Mann bestanden, überfielen das Lager der Kurden bei dem Dorfe Jowa (45 Kilometer nördlich von Rewandus) und machten ungefähr 150 Kurden mit ihrem Moßab nieder; hierauf vereinigten sie sich wieder mit ihrem Regiment mit einem Verlust von nur zwei Toten und einem Vermissten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 30. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Zagorinale erneuerte der Gegner in der Nacht zum 28. Mai und an folgenden Morgen unsere Stellungen zwischen Ofich und Vrandal seine hartnäckigen und blutigen Angriffe, die beständig durch den unerschütterlichen Widerstand der furchtlosen Truppen der 37. Division gebrochen wurden. Im Abschnitt Poßna-Fluß ging das Artilleriegeschwader gestern kräftig weiter. Am Nachmittag unternahm der Feind einen starken Angriff auf einen Teil unserer Stellungen südlich des Poßnaflusses. Nach einem erbittertem Kampfe wurde er mit bedeutenden Verlusten zurückgeschlagen. Auf der Hochebene von Schleggen besetzten unsere Truppen die Stellungen, die das Beden von Schleggen beherrschten und verchanzten sich dort. Ein glänzender Gegenangriff der tapferen Mannschaften des 161. Infanterieregiments (Brigade Catanzaro) befreite zwei auf dem Monte Mochiagh umringelte Batterien und ermöglichte es, die Geschütze fortzuschaffen. Im Saganerale einfache Scharmützel. Auf dem übrigen Teile der Front waren die Artilleriekämpfe in den Abschnitten von Blava und Nonfalcone heftiger.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 30. Mai. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers. An der Westfront brachte im Abschnitt von Kelahie am rechten Ufer des Tigris unsere Artillerie zwei feindliche Geschütze zum Schweigen. Wir erbeuteten an diesem Ufer 17 Wagen mit Vieh und machten bei einem Ueberfall 24 Engländer zu Gefangenen.

Kaukasusfront: Am rechten Flügel und im Zentrum Patrowillenkämpfe, am linken Flügel Scharmützel einzelner Abteilungen. Im Abschnitt von Snyrna verjagten unsere Geschütze drei feindliche Flieger, die Phoka überflogen. Einige feindliche Kriegsschiffe unterhielten eine kurze Zeit unwirksames Feuer gegen die Hügel westlich von der Insel Kaußen und zogen sich dann zurück. — An den anderen Fronten keine Veränderungen.

Bulgarische Besetzung griechischen Gebiets.

Saloniki, 27. Mai. (W. Z. V.) Meldung des Heerischen Bureau. Die Bulgaren haben das griechische Fort an der Mündung der Gorja in die Struma sowie Station und Brücke

von Demir Hissar besetzt. Deutsche und bulgarische Offiziere erklärten Donnerstag dem griechischen Kommandanten von Kypel, daß sie Befehl hätten, die bulgarische linke Flanke gegen einen Angriff der Verbündeten zu decken, schlugen vor, das Fort in Uebereinstimmung mit den Grundzügen der Neutralität, wie sie in Athen ausgesetzt worden seien, zu besetzen und verlangten den Abzug der Griechen binnen vierundzwanzig Stunden. Der Kommandant telegraphierte nach Athen. In einem Protokoll verpflichteten sich die deutschen und bulgarischen Offiziere, das Fort zu räumen, sobald die Ursache dieser Okkupation aufhöre. Hierauf zogen die Griechen mit Ausnahme einer Kompanie ab, die 24 Schiffe abgab und sich dann auf bestimmten Befehl aus Athen ebenfalls zurückzog. Die Deutschen und Bulgaren sind ebenfalls sehr tätig bei Xanthi (Eskidje) nordöstlich von Kavalla, wo sie Pontons zusammenbringen, um die Nestra zu überschreiten.

Vom U-Bootkrieg.

Paris, 30. Mai. (W. Z. V.) „Kamps“ meldet: Der französische Postdampfer „Ville d'Alger“ hat auf hoher See die Besatzung des englischen Dampfers „Frasmus“ aufgenommen, der von einem österreichisch-ungarischen Tauchboot versenkt worden war.

Algier, 30. Mai. (W. Z. V.) Die Agence Havas meldet: Ein Unterseeboot ohne Flagge hat im westlichen Mittelmeer den englischen Dampfer „Trimbly“ versenkt. Sechszwanzig Mann der Besatzung sind gerettet und nach Algier zurückgebracht worden. Sie erklären, daß zwei andere englische Dampfer in den gleichen Gewässern torpediert worden sind.

Freigabe des als verdächtig eingebrachten Dampfers.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) Der gestern wegen Spionagerverdacht nach Vorkum-Nerde eingebrachte holländische Segler „Cor-moran“ (nicht „Holland“) ist freigegeben worden, nachdem der Verdacht der Spionage sich als unbegründet erwiesen hat.

Die Kämpfe in Ostafrika.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) Neues. Amtlich. General Horther, der Kommandant der britischen Truppen an der Nordgrenze von Rhodesien und Nyassaland, meldet: Am 25. Mai rüdten die britischen Truppen an der ganzen Grenze zwischen dem Nyassasee und dem Tanganyikasee über eine Entfernung von 20 Meilen in deutsches Gebiet vor. Der Feind wurde gezwungen, sich von Ipiana, 20 Meilen nördlich von Karamba und Igamba, 18 Meilen nordöstlich von Fort Hill gegen Neu-Langenburg zurückziehen.

General Smuts meldet, daß die Eisenbahnstation von Same am 25. Mai von einer Abteilung seiner Truppen besetzt wurde. Eine andere Abteilung bewegte sich den Tanganyikasee abwärts über Maraga-Chuni nach Lejara (1). Der Feind ging nach Süden zurück. In dem Gebiet von Kandoa-Irangi nichts Neues.

Die Entente-Konferenz und der Wirtschaftskrieg.

Paris, 30. Mai. (W. Z. V.) Im „Matin“ macht Cruppi Mitteilungen über die Mitglieder und das Programm der Wirtschaftskonferenz, die am 14. Juni in Paris stattfinden soll. England wird durch Bunciman und Bonar Law vertreten, Belgien durch Brocquels und Baron Heugens, Italien durch Dones, Rußland durch Volkowitsch und Prilejajeff, Serbien durch Marinkowitsch, Japan durch Satomai. Den Vorsitz führt Clementel. Das Programm zerfällt in Maßnahmen für die Zeiten des Krieges, des Ueberbranges und des Friedens. Während der Dauer des Krieges komme es mangels anderer Zusammenarbeit besonders darauf an, die Maßregeln zu bereinlichen, die den Handel mit dem Feinde unterlagen. Uebergangsmassregeln sollten vor allem die Schäden wieder gutmachen, die die Deutschen Belgien und Nordfrankreich durch den Raub aller Erzeugnisse und Maschinen verursacht hätten, ferner den beträchtlichen Verlust an geflochtenen oder zerstörten Handelsschiffen ausgleichen. Das wirksamste Mittel hierfür sieht Cruppi darin, für die Länder der Alliierten den bevorzogenen Gebrauch ihrer eigenen natürlichen Hilfsquellen vorzubehalten. Ferner müsse die Konferenz der Ausbreitung des deutschen Unternehmertums durch möglichst umfassende neue Schutznahmen Halt gebieten, z. B. bezüglich des Ueberseeverkehrs durch Schaffung eines Verlehrs-Bureau unter den Alliierten. Gegen die Ueber-schwemmung mit deutschen Erzeugnissen sowie die zu erwartende massenhafte Rückkehr der deutschen Kaufleute, die eine ernste und bestimmte vorauszuhebende Gefahr für die Länder der Alliierten bedeute, sollten die Abgeordneten dringende Vorkehrungen für die Friedenszeit treffen. Es sei das Ziel der Konferenz, die Zusammenarbeit während des Krieges zu einem dauerhaften Einverständnis zu gestalten. Hierher gehöre die Entwicklung der Industrien in den Entente-Ländern. England z. B. fordere für seine Zukunft die Entwicklung der Transportmittel und Errichtung von Fischbänken im Schwarzen Meer. Man erstrebe in gemeinsamer tätiger Anstrengung die Befreiung der chemischen Industrie, die bisher ganz von Deutschland abhängig gewesen sei. Die belgische und französische Metallindustrie erbehalte eine umfassende Wiederherstellung. Die Konferenz dürfe nicht ein Scheitern sein, wo Kräftebrüche und utopische Ideen ausgetauscht würden, sondern die verbündeten Staaten erwarten von ihr, daß sie nicht eine bloße Erklärung des Wirtschaftskrieges an die Mittelmächte darstelle, sondern die methodisch herbeizuführende Verteidigung, bestimmt, reichhaltig praktische Resultate zu erzielen.

Das Unterhaus und die Not in Serbien.

London, 30. Mai. (W. Z. V.) Unterhaus. Bruce fragte, ob der Regierung bekannt sei, daß eine Anzahl von Menschen in Serbien täglich verhungere und die übrigen infolge von Mangel an Nahrungsmitteln so entkräftet werden, daß die Möglichkeit einer Erneuerung der Bevölkerung ernstlich vermindert werde, ob von zwei verschiedenen neutralen Seiten das Angebot gemacht worden sei, leistungsfähige Organisationen zur Lebensmittelverteilung zur Verfügung zu stellen und ob die Dienste, die Serbien der Sache der Alliierten geleistet habe, nicht wenigstens so viel Anerkennung verdienen, daß es dieselbe Unterstützung erhalte wie Belgien. Lord Robert Cecil antwortete, er habe keine amtliche Kenntnis davon, daß die Bevölkerung verhungere, aber er könne nicht daran zweifeln, daß in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen über die Art, in der der Feind die Bevölkerung besetzter Gebiete behandle, die Lage in Serbien sehr ernst sei. Was die Anerbietungen von Unterstützung durch Neutrale anbetreffte, so habe die britische Regierung mehrere Vorschläge erhalten, aber keinen, der die Sicherheit einer wirksamen Organisation für die Verteilung und Beaufsichtigung gewährleisten würde. Die Regierung habe von den Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns verlangt, daß diese in gleicher Weise für die Zivilbevölkerung in Serbien, Montenegro und Albanien sorgen sollen als Entgelt für die Gefährdungen, die für die Unterstützung der Vögel in Polen gewährt worden seien, und die Regierung erwarte hierauf die Antwort. — Auf weitere Fragen, wie sich die Dinge gestalten sollten, wenn keine genügende Antwort

erteilt würde, sagte Lord Robert Cecil, offenbar könne nichts in Serbien ohne Einwilligung der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung geschehen werden. Er wisse nicht, welches Ergebnis das Anerbieten haben werde, aber was die allgemeinen Fragen über Serbien anlangt, so habe er Vertreter der interessierten Kreise mehrmals gesprochen und ihnen jedesmal mitgeteilt, daß die Regierung auf einen endgültigen Plan warte, der Einzelheiten und Sicherheit für wirksame Organisation der Verteilung und ihrer Beaufsichtigung enthalte.

Die Verforgung der polnischen Bevölkerung.

Stockholm, 30. Mai. (M. Z. B.) Laut „Svenska Dagbladet“ haben die Entente-Länder jetzt eingewilligt, daß von Amerika gefandte Lebensmittel nach Polen durchgelassen werden, vor allem unter der Bedingung, daß Deutschland und Österreich-Ungarn versprechen, aus den von ihren Truppen in Polen besetzten Gebieten keine Lebensmittel auszuführen. Man wartet mit Spannung auf die Antwort der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung. Da es aber auf jeden Fall noch 3-4 Wochen dauern wird, bevor die Lebensmittel aus Amerika eintreffen, hat sich der polnische Vertrauensmann zusammen mit der amerikanischen Hilfskommission an die Verbänden der skandinavischen Staaten mit der Bitte um Vorstreckung von Lebensmitteln gewandt. Norwegen hat schon 4000 Tonnen Getreide oder Mehl versprochen, und man hofft auch von Schweden einen solchen Vorstoß zu erhalten, der dann bei Eintreffen der Sendungen aus Amerika wieder zurückgeschickt werden soll.

Wiederzusammentritt der Duma.

Petersburg, 29. Mai. (M. Z. B.) Reichsrat und Reichsduma sind wieder zusammengesetzt. In der Duma batonnte Präsident Rodzianko in seiner Eröffnungsrede, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Volksvertretung im Volk gewachsen und auch in dem Bewußtsein des Zaren bei der Duma zum Ausdruck gekommen sei. Im Reichsrat gedachte Präsident Kulkowski der zehnjährigen Tätigkeit des erneuerten Reichsrates.

Die Stimmung in Finnland.

Genosse Pranting hat in einer Unterredung, die am 28. Mai im „Verdensgang“ veröffentlicht wurde, laut einem Telegramm der „Kronf. Sig.“ aus Kristiania folgende Äußerungen über die Lage in Finnland gemacht:

„Ich wage nicht zu sagen, daß die sozialistische Bewegung ein für allemal zu Boden gefallen ist. Man weiß in diesen Tagen nicht, was eintreffen kann. Die finnischen Aktivisten treiben eine gewaltige Propaganda in Finnland, einen Aufruhr dort herbeizurufen in gleicher Weise, wie in Island. Die Russen haben zugegeben, was alles getan, sie zu provozieren. In allen finnischen Parteien gibt es Repräsentanten dieser Strömungen, trotzdem man auch starke Gegenströmungen trifft. Sollte diese Propaganda wirklich zur Revolution führen, was man durchaus nicht für unmöglich ansehen darf, wenn man bedenkt, daß es sogar in Island geglückt ist, würde dies selbstverständlich dazu führen, daß Rußland zu sehr strengen Repressalien greifen und die Unterdrückung noch weiter treiben würde. Dies würde dann wie ein direkter Appell an die schwedischen Gefühle wirken und in hohem Grade den schwedischen Aktivisten Wasser auf die Mühle treiben. Das ist augenblicklich die größte, wenigstens die jetzt sichtbare Gefahr. Es können jeden Tag Verwickelungen eintreten, z. B. zwischen Kriegesflotten der Bewachung der Küsteneinfahrt und feindlichen Fahrzeugen. Man weiß es nicht im Voraus. Ein solches Ereignis würde natürlich sofort starke Stimmung für die sozialistischen Reizungen machen.“

Amerika und die Entente.

New York, 29. Mai. (M. Z. B.) (Funkdruck des Vertreters von M. Z. B.) Meldungen aus Washington stellen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Protest wegen der Beschlagnahme der Post, der in London und Paris überreicht worden ist, fest, daß es jetzt wahrscheinlich erscheint, daß die Vereinigten Staaten baldige Schritte für ein weiteres kräftiges Vorgehen in den Streitfragen Amerikas mit den Alliierten unternehmen werden. Ähnliche Kreise überzeugen sich mit jedem Tage mehr davon, daß Deutschland die Macht hat, keine Versprechungen in der Unterseebootsfrage zu halten, ohne sie von einem amerikanischen Vorgehen gegenüber den Alliierten abhängig zu machen. Daher sind die Vereinigten Staaten in der Lage, in der Frage der Blockade gegen die Alliierten vorzugehen, ohne den Anschein zu erwecken, als würden sie durch die Haltung Deutschlands zu einer Beschleunigung gezwungen.

Die Wirtschaftslage in Amerika.

Der Londoner „Economist“ bringt folgende Meldung aus New York über die dortige Marktlage:

Es zeigen sich gegenwärtig Symptome vom Nachlassen im Handelsverkehr. Die hohen Kosten und die enge Ueberwachung der Kreditwürdigkeit veranlassen Einschränkungen. Die Unsicherheit im Arbeitsmarkt wird bedrohlicher infolge der zunehmenden Aggressivität der Trade Unions. Es ist zu befürchten, daß sie eine entsprechende Herabsetzung der Löhne verweigern werden, wenn die Ertragnisse wieder auf ein Niveau der Friedenszeit zurückgehen werden. Durch die anhaltenden Friedensgerüchte schwächen sich die Munitionswerte ab und andere Industriewerte werden dadurch in gleichem Sinne beeinflusst.

Besondere Beachtung verdient in dieser Meldung das gut unterrichteten englischen Finanzorgans der Hinweis auf die unsichere Lage der Krieges, speziell der Munitionindustrie in den Vereinigten Staaten. Als Symptom der gegenwärtigen weltpolitischen Lage ist diese Unsicherheit jedenfalls sehr beachtenswert. Interessant ist auch die Furcht der Finanzkreise vor den Gewerkschaften, die sich in letzter Zeit kräftig geregt haben. Die Kapitalisten, die Milliarden am Krieg verdient haben, erwägen bereits die Frage der Herabsetzung der Löhne bei der Rückkehr zur Friedenswirtschaft und schauen deshalb voll Besorgnis auf die „zunehmende Aggressivität“ der Gewerkschaften.

Unruhen in Französisch-Marokko.

Paris, 30. Mai. (M. Z. B.) Nach einer Meldung des „L'Echo“ aus Tanger geben sich in den verschiedenen Gebieten von Französisch-Marokko immer wieder Bewegungen aufständischer Elemente kund. So hatten Kriegertruppen zwischen Dumengel und Dinchabit Schammuel mit mehreren 100 Reitern und Fußsoldaten zu beschließen. Eine weitere militärische Operation wurde gegen die Stamme Idouaf und Idouazi nötig, die sich weigerten, die Sicherheit des ihr Gebiet durchziehenden Straßen zu gewährleisten.

Politische Uebersicht.

Zwölf Milliarden Kriegskredite.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die in diesen Tagen zu erwartende neue Kriegskreditvorlage der verbündeten Regierungen wird, wie wir hören, nicht wie bei den letzten Malen zehn Milliarden, sondern zwölf Milliarden betragen. Die Vorlage wird in Form eines Nachtragsetats wahrscheinlich Anfang nächster Woche unmittelbar nach Abschluß der Steuerdebatten im Plenum dem Reichstag zugehen.

Aus dem Bundesrat.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde einer Ergänzung zum Entwurfe des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1916 Zustimmung erteilt.

Der Belagerungszustand vor dem Reichstage.

In der Besprechung der Zensurdebatten im Reichstage geleitet die parlamentarische „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Einen Erfolg freilich hatte Genosse Pittmann zu buchen: den bündigen Beweis, daß bei Erlass des Belagerungszustandsgesetzes von 1851 es dem Gesetzgeber ferngeliegen hat, eine militärische Diktatur herbeizuführen; vielmehr sollten die militärischen Befehlshaber gegenüber der Regierung und diese gegenüber dem Parlament die verfassungsgemäße Verantwortlichkeit tragen.“

Rechts oder links?

Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hatte zu Ehren ihres Vorsitzenden, des Geheimrats Dr. Friedberg, der jetzt bereits dreißig Jahre dem Landtage angehört, eine Feier veranstaltet. Dabei hatte Dr. Friedberg in einer Rede die künftigen Richtlinien der Partei, vor allem in ihrem Verhältnis zu den anderen Parteien, zu zeichnen versucht. Er sagte u. a.:

„In den Zeiten, in denen wir jetzt leben, seien gewisse Koalitionen vielleicht verheißend. Aber die nationalliberale Partei sei stets eine selbständige Partei gewesen. Und diese Selbständigkeit dürfe sie unter keinen Umständen aufgeben, sie dürfe sich von niemandem ins Schleppjoch nehmen lassen.“

„Nun sollte nach dem Kriege auch an eine „Neuorientierung“ im Innern gegangen werden. Wollte die Partei hier ihrer Aufgabe gerecht werden, dann behürte sie der Selbständigkeit, sie müßte auch jeden Schein vermeiden, als folge sie im Nachhinein einer anderen. Der Schlüssel, den die Partei augenblicklich nach rechts genommen habe, könne und dürfe nur ein vorübergehender sein. Denn daß die Auffassung von bürgerlicher Freiheit, die die konservative Partei habe, grundverschieden sei von der, die die nationalliberale habe, das sei aus vielen Anzeichen deutlich hervorgegangen. Dieser viel eher ein Schlüssel nach links als nach rechts notwendig. Die großen Aufgaben innerpolitischer Natur können nur mit den linken Parteien gelöst werden. Die Verhältnisse lägen wenigstens in Preußen so, im Reich möge vielleicht ein Unterschied bestehen. Von gewissen veralteten Grundgedanken der preussischen Normen wolle man sich lösen und ein freieres, freieres Geistesmilieu herrschen.“

Das „Berliner Tageblatt“ meint dazu, diese Ausführungen Dr. Friedbergs könnten auf die kurze Formel gebracht werden: keine liberale Einheitspartei, sondern Selbständigkeit der nationalliberalen Partei; im Reichstage eher Anschlag nach rechts, im Landtage nach links. Wir leben in den orakelhaften Andeutungen Friedbergs nichts anderes als das erneute Bekenntnis zu einem Volkst, die den Nationalliberalen die charakteristische Bezeichnung „Fraktion Rechtschende“ eingebracht hat, wobei immer nur eine Drehung nach rechts zu beobachten war.

Wirtschaftspolitik und Industrie.

Während Graf Reventlow, der bekannte imperialistische Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, sich in seinen Artikeln bisher nur an gewisse Stellen wandte und gegen sozialistische Gedankenpolemiker, wendet er sich in der Montagausgabe des konservativen Organs an die deutsche Industrie. Er verurteilt ihr klar zu machen, daß sie sich nicht allein auf Tatkraft, Leistung, Elastizität und Anpassung verlassen dürfe; um sich überseeische Märkte zu schaffen, bedürfe die deutsche Ausfuhrindustrie einer kräftigen Förderung durch Erweiterung der deutschen Uebersee-Macht. Er schreibt:

„Ein afrikanisches Kolonialreich bildet normalerweise im Rahmen deutscher Weltpolitik und Weltwirtschaft ein gewiß wertvolles, aber immerhin ein kleines und eng beschränktes Gebilde (abgetrenntes Gebiet). In einem Ertrag deutscher Weltpolitik und Weltwirtschaft durch die Produktionsmöglichkeit und Bedürfnisse afrikanischer Kolonien ist nicht entfernt zu denken.“

Man muß sich mitten vor optischen Täuschungen hüten, vor allem aber nicht glauben, daß ein Deutsches Reich einer auf der Heimatbasis fest ruhenden totalitären Weltwirtschaftspolitik... je entbehren könnte. Umsonst gibt es auch in diesen Zusammenhängen nur den Tod. Weltwirtschaftspolitik wird auch fernerhin Wirtschaftspolitik bleiben, und dazu gehört Macht: Uebersee reichende Macht auf der Grundlage der heimischen Macht. Um sie zu beschaffen, darf man weder den Willen... anderer Mächte scheuen, noch die Kosten, welche sich nachher vielfältig wieder einklagen.“

Es ist bemerkenswert, daß Graf Reventlow es für nötig hält, der deutschen Industrie in dieser Weise zu sagen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Kosten der von ihm empfohlenen Weltpolitik mit kriegerischen Mitteln sich für die Industrie später vielfältig bezahlt machen werden. Das scheint und gleichzeitig ein Symptom für die in einzelnen Teilen der Industrie herrschenden Stimmung und ein Hinweis auf die letzten Zwecke der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik.

Die deutsche Schifffahrt in der Zukunft.

In Hamburg hielt am Montag der Boermann-Linie Aktien-Gesellschaft ihre Generalversammlung ab. Generaldirektor Wallin teilte mit, die Boermann-Linie habe mit der Deutsch-Ostafrika-Linie eine Interessengemeinschaft geschlossen. Weiter wies der „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die Generalversammlung noch folgendes mitzuteilen:

„Am Schluß erklärte Wallin u. a., daß die Freiheit der Meere und unser Kolonialbesitz in Zukunft so gestaltet werden muß, daß wir bei England nicht nur zu Meie wohnen. Wir seien uns darüber klar, daß nach der glücklichen Beendigung dieses Krieges wir einen Krieg auf weltwirtschaftlichem Gebiete zu führen haben gegen eine durch phantastische Kriegsgewinne außerordentlich stark gewordene Konkurrenz, um unsere alten Verbindungen wieder aufzurichten. Aber wir werden uns zielbewußt und unerschrocken dieser großen nationalen Arbeit widmen und sind dem Reichstage herzlich dankbar, der schon durch eine entsprechende Resolution die Bedeutung anerkannt hat, welche der schnelle Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte für unser Vaterland hat. Der Reichstag hat damit den Willen der Nation befolgt, nicht auf die deutsche Seegeltung zu verzichten, damit wir, um mit unserem großen

Seemannsstande zu sprechen, nicht werden unseres Heben Herrgotts Stiefkinder.“

Kriegssteuern und Mittelstand.

In dem konservativen „Reichsbote“ verteidigt ein Superintendent den Mittelstand gegen die drohende Belastung durch die neuen Kriegssteuern. Dieser konservativen Geistliche nimmt sich, wie aus den von ihm angeführten Beispielen und seinen allgemeinen Erörterungen hervorgeht, hauptsächlich der Familien an, die über ein Vermögen von 6000 bis 20 000 M. verfügen. Aber auch die allgemeinen Bemerkungen verdienen erwähnt zu werden, um zu zeigen, welche Stimmung gegenüber dem Steuerkompromiß in diesen Kreisen herrscht. So schreibt der konservative Pastor:

„Man kann nicht mit Schlagwörtern, die alle im Parlament gefallen sind, daß die Kapitalbildung ermöglicht werden müsse, daß die Unternehmertätigkeit nach dem Kriege leistungsfähig sein müßte. Nein, der Krieg ist eine Zeit zum Leben, aber nicht zur Bückung von Millionen. Die Gerechtigkeit aber fordert, daß die reichen Leute in erster Linie und nach ihrer vollen Leistungsfähigkeit belastet werden, ehe der Masse und dem Mittelstande, der fast bis an die Grenze seiner Kraft belastet ist, neue Opfer zugemutet werden, und es ist dafür die höchste Zeit, wenn nicht die Anfänge der vorhandenen Verbitterung einen Umfang und einen Grad annehmen soll, die nach dem Kriege nicht mehr zu beseitigen sind und schweres Unheil über unser Volk bringen werden.“

Entspricht nun die geplante Verteilung des Kompromisses den Forderungen der Gerechtigkeit? In keiner Weise. Sie schont die reichen Leute in ganz unerbittlicher Weise und belastet den Mittelstand in ungerechter Weise.“

An der Hand von Beispielen versucht der Geistliche dann nachzutreiben, daß die Kriegsvermögenssteuer unter Umständen zu „größtenteils Ungerechtigkeit“ wird. Er fordert die Veranschlagung der Kriegsgewinne, eventuell bis zur Hälfte ihrer Höhe, mit dem Hinweis darauf, daß die Leute, welche Kriegsgewinne einheimen, „aus dieser Blut- und Notzeit, wo so viele alles verloren haben, was ihnen das Leben lebenswert machte“, immer noch als reiche Leute hervorgehen.

Sittliche und unsittliche Machtpolitik.

In der „Kronf. Sig.“ äußert sich ein Herr Wolfgang Eifenhart über die Bismarckischen Traditionen in der äußeren Politik, die er dahin definiert, daß Bismarcks Politik zweifellos Machtpolitik war, aber „Machtpolitik im Sinne einer sittlichen Idee“.

Nichts ist wichtiger — fährt er dann fort — als die Meinung, alles das, was man Kultur nennt, lege sich durch Vermittlung einer stillen, friedlichen Arbeit. Auch die Kulturen der Völker ringen mit einander in einem Kampfe um Tod und Leben. Nach die Kultur eines Volkes kann der Nachmittage nicht entbehren, wenn sie sich durchsetzen und behaupten will. . . .

Hierin liegt die sittliche Rechtfertigung für die Machtpolitik der Staaten. Unsittlich heißt eine Machtpolitik, wenn sie, wie bei unseren Feinden, danach strebt, die höhere deutsche Bildung und Gesittung durch die viel tiefer stehende englische, französische oder gar russische Kultur (oder Infkultur) ersetzen zu wollen. Unsittlich ist die Eroberung und das Uebermaß der Eroberungswillen.

Auf dieser „theoretischen“ Grundlage konstruiert nun Herr Eifenhart seine Auffassung von der „großen Frage“ der Zeit:

„Genau die Machtgrundlage, wie sie Bismarck und im deutschen Nationalstaats seiner Zeit geschaffen hatte, um der deutschen Bildung und Gesittung ihre kampflose Entwicklung auch weiter zu sichern oder nicht? Ruß diese Frage, wie ich nach den Erfahrungen dieses Krieges glaube, brennen zu werden, dann ist auch eine Machtpolitik heute gerechtfertigt, welche unserer deutschen Kultur die sichere, breitere staatliche Grundlage gibt, ohne die zweifellos Deutschland und das deutsche Volk trotz seiner hohen geistigen Bildung durch die großen Weltmächte, England, Rußland, Nordamerika erdrückt werden muß. Hiermit ist das sittliche Recht zu einer Eroberungspolitik in diesem aufgedrungenen Kriege gegeben.“

Dem Einwande, daß eine solche Machtpolitik sich notwendig vollziehen müsse auf Kosten anderer, dadurch der Unterdrückung verfallenden Völker begegnet Herr Eifenhart mit folgenden Worten: „Es ist nicht wahr, daß alle Völker das gleiche Daseinsrecht, den gleichen Anspruch auf kulturelles Ausleben hätten.“ Es gebe „aufstrebende“ und „niedergehende“ Völker und diese müßten notwendigerweise Platz machen für die „höhere Gesittung eines anderen, zum Herrtentum bestimmten Volkes“.

Das einzige Unkraut bei dieser lichtvollen Betrachtung ist nur, wer in letzter Instanz über die Begriffe „sittlich“ und „unsittlich“, „aufstrebendes“ und „niedergehendes“ Volk, „höhere“ und „niedere“ Gesittung, „Herrtentum“ usw. zu entscheiden hat. Denn bekanntlich gibt es außer Herrn Eifenhart noch andere fomiteische Kräfte, die ihren Anspruch auf das „Herrtentum“ ihres Volkes in ganz ähnlicher Weise begründen.

Nach alten Rezepten.

Vor dem Kriege war es keine Seltenheit, daß in der freien Jugendbewegung selbst Vorträge, die Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkohols verbreiten wollten, unmöglich gemacht wurden. Diese Praxis ist auch unter der Herrschaft des Burgfriedens nicht ganz ausgestorben. Der Deutsche Arbeiter-Kongressverband, die Organisation der sozialdemokratischen Abteilungen, wählte am 14. Mai in Bochum und in Reddinghausen je eine öffentliche Versammlung über das Thema „Jugend und Alkohol“ abhalten. Der Vizepräsident von Bochum verlangte von dem Redner, Genossen Sellmann (Köln), das Manuskript des Vortrages, gab sich aber dann mit einer knappen Skizze zufrieden. Der Vortrag konnte unter polizeilicher Ueberwachung gehalten werden. Anders in Reddinghausen. Dort wurde die Versammlung zunächst genehmigt, als jedoch der Redner, Genosse Rier aus Oberfeld, eintrat, erfuhr er, daß die Versammlung wegen Zurückziehens der Genehmigung nicht stattfinden dürfe. Ein Kriminalbeamter war im Lokale anwesend, um darüber zu wachen, daß der Jugend der Vortrag über den Alkohol nicht etwa trotz des behördlichen Verbotes gehalten werde. Diese Forderung der Aufklärungsarbeit über den Alkoholismus steht mit den bekannten Jugendfürsorgeerlassen der kommandierenden Generale einigermaßen in Widerspruch.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Die Berliner Stadtverordneten beschließen weitere Teuerungszulagen für städtische Arbeiter, die eine Belastung von 643 000 M. jährlich einträgt. Lediglich erhalten Zulagen von 7,50 M. bis 15 M. monatlich. Verheiratete ohne Kinder ebenfalls 15 M., Verheiratete mit Kindern neben den 15 M. noch für jedes Kind 3 M. monatlich. Die Einkommensobergrenze für die Auszahlung der Zulage wurde auf 280 M. monatlich festgelegt. Die Zulage hat Kraft vom 1. April 1916. — In Bonn wurden die bisher gezahlten Teuerungszulagen um 30 Proz. erhöht.

Gewerkschaftliches.

Sieg der norwegischen Arbeiterschaft.

Angesichts der entschlossenen Haltung der norwegischen Arbeiterschaft, die Anstalten traf, die vom Arbeitgeberverein für den 3. Juni angekündigte Aussperrung von 80 000 Arbeitern mit einem Generalstreik zu beantworten, haben die Unternehmer es vorgezogen klein beizugehen und mit den Arbeitern einen Vergleich zu schließen, durch den der größte Teil der Arbeiterforderungen erfüllt wird. Ausschlaggebend wird hierbei wohl gewesen sein, daß die Unternehmer — wie wir bereits in unserer Sonntagsnummer ausführlich — sich sagen mußten, daß sie unter den heutigen Verhältnissen den Kampf schwerer durchhalten könnten als die Arbeiter, denen die schwedischen und dänischen Arbeiterorganisationen zu Hilfe zu kommen bereit waren. Ueber die Einzelheiten der Einigung unterrichtet folgendes Telegramm der „Frankfurter Zeitung aus Kristiania vom 29. d. M.:

„Nachdem zwischen den Grubenarbeitern und Besitzern bereits ein gütlicher Vergleich die Aussperrungen beendet hat, kam gestern abend nach langen Verhandlungen auch in der Eisenindustrie zwischen den Arbeitern und Fabrikanten eine gütliche Einigung zustande, wodurch die für den 3. Juni angekündigte Generalaussperrung und der von der organisierten Arbeiterschaft geplante Sympathiestreik fortfallen. Die Arbeit dürfte in der kommenden Woche in den meisten Industriezweigen wieder aufgenommen werden. Die Forderungen der Arbeiterschaft sind größtenteils erfüllt. Der inzwischen dem Streik zugegangene Gewerkschaftsvorschlag auf einen Abwägungsbefehl dürfte vielleicht wiederum von der Behandlung abgelehnt werden.“

Berlin und Umgegend.

Die **Nahenmacher** beschäftigten sich in einer Branchenversammlung mit der Forderung einer Teuerungszulage. Es kam zum Ausdruck, daß eine solche Forderung in der jetzigen Zeit verständlich sei und einer eingehenden Begründung nicht bedürfe. Die Teuerungszulage kann gefordert werden unbeschadet etwaiger Zulagen, die während des Krieges schon erfolgt sein sollten. Diese Verbesserungen sind denn auch längst wieder null und nichtig geworden durch das zu verarbeitende Material, das mit der Zeit immer schlechter geworden ist. Ebenfalls sind inzwischen die Lebensmittelpreise fortwährend in die Höhe gegangen. Gefordert wird eine Zulage von 10 Proz. Die Versammlung stimmte dem Antrage einstimmig zu.

Die Lage der Berliner Zigarettenarbeiter.

In einer gut besuchten Versammlung der Zigarettenarbeiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erstattete Robert Henrich den Bericht der Sektionsleitung. In der Agitation sind auch in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht worden. Trotzdem gibt es auch für die Zukunft noch ein reiches Arbeitsfeld. Auch zur Schlichtung von Lohn- und anderen Differenzen mußte mehrfach eingegriffen werden. So versuchte die Firma *Ura et i.* im Handarbeitersaal auf eine Sorte Abzüge zu machen. Erst durch Vermittlung des Gewerkschafters und der Ortsverwaltung gelang es, diesen Lohnabzug rückgängig zu machen. Ein Mitglied des Arbeiterausschusses, welches bei den Verhandlungen mit der Firma energisch gegen die Lohnkürzung aufgetreten war, wurde tags darauf wegen einer ganz geringfügigen Angelegenheit entlassen.

Zu verschiedenen Anlässen hatte auch der Betrieb *Garbath* Anlaß gegeben. Der im Schiedspruch für die Zigarettenindustrie festgelegte Ausschlag für Überstunden wurde dort den Zigarettenhandarbeitern verweigert. Erst durch Urteil der Schlichtungskommission wurde die Firma *Garbath* befehligt, daß dieser Ausschlag auch für Akkordarbeiter zu zahlen ist. In der Zigarettenfabrikation des genannten Betriebes sollte das Akkordlohnsystem eingeführt werden. Die Firma wollte für das Anstreifen des Tabaks pro Kilo 6 bis 7 Pf. geben, während anderwärts 12 bis 13 Pf. für die gleiche Arbeit bezahlt wird. Die Arbeiterinnen lehnten feinerzeit diese Akkordarbeit ab. Nun führte die Firma das Prämienlohn ein. Abgesehen davon, daß das Prämienlohn das Prämienlohn ein gegeben wird, zeitigte auch dieses System darüber hinaus bei der genannten Firma besonders merkwürdige Früchte. Die Arbeiterinnen wurden gegeneinander gehetzt, ein Tisch wurde gegen den anderen ausgespielt, mit der Behauptung, er habe mehr geleistet. Besonders interessant ist, daß die Firma besonderes Gewicht gibt, so daß es den Arbeiterinnen gar nicht möglich ist, nachzuprüfen, was sie geleistet haben. Abgesehen davon, daß dieses System ohne weiteres einen Teil der Arbeiterinnen arbeitslos macht, werden auch die sonst üblichen Zulagen in der Regel unter Hinweis auf die Prämien und die erzielte Mehrleistung verweigert.

In vielen Betrieben wurde darüber gestagt, daß seit Dezember, wo die letzte Teuerungszulage gewährt worden ist, die sonst üblichen regulären Zulagen nur in sehr vereinzelt Fällen gegeben wurden, obgleich diese Zulagen durch die Teuerungszulage nicht berührt werden sollten. Daraufhin habe die Gew.- und Sektionsleitung Erhebungen über die Löhne der Lohnarbeiterinnen angestellt. Die Erhebung erstreckt sich auf 801 Arbeiterinnen in 14 Betrieben. Diese erhielten einen Gesamtlohn von 13 495 M., das ergibt auf den einzelnen einen Durchschnittslohn von 15,14 M. Von diesen 801 Arbeiterinnen erhielten 867 Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 10 bis 25 Proz. Die sonst üblichen Zulagen, wie sie früher den Arbeiterinnen von Zeit zu Zeit gewährt wurden, sind nach Gewährung der Teuerungszulage nur selten und sehr spärlich geworden. Von den 801 Arbeiterinnen erhielten von Dezember bis 1. April nur 228 Arbeiterinnen Zulagen. Diese Zulagen schwanken zwischen 20 Pf. und 2 M. wöchentlich. Rumpf- und Zwanzig Pfennig sind eine wahrhaft fürsichtige Zulage bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen!

An den Bericht der Sektionsleitung schloß sich eine rege Diskussion seitens der Versammlung. Alle Redner erklärten, daß die Lohnhöhe in diesen Fällen aufgebessert werden müsse.

In die Sektionsleitung wurden gewählt: *Henrich*, *Lau* und *Wespeck*; in die Agitationskommission *Gla*, *Kollegin Lösch* und *Jhla*.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen in der Binnenschifffahrt.

In der Presse wurde berichtet, daß der Verwaltungsrat des Unternehmerverbandes für die Binnenschifffahrt beschlossen habe, seinen Mitgliedern die Gewährung einer Teuerungszulage für die Schiffmannschaften zu empfehlen. Durch diese Maßnahme wird der Anschein erweckt, als ob diese Entschädigung freiwillig erfolgt ist. Dem ist nicht so. Die Mannschaften haben schon zweimal den Versuch unternommen, eine Teuerungszulage zu erlangen. Den ersten im Juli und den zweiten im Oktober 1915. Beide Male erfolgte eine Ablehnung.

Die Zustände waren jetzt unhaltbar geworden und so setzte

im April eine neue Aktion der Mannschaften ein. Vom 1. bis zum 7. Mai fanden in den Hauptumschlagplätzen der Elbe oder Ober stark besuchte Versammlungen statt, in denen eine Resolution angenommen wurde, in der ausgeführt wurde, daß bei der ungeheuren Teuerung mit den jetzigen Löhnen nicht auszukommen sei, zumal die Mannschaften doppelten Haushalt führen und bei der schweren Arbeit — die jetzt infolge der verminderten Befahrung noch schwerer ist als in Friedenszeiten — eine kräftige Ernährung notwendig hätten. Die jetzt gezahlte Entschädigung für Mehrleistung, wenn ein Mann fehlt, sei immerhin noch so, daß für den Unternehmer eine Lohnerparnis von 60—100 M. für das Fahrzeug und den Monat erzielt würde.

Aus dem Fonds der ersparten Löhne eruchten die Mannschaften ihre Forderungen zu bewilligen und zwar:

1. Für die in Elbschiffahrt beschäftigten Mannschaften:
 - a) für alle Chargen eine Teuerungszulage von 10 M. pro Mann und Monat.
 - b) Auf Rühen, wo ein Mann fehlt, außerdem eine Entschädigung für Mehrleistung von 10 M. pro Mann und Monat.
 - c) Auf Dampfern kommt außer der Teuerungszulage der Lohn der fehlenden Befahrung zur Auszahlung.
2. Für die in der Oberelbschiffahrt beschäftigten Mannschaften:
 - a) für alle Chargen eine Teuerungszulage von 15 M. pro Mann und Monat;
 - b) auf nicht voll bemannten Rühen außer der Teuerungszulage eine Entschädigung für Mehrleistungen von 1 M. pro Tag und Mann;
 - c) auf Dampfern kommt außer der Teuerungszulage der Lohn der fehlenden Befahrung zur Verteilung;
 - d) Erhöhung des Kostgeldes für Jahrlöhner auf 10 M. pro Woche.

Am 9. Mai hat dann der Unternehmerverband den Beschluß gefaßt, so daß nach fast zweijähriger Kriegsdauer auch in der Binnenschifffahrt eine Teuerungszulage allgemein anerkannt ist. Bisher ist nicht bekannt geworden, in welcher Höhe die Zulage gewährt werden soll.

Heute ist der Durchschnittslohn auf der Ober 112 M. und auf der Elbe 120 M. im Monat. Die Mannschaften fordern für die Elbe 10 M. den Monat und für die Ober 15 M. Zulage. Es wäre dringend zu wünschen, wenn diese minimale Forderung voll gewährt würde.

Der Verband der Hausangestellten im Kriegsjahr 1915.

Dieser neben dem Landarbeiterverband jüngste Zweig der gewerkschaftlichen Organisation hat unter den Kriegsfolgen recht stark zu leiden. Gleich nach Kriegsausbruch machten sich diese für die Mitglieder bemerkbar. Dem häuslichen Personal wurde angeboten, sich mit verkürztem Gehalt abzufinden oder auch nur für Kost und Wohnung zu arbeiten. Viele Hausangestellte wurden entlassen. Noch heute behelfen sich zahlreiche Familien, die sich früher Personal zu ihrer Bedienung gehalten haben, mit Anstaltskräften. Die Schwierigkeit der Nahrungsmittelbeschaffung trägt hierzu erheblich bei. Viele Hausangestellte mußten daher ihren Beruf wechseln. Andere verließen ihre Stellung, um zu Hause die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Daraus erklärt sich der Mitgliederrückgang, der im Verlaufe der Jahre eingetreten ist. Am Jahresanfang 1915 waren 3882 Mitglieder vorhanden gegen 5108 am Schluß 1914. Sie verteilen sich auf 86 Ortsgruppen.

Auch die Einnahmen und Ausgaben weisen erheblich geringere Summen als im Vorjahre auf. In Einnahmen verzeichnet der Bericht 19 608 M., davon 10 805 aus Beiträgen. Im vorigen Jahre betrugen die Einnahmen 30 282 M., von denen 18 420 M. aus Beiträgen herrührten.

Dementprechend sind auch die Ausgaben des Verbandes eingeschränkt worden. Die Ausgaben für Agitation, die sonst die erste Stelle einnehmen, blieben mit 4037 M. um 5176 M. hinter der des Vorjahres zurück. Der Belagerungszustand legt dem Verbands erhebliche Beschränkungen auf. Dazu kommt, daß an verschiedenen Orten die ehrenamtlich tätigen Kräfte jetzt weniger Zeit für den Verband aufwenden können, weil sie jetzt Erwerbsarbeit verrichten müssen oder durch die Beteiligung von Familienangehörigen an der Krieges in ihrer Leistungsfähigkeit gebremst sind. Für Anhangsgeld wurden herausgegeben 3317 M., für Rechtschutz 548 M. Nur die Ausgaben für Rechtschutz sind höher als im Vorjahre.

Trotz dieses zahlenmäßig ungünstigen Abchlusses kommt durch den Bericht aber doch zum Ausdruck, daß der Verband der Hausangestellten während der langen Dauer des Krieges gewissermaßen die Feuerprobe bestanden hat. Ein großer Stamm treuer Mitglieder ist ihm geblieben und die Erfahrungen vieler Hausangestellten in der Kriegszeit, denen der Verband mit seinen Einrichtungen helfend zur Seite gestanden hat, bürgen dafür, daß nach Wiedereintritt geregelter Verhältnisse die Kriegsfolgen bald überwunden sein werden.

Soziales.

Ein Streit um das Arbeitsmaterial.

Ob ein Kürschner mit der Anzahl der Felle, die ihm zu einer größeren Arbeit geliefert werden, auskommt, das hängt nicht nur von seiner Geschicklichkeit im Zuschneiden und Zusammenfügen ab, sondern auch von der Größe und Beschaffenheit der Felle. Wenn die Felle nicht reichen, dann gibt es gewöhnlich Streit darüber, ob es am Material oder dem Arbeiter liegt. Eine Angelegenheit, die aus solchem Streit entstanden ist, beschäftigte die Kammer 2 des Gewerbegerichts.

Der Kläger, ein heimarbeitender Kürschner, hatte von der Firma *Landberger* 4000 Felle bekommen. Daraus sollte er 100 Militärpelze anfertigen. Er lieferte aber nur 88 Pelze und erklärte weiter, daß das Material nicht gereicht, er habe von den 4000 Fellen nur 88 Pelze machen können. Die Firma glaubte das nicht, sie behauptete, das Material reiche zu 100 Pelzen. Der Kläger erhielt den Arbeitslohn für die zuletzt gelieferten 12 Pelze, im ganzen 84 M., nicht bezahlt und verlangte nun Zahlung im Klagewege. Die beklagte Firma erhob Gegenklage auf Zahlung von 884 M. Diesen Betrag forderte sie für die Felle, die der Kläger zu den nicht gelieferten Pelzen hätte verarbeiten müssen. Der Vertreter der Beklagten meinte, es sei ausgeschlossen, daß die 4000 Felle nicht zu 100 Pelzen gereicht hätten. Andere Arbeiter wären mit demselben Material für dieselbe Arbeit auf Grund der gleichen Kalkulation ausgenommen, also müsse auch beim Kläger das Material gereicht haben. Wenn nicht, dann liege ein Verschulden des Klägers vor. — Der Kläger betonte demgegenüber, bei Kürschnerarbeit könne man niemals sagen, daß die Anzahl der Felle, die für einen bestimmten Posten reichen müsse. Die Felle seien doch nach Größe und Beschaffenheit sehr verschieden. — Die beklagte Firma konnte vor Gericht nicht behaupten, daß das dem Kläger gelieferte Material zu 100 Pelzen hätte reichen müssen und daß ein Verschulden des Klägers vorliege, wenn es nicht reichte. Auf der anderen Seite war aber unstreitig, daß der Kläger den Arbeitslohn für 12 Pelze

nicht bekommen hat. Schließlich erklärte der Kläger, er wolle, um den Streit aus der Welt zu schaffen, für seine Person nichts mehr haben, wenn nur sein früherer Sozials befristet werde, der ihn wegen der Felle des ausbleibenden Arbeitslohns für die 12 Pelze verklagt, ein abweisendes Urteil erlitten und die Forderung bei der beklagten Firma bereits befriedet habe.

Nach längeren Verhandlungen kam auf Anraten des Vorsitzenden ein Vergleich dahin zustande, daß die beklagte Firma ihre Schadenersatzforderung fallen läßt und dem früheren Sozials des Klägers den ihm zuzurechnenden Betrag von 45 M. zahlt.

Berichtszeitung.

Gegen die Höchstpreise.

Höchstpreis-Prozesse standen auch gestern wieder in großer Zahl zur Verhandlung vor den verschiedenen Kriminalabteilungen der Land- und Amtsgerichte an. Wir heben daraus die folgenden heraus:

1. Die Filialleiterin *Eugenie Rosalowski* stand wegen Preiswuchers vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Die Angeklagte ist selbständige Leiterin eines Schokoladen- und Keksgeschäfts in der Leipziger Straße. Sie hat nach eigenem Ermessen und weiß, wie sie sagte, der Bestand knapp wurde, noch Schokolade, die zum Preise von 1,80 pro Pfund eingekauft worden war, zum Preise von 3 M. verkauft. Staatsanwalt *Wolff* erstarrte diese Ueberschreitung des zulässigen Höchstpreises für einen wucherischen Gewinn und beantragte gegen die Angeklagte 2000 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 500 M. Geldstrafe.

2. Eine grundsätzliche Frage wurde bei einer Anklage erörtert, die vor einer Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde. Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Bundesrats vom 4. November 1915 über die Regelung der Preise für Schlachtschweine war eine in Berlin-Weißensee ansässige Schweinemästerin angeklagt. Sie hatte ein noch nicht schlachtreifes Schwein welches noch einige Zeit in ihrem Stall verbleiben und aufgefüttert werden sollte, verkauft und soll dabei den festgesetzten Höchstpreis überschritten haben. Neue Verordnung hat für eine Reihe von namhaft gemachten Städten den Höchstpreis festgelegt, der für 50 Kilogramm Lebendgewicht berechnet ist, je nach dem Gewicht der Schweine. In diesem Städteverzeichnis ist auch Berlin angeführt und u. a. auch noch die Bestimmung getroffen: In Gemeinden, die öffentliche Schlachthäuser besitzen und die in dem Städteverzeichnis nicht aufgeführt sind, darf der Preis für Schweine beim Verkauf zur Schlachtung den Höchstpreis des nächstgelegenen dieser Orte des Verzeichnisses nicht übersteigen. — Das Schöffengericht hatte die Angeklagte zu einer Geldstrafe verurteilt, davon ausgehend, daß wenn in der betreffenden Verordnung Berlin genannt sei, damit Groß-Berlin gemeint sei. — In der Berufungsinstanz befreit Rechtsanwalt *Dr. Roienthal* das entschiedene: Wenn der Bundesrat wirklich Groß-Berlin gemeint hätte, würde er dies sicher klar zum Ausdruck gebracht haben; es sei auch gar nicht ersichtlich, ob sich dieser Begriff mit den Grenzen des Zweiverbandes decken oder sonstwie hätte begrenzt werden sollen. Dazu komme, daß Weihenstephan ein öffentliches Schlachthaus nicht besitze, so daß auch aus diesem Grunde die qu. Bundesratsverordnung gar nicht Platz greife und schließlich sei auch zu berücksichtigen, daß wenn auch schließlich jedes Schwein den Beruf hat, geschlachtet zu werden, in diesem Falle das Schwein zunächst noch gar nicht zur Schlachtung bestimmt war. Das Gericht schloß sich den Darlegungen des Verteidigers über die Nichtanwendbarkeit der Verordnung im vorliegenden Falle an und erkannte auf Freisprechung.

3. Inländisches Schweinefleisch für ausländisches verkauft und in dieser Form die Höchstpreise überschritten zu haben, wurde dem Schlachtermeister *Ferdinand Daehn* gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte vorgeworfen. Dem Angeklagten war seitens des Magistrats die Ermächtigung erteilt worden, auch ausländisches Schweinefleisch zu verkaufen. Nach der Anzeige eines ihm nicht wohnhaften Konkurrenten, der durch Beauftragte bei ihm hat laufen lassen, soll er zu einer Zeit, wo ausländisches Schweinefleisch gar nicht mehr zu haben war, Schweinefleisch zu einem Preise verkauft haben, der für inländisches zu niedrig und für inländisches Fleisch zu hoch gewesen wäre. Der Angeklagte bestritt diese Beschuldigung des außerordentlich animos gegen ihn auftretenden Schlachtermeisters *Theodor Freyhag* entschieden unter Berufung auf den Lieferanten *Sperling*, von dem er das ausländische Fleisch bezogen. Die Aussagen des letzteren stützten die Behauptungen des Belastungszeugen in verschiedenen Punkten nicht. Das Gericht sah zwar einen gewissen Verdacht als nicht ungerichtet an, kam aber doch zu einem non liquet, da es an einem schlüssigen Beweise manvelte. Dagegen verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 15 Mark Geldstrafe, weil er nicht ganz in der vorgeschriebenen Form über den An- und Verkauf ausländischer Fleischwaren Buch geführt hat.

Eingegangene Druckschriften.

- Schriften des Arbeitsausschusses der Kriegswitwen- und Waisenfürsorge. 1. Heft: Frauenerwerb und Kriegswitwen. 50 Pf. — 2. Heft: Aus der Praxis der Kriegshinterbliebenenfürsorge. 1 M. — E. Heymann, Berlin W. 8.
- Der Kriegers Weg zum eigenen Heim. Von M. Beck. Geh. 75 Pf. Gesellschaft für Heimkultur, Wiesbaden.
- Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 78—80. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.
- Neustadt a. d. Haardt und seine Umgebung. Den Kriegsveteranen erzählt von Frau *Milly Liefenberg*. 60 Pf. Pflanzliche Verlaganstalt, Neustadt a. d. Haardt.
- Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1915. Erstattet von dem geschäftsführenden Vorstande. 774 S. 3 M. Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg.
- Kriegstagebuch eines Dacheingeblichenen. Von A. Müller-Guttenbrunn. 3,50 M. — Heimaterbe. Ein Volksbuch von Rothilde zu Stabenberg. 3,75 M. H. Reises Buchhandlung, Graz (Steiermark).
- Merkmale für Leistungen an Kriegsdienstbeschädigte. Von A. Niemann. 15 Pf. J. Bunde u. Ehne, Dissen (Leutob. Walb).
- Das Mangobaumwunder. Eine ungläubwürdige Geschichte von P. Berny u. P. Frank. 3 M., geb. 5 M. H. Langen, München.
- Der Tod des Brins von Vitale. Drama von M. Gaertig. 50 S. H. Krüger, Jellendorf.
- Der Vaterlinder in Straffachen. Ein Leitfaden von Amtsdr. H. Hellwig. 45 Pf. Volkswirtschafts-Verlag R. Glöckner.
- Karrichens. Roman von Helena v. Müllau. 4 M. E. Pfeiffer u. Co., Berlin, Müllerstr. 16.
- Aus Problemen der Verfassungsgeschichte Polens. Von Dr. D. Polzer. 66 S. Zentral-Verlagsbureau des Obersten Polnischen Nationalkongresses, Krakau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst überall warm, im Osten vorwiegend heiter und trocken, im Westen langsame Zunahme der Bewölkung; nachher vielwolkig Gemitter mit Abkühlung.

Wichtige Mitteilung für alle Leser! Eine große illustrierte Hausbibliothek gratis! Bestellschein Zw.

Der Lesern teilen wir hierdurch ergeben mit, daß wir eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Mitarbeiter sind erste Fachleute. Jedes Heft enthält ca. 30 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Vahlsauzeit. — Wenn die Erde erschaffen. — Gekundheit und Schönheit. — Der

Mensch und dessen Gemüthsleben. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Welt. — Flüchtige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Gemüthsleben. — Verwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität. — Unser Sonnensystem usw. usw. Außerdem erhält jeder Leser auf „Welt und Wissen“ zu jedem Jahrgang drei komplette Werke vollständig gratis. Im ersten Jahre: Die illustrierte Dimmelskunde. — Märkliches Buch der Lebnis. — Entdeckungsgeschichte nach dem Nord- und Südpol. Um zu ermöglichen, daß alle Leser darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten starkes Heft festgelegt. Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und einzulösen.

Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und einzulösen. Im ersten Jahre: Die illustrierte Dimmelskunde. — Märkliches Buch der Lebnis. — Entdeckungsgeschichte nach dem Nord- und Südpol. Um zu ermöglichen, daß alle Leser darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten starkes Heft festgelegt. Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und einzulösen.

An die Expedition von „Welt und Wissen“, Berlin-Schöneberg, am Post 11. Ich abonniere hiermit „Welt und Wissen“ à 15 Pf. p. Heft durch Boten franco Haus. Name: ... Ort, Straße: ...

Zensur-, Annexions- und Friedensfragen vor dem Reichstage.

55. Sitzung. Dienstag, den 30. Mai 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Dr. Helfferich.

Kleine Anfragen.

Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft liegen zwei Anfragen vor, wovon die eine das Verbot von 22 Mitglieder-Veranstaltungen des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis mit der Tagesordnung „Kassenbericht und Neuwahl des Vorstandes“ durch das Oberkommando in den Marken, die andere das Verbot eines Zeitungsartikels durch das auswärtige Amt deshalb, weil sein Inhalt der Wahrheit einer Fälschung des Reichstages nicht gefolgt wäre, betrifft.

Präsident Dr. Kaempf erklärt hierzu: Nach § 30b der Geschäftsordnung unterbleibt der Aufruf einer Anfrage, wenn die Anfrage einen Gegenstand der Tagesordnung betrifft. Das ist bezüglich beider Anfragen der Fall und daher kommen diese Anfragen nicht zum Aufruf.

Abg. Baffermann (natl.) fragt, wie es sich mit dem Sterbegeld einer Sterbefälle für solche Verstorbenen verhält, die im Laufe des Krieges in Feindesland gefallen sind. Die Gerichte haben in solchen Fällen den Anspruch auf Sterbegeld abgewiesen, weil der Unterfallungsfall im Auslande eingetreten sei.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Der Unterschied zwischen im Auslande und im Auslande gestorbenen Verstorbenen in diesem Falle ist eine Unbilligkeit, die durch eine Bundesratsverordnung beseitigt werden wird.

Darauf folgt die

Fortsetzung der Zensurdebatte.

Abg. Roske (Soz.):

Die Herren Dertel und Hirsch haben die Debatte über die Zensur zur Propaganda für den rücksichtslosesten U-Bootkrieg und die rücksichtsloseste Annexionspolitik benutzt. Dagegen muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie fordern die Freiheit der Zensur nur für ihre Kriegs- und Eroberungspolitik, für alle anderen würde die von diesen Herren geforderte Freiheit nur größere Anfechtung zur Folge haben. — Dabei doch die Nationalliberalen noch kurz vor dem Krieg sich für die Kulturhaltung des Jesuitengesetzes ausgesprochen. Das Ergebnis der bisherigen Debatte ist, daß alle bürgerlichen Parteien die Zensur und den Verlagerungsstatus aufrecht erhalten wollen. Freilich ist der Regierung wegen der Art der Handhabung kein einziger Verteidiger entstanden. Wenn die Regierung darauf hinweist, daß auch in den anderen kriegführenden Ländern eine scharfe Zensur ausgeübt wird, so ist das für uns kein Trost, es ändert nichts daran, daß bei Zensur und Verlagerungsstatus in ungeduldeter und schädigender Weise gehandelt werden, und die Art, wie die Regierung hier gesprochen hat, läßt Hoffnungen auf durchgreifende Besserung nicht aufkommen. So hat der Rühlhaufener Zensur in dem Bericht über die Reichstagsrede des Abg. Emmel alle diejenigen Stellen herausgegriffen, die gegen seine Maßnahmen gerichtet waren. Das ist ein Maß von Unverschämtheit (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), gegen das die Regierung einschreiten vorgehen möchte. Wir beklagen uns das Hineinpfuschen der Zensur in die Reichstagsberichte. Es ist höchste Zeit, daß den Herren Mores gelehrt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dertel hat mitgeteilt, daß ein kommandierender General auf Vorkantungen erklärt hat: Wir sind die Regierung, wir sind der Bundesrat, wir sind der Reichstag. Wir haben aber nicht vom Regierungssitz gehört, es werde Vorkantungen getroffen werden, daß ein solcher Ausdruck von Ehrgefühl die erforderliche Dämpfung erfahren wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wäre es der Regierung Ernst mit ihren Versicherungen, so müßte ein solcher Herr sofort kaltgestellt werden.

Der Staatssekretär verfiel, Verordnungen über die Ernährungs- und Steuerfragen seien zugelassen. Das ist irrig. Die Verhinderung derartigen Verordnungen hat in Sachen zum Beispiel noch in den letzten Tagen stattgefunden. Die beabsichtigte Wirkung wird dadurch natürlich nicht erreicht, im Gegenteil würde bei freier Erörterung weit weniger Unzufriedenheit entstehen sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Kriegspolitische Fragen dürfen nach wie vor nur dann besprochen werden, wenn die Redner sich der Zensur unterwerfen. Natürlich wird aber eine Propaganda durch solche Einschränkung des Versammlungsrechts nicht verhindert, wie die vielbesprochene Schäfersche Petition deutlich gezeigt hat. Die Regierung sollte doch durch ihre früheren Erfahrungen wissen, daß dadurch nur unrentable Maßnahmen hervorgerufen werden, die weit mehr Erbitterung auslösen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zimmer bedenkenlicher werden die Maßnahmen der Zensur, man ist zum Eingreifen ins Petitionsrecht und zur Verletzung des Briefgeheimnisses gekommen. Was man den Inhalt der Schäferschen Eingabe für noch so schädlich halten, der Eingriff gegen das Petitionsrecht muß aus allerhöchster Notwendigkeit verurteilt werden. Namen meiner Freunde erhebe ich mit aller Schärfe Protest gegen die Beschränkung der persönlichen Freiheit, die eine ganze Reihe von kommandierenden Generälen durch das Verbot der Freizügigkeit in der Landarbeit vorgekommen haben. Bei ihren hohen Gewinnen können unsere Agrarier die Arbeiter durch bessere Bezahlung halten. Es ist das eine Maßnahme in ganz einseitigem Interesse der Agrarier. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Art, wie das Berliner Oberkommando mit dem Blatt der Landarbeiterorganisationen umspringt, zeigt diese

einseitige Parteinahme für die Agrarier.

Geradezu ruinierend wirken die Maßnahmen vieler kommandierenden Generäle gegen die Kinematographentheater, die sich doch im Felde als recht leistungsfähige Einrichtungen bewährt haben. Unparteilichkeit ist überhaupt mit dem Wesen der Zensur unvereinbar. Bei gutem Willen lassen sich Härten vermeiden, wie die Erfahrung in einzelnen Corpsbezirken zeigt, um so größere Empörung müssen die Uebergriffe in anderen Bezirken auslösen. Dagegen helfen aber keine Reden und auch nicht die Resolutionen der Kommission, wenn man keine Zensurdebatte mehr haben will, so muß man die Aufhebung der Zensur fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiss ist die Handhabung milder geworden, speziell in der Ernährungsfrage. Selbst amtliche Stellen führen eine Sprache gegen den Lebensmittelwucher, die vor wenigen Wochen noch in der Presse verboten war. So habe ich hier ein Flugblatt „gegen Wucherer und Heber“, worin von den gemeinsinnlichen Begehrungen gesprochen wird, und unterzeichnet ist dieses Flugblatt von dem kommandierenden General v. Haugwitz. Man hatte ruhig und offen zugeben sollen, daß wir unter einer Knappheit an Lebensmitteln leiden. Daß man sich erst jetzt dazu entschlossen hat, ist viel zu spät, und im Ausland wird damit gewiß nichts Neues gesagt. Wie wir über die Vorgänge im Ausland informiert werden, so wird auch das Ausland über die Verhältnisse bei uns unterrichtet.

Die Lebensmittelwucher

waren gewiß nicht angenehm, aber doch auch nicht sonderlich aufregend. Weil aber nichts darüber geschrieben werden durfte, kamen die übertriebene Gerichte im Umlauf, Tugend von Toten

solte es gesagt haben, Soldaten, hieß es, hätten geraubert und auf dem Wege in die englische und französische Presse wurde eine vollkommene Revolution daraus. Der stellvertretende Kriegsminister hat sich Ende des vorigen Jahres als Oberzensor für den Reichstag gefühlt. Der Rühlhaufener Zensur ahmt ihm jetzt nach. Unter keinen Umständen dürfen wir uns das gefallen lassen. Gelegentlich eines der Vorträge des Staatssekretärs Goll schrie die „Magdeburger Volksstimme“, daß Deutschland von der riesigen Masse von Rohstoffen für seine Industrie nur einen winzigen Teil aus seinen Kolonien bezieht. An dieser ganz allgemein bekannten Tatsache nahm der Zensur Anstoß. Zu solchen Torheiten muß der übertriebene Versuch führen, sich überall als Schutzwinkel vor die Regierung zu stellen. Die Kommission wünscht, daß Zeitungen nur mit Zustimmung des Reichskanzlers verboten werden dürfen. Mit dieser geringen Sicherung können wir nicht zufrieden sein, wir verlangen die völlige Aufhebung der Zensur. Die von der Kommission weiter vorgeschlagene Resolution, daß die Zensur sich auf das in militärischen Interesse unbedingt Gebotene zu beschränken habe, hilft erst recht nicht. Noch bedenklicher ist die Resolution Ablaß, die die Zensur in nicht militärischen Angelegenheiten den Zivilbehörden übertragen will. Dadurch würde nur eine zweite Zensur eingerichtet und die Schwierigkeiten würden noch zahlreicher werden. Unser Volk und unser Land sind so stark, daß es die ungeschämteste Meinungsfreiheit vertragen und die Zensur entbehren kann. Die Scherzen der Konservativen und Nationalliberalen über die Zensur sind darauf zurückzuführen, daß sie die rücksichtslose U-Bootkriegpropaganda und ihre Annexionspolitik nicht vollkommen uneingeschränkt betreiben können. Herr Hirsch hat uns hier auch Tiraden über den Wert der Garde gehalten. (Präsident Kaempf ruft den Redner für diese Äußerung zur Ordnung.) Alle unsere Truppen haben mit gleichem Opfermut gekämpft, deshalb lasse man uns mit diesem Gardebataillon in Ruhe. (Sehr richtig!) Herr Dertel fand es ganz richtig, daß Artikel des Abg. Gothein unter Zensur gestellt wurden. Wir sehen also, wie er den alten reaktionären Faden weiterpinnt. Auch bei fehlender Zensur würden strafbare Handlungen verfolgt werden, ja eine größere Bewegungsfreiheit würde vielleicht noch zu mehr Strafen der oppositionellen Presse führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber deswegen müssen wir doch grundsätzlich die Aufhebung der Zensur fordern. In dem Heidebrandtischen Artikel, den Herr Dertel verlesen hat, wurde verlangt, die deutsche Rote in Amerika hätte schroff ablehnend lauten müssen und Herr Hirsch meinte auch mit Hinweis auf diesen Artikel, der weitere Verlauf der Tatsachen hätte der Heidebrandtischen Auffassung Recht gegeben. Nach der Auffassung meiner Freunde würde dieser Weg zum Bruch mit Amerika geführt haben und es gehört ein großes Maß von Unbedenkllichkeit dazu, derartiges zu verlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dertel kann keine Ahnung davon haben, wie die Massen unserer Völker über Krieg und Frieden denken. (Sehr richtig!) Ebenso wie er hat auch Herr Hirsch den rücksichtslosesten U-Bootkrieg als Allheilmittel für die rasche Beendigung des Krieges gepriesen. Wenn die Frage auch nicht gerade eine ideale Lösung gefunden hat, so verkennen die Konservativen und nationalliberalen Redner die Stimme im Volk doch in ganz unverantwortlicher Weise, es ist unerbört, die Meinung zu verbreiten, der Krieg würde verlängert dadurch, daß der Reichskanzler schlapp ist und der Krieg nicht so geführt wird, wie er geführt werden möchte. Nicht minder bedenklich sind die Darlegungen des Abg. Hirsch, Neutralität von Friedensvermittlungen abzuweisen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Um den Preis, den manche Leute glauben fordern zu können, ist der Friede aller Voraussicht nach nicht zu haben. Diese Herren irren sich aber sehr gründlich, wenn sie meinen, im deutschen Volke bestünde Neigung, für phantastische Eroberungsziele das Leben weiterer Hunderttausender Soldaten aufs Spiel zu setzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Selbstverständlich würde sich auch die deutsche Sozialdemokratie die Einmischung Neutralität in innerpolitische Verhältnisse Deutschlands sehr entschieden verbitten. — Noch bedenklicher waren die Auslassungen des Abg. Hirsch, es müsse protestiert werden, wenn von angeblich neutraler Seite, in Wirklichkeit mit stark blutbefleckter Hand, die zur Verlängerung des Krieges beigetragen hat, Friedensverhandlungen vermittelt werden sollten. Jede Friedensbemühung werden die Völkern in allen kriegführenden Ländern mit Freuden begrüßen, (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) ganz gleich, von wem sie ausgehen, und der amerikanische Präsident verdient nicht, wegen solcher Bemühungen von der Reichstagstribüne beschimpft zu werden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe gewiß die Kriegslieferungen Amerikas beklagt und verurteilt. Aber gerade Herr Hirsch hat weniger Anlaß dazu. Vor dem Krieg haben gerade die Nationalliberalen sich schuldig gemacht vor das Rüstungskapital. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als ich mich dagegen wandte, daß von Deutschland Kriegsmaterial an die Völker geliefert werde, die sich möglicherweise gegen Deutschland wenden, sind gerade Herr Hirsch und seine Genossen dafür eingetreten, daß diese Lieferungen nicht beeinträchtigt werden, und bei den Tatu-Tors sind die deutschen Matrosen von deutschen Kruppkanonen zusammengeschossen worden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Völkern wünschen, daß die deutsch-amerikanische Krise so rasch als möglich abgewandt wird, wie färlisch die amerikanische Volkswirtschaft es glaubte feststellen zu können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unser Volk denkt gar nicht daran, die Tiraden nationalliberaler Heimkrieger zu unterschreiben. Es hat sich erhoben, weil die Ueberflutung der Grenzen im Osten und Westen mit feindlichen Millionen bevorstand. Für die Sicherheit des Vaterlandes sind die Völkern zu den Waffen geeilt und sie halten lediglich deswegen aus, weil weder der Zar noch Herr Grey noch Herr Poincaré vom Frieden etwas wissen wollten. Für mehr oder minder phantastische Eroberungspläne weiter zu haben und ungemessene Blutströme zu opfern, dafür verspüren die Völkern nicht die allergeringste Neigung. (Leb. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir erinnern an das Wort des Reichskanzlers, Deutschland führe den Krieg nicht, um andere Völkern zu unterjochen. Die Massen des Volkes lehnen es ab, daß von deutscher Seite aus die wahrhaftige Idee der Fortführung des Krieges bis zum Weißbluten propagiert wird, wie es in einzelnen unverantwortlichen Presseäußerungen wieder gesehen ist. Wir sind überzeugt, daß der größte Teil des Volkes es geradezu für ein Verbrechen an der Menschheit hält, auch nur von einer solchen Möglichkeit zu sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die völlige Niederwerfung einer der beiden freizählenden Gruppen kann nur zur dauernden Spannung in Europa und in der ganzen Welt führen und zu einer dauernden Gefahr der Wiederholung des Krieges. Dabon will das deutsche Volk in seiner Weisheit nichts wissen, es wünscht statt dessen eine dauernde Versöhnung zwischen den Völkern, die sich leider heute noch immer zerfleischen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also wir fordern die freie Erörterung der Kriegsziele, ebenso wie die Herren auf der rechten Seite des Hauses, aber zu dem Zwecke, damit wir darauf hinweisen können, daß Rot und Gelb immer weiter anwachsen, und daß im Felde von den Truppen immer größere Opfer gebracht werden mühten, wenn die Treibereien gewisser Annexionsisten von Erfolg begleitet werden. Die Herren Heimkrieger würden ihr blaues Wunder erleben, wenn

das Volk über solche Ziele ganz ungeschämte seine Meinung sagen könnte. Unser Volk begrüßt es mit Begeisterung, daß ganz allgemein in der Welt die Sehnsucht nach Beendigung des Völkermordens wächst, es wünscht nichts mehr als einen Frieden, der ihm Freiheit, Unabhängigkeit und Entwicklungsmöglichkeit garantiert. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberst Hoffmann:

Bei der Besprechung der Zensurfragen sind den Militärbefehlshabern im allgemeinen und einzelnen dieser Herren gegenüber sehr scharfe Ausdrücke gefallen, man hat von Unverschämtheit gesprochen. Solche Ausdrücke weise ich entschieden zurück. (Bravo! rechts.) Die Brief- und Pressezensur ist gewiß keine angenehme Aufgabe; wenn die Herren kommandierenden Generäle sich zu Eingriffen veranlaßt sehen, die hier und da jemand unbequem werden, so tun sie das in Erfüllung der ihnen obliegenden Pflicht, im Rücken des Heeres für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die hier vorgebrachten Beschwerden ihren Zweck, Mißständen und Unbilligkeiten, die dabei natürlich vorkommen können, abzuheben und ihnen vorzubeugen, erreichen sollten, so sollte man solche Ausdrücke vermeiden. Was den Erlaß betrifft, den Herr Roske als vom stellvertretenden Kriegsminister herrührend verlas, so ist ihm dieser Erlaß entzogen oder unvollständig mitgeteilt worden. Ich will ihn verlesen. Er ist datiert vom 27. August 1915 und lautet:

„Am 26. d. M. hat der Abg. Bauer im Reichstag eine Rede gehalten, die die wirtschaftliche Lage der unbemittelten Bevölkerungsfreie in einseitiger, stark tendenziöser Weise als ungünstig hinstellt und Maßnahmen der Behörden für Angehörige von Kriegsteilnehmern in unbedeutender Weise angreift. Die Rede, die bereits im Reichstag scharfen Widerspruch fand, ist geeignet, im Heere und im Volke Beunruhigung hervorzurufen und im Ausland eine durchaus unzutreffende Vorstellung über die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu erwecken, wenn sie aus dem Zusammenhang gerissen und ohne Widerlegung bekannt wird. Es ist daher notwendig, ihre Veröffentlichung außerhalb der gewöhnlichen Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen in der Tagespresse sowie die Verbreitung derartiger besonderer Veröffentlichungen ins Feld und in das Ausland zu verhindern. In Vertretung gezeichnet v. Wandel.“

Ich bin der Ansicht, daß gegen diesen Erlaß nicht das geringste einzumachen ist. (Bravo! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (Rp.):

Der Erlaß ist trotzdem verfassungswidrig, denn die Verbreitung von Reichstagsreden ist durch die Verfassung gewährleistet und diese Bestimmung der Verfassung ist durch kein Belagerungsaußlandsgebot aufgehoben. (Sehr richtig! links.) — Die Oberzensurkammer hat ihren Zweck, eine Einheitlichkeit der Zensur herbeizuführen, absolut nicht erfüllt. Sie hat sich infolgedessen als machtlos erwiesen. Verschiedentlich haben Generalkommanden erklärt, daß sie sich an das, was hier im Reichstag von der Regierung versprochen wird, nicht im geringsten kümmern. (Hört! hört! links.) Ministerialdirektor Lewald meinte, eine Präventivzensur gäbe es kaum. An Tausenden von Fällen könnte man das Gegenteil beweisen. Besonders scharf geht die Zensur gegen die Deutsche Friedensgesellschaft vor. Ihr Organ „Der Völkerrufen“ ist seit November 1915 ohne vorausgehende Verwahrung verboten worden, trotzdem sie schon unter Präventivzensur stand und der Herausgeber sich allen Anforderungen der Zensur gefügt hat. Die alldentschen Väter, trotz ihrer leidenschaftlichen Sympathie ihrer Angriffe auf die Regierung, können weiter erkennen! Für die Ideen der Friedensbewegung darf überhaupt keine Propaganda gemacht werden. (Hört! hört!) Die Friedensgesellschaft darf keine Sitzungen abhalten. Die Alldentschen aber konnten eine Vorstandsitzung abhalten, die so stark besucht war, daß der größte Saal in einer großen Stadt überfüllt war. (Hört! hört! links.) — Der von manchen Militärbefehlshabern geführte Kampf gegen die Fremdwörter wirkt einfach lächerlich. Hier paßt nur das Goethe-Wort: „In jedem Quart begrabt er seine Nase“. In Glogau drohte ein General mit Spernung eines Konfuziusgesellschafts für die Soldaten, wenn das Wort „Donbon“ nicht entfernt würde. (Hört! hört!) Mit einem solchen hinterlistigen Patriotismus machen wir uns vor dem Ausland wirklich nur lächerlich. (Sehr richtig! links.) — Staatssekretär Helfferich hat beantragt, daß wir unsere Beschwerden in der Öffentlichkeit vortragen. Dazu sind wir gezwungen, nachdem die in der Kommission vorgebrachten Beschwerden absolut nicht genügt haben. (Sehr wahr! links.) Sollen denn diese Zustände so weitergehen, wenn der Krieg etwa noch Jahre dauert! Wir erkennen an, daß die Zensur bis zu einem gewissen Grade während des Krieges eine Notwendigkeit ist, auf jeden Fall in den Fragen der Kriegführung und der auswärtigen Politik. (Abg. Haase: Hört! hört!) Dann gibt es keine Grenze! Das fürchte ich allerdings auch, daß sie dann leicht ins Uferlose geht. Jedenfalls darf man in der auswärtigen Politik der Regierung keine Anspiegel zwischen die Beine werfen. Wo das trotzdem geschieht, liegt Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vor. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen, daß der Reichskanzler sich dem Reichstag gegenüber in der Kommission verträglich über seine Politik ausspricht. Das ist auch gefahren und da waren die Vertreter der scharfsten Tonart viel sanfter als in der Presse, im Parteivorstand, am Viertisch. In der Handhabung der Zensur muß jedenfalls Wandel geschaffen werden, darüber ist sich der Reichstag einig. Die Regierung hat selbst das größte Interesse, daß diese Debatten sich nicht immer wiederholen. Den Druck auf den Bundesrat auszuüben, den Herr Dittmann verlangte, Staatsverweigerung, Ablehnung der Kriegskredite, sind wir allerdings nicht bereit. Er verwies auf die bürgerlichen Demokraten von 1848. Aber damals stand nicht der Feind vor allen Toren. (Sehr richtig!) Da konnte man um die Freiheit im Innern kämpfen. Heute das zu tun, was Herr Dittmann verlangt, dazu haben wir zu viel patriotisches Verantwortlichkeitsgefühl. Dasselbe Verantwortlichkeitsgefühl verlangen wir aber auch von der Regierung und den militärischen Stellen. Einen großen Krieg kann kein Feldherr, kein Peer, den kann nur ein Volk gewinnen. (Lebhaftes Beifall links.)

Abg. Strefemann (natl.):

Dr. Pfleger hat scharf protestiert gegen ein Flugblatt des „Evangelischen Bundes“. Das Blatt stammt aber aus dem Jahre 1912, es ist nur in einzelnen Exemplaren durch ein Versehen des Bureau verbreitet worden und seine weitere Verbreitung ist durch den Vorsitzenden des Bundes sofort verhindert worden. Daß dies nicht bekannt geworden ist, ist Schuld der Zensur, die eine Veröffentlichung des „Evangelischen Bundes“ verhindert hat. (Hört! hört!) — In der Frage der Schulhaft stimmen wir den Anträgen des Ausschusses zu. In ihrer Verteidigung dürfen die in Schulhaft Genommenen nicht beschränkt werden. Der Kampf gegen die Fremdwörter ist zweifellos nicht die Aufgabe der kommandierenden Generäle. — Herr Roske nahm scharf Stellung gegen die vom Abg. Hirsch-Effen zum Ausdruck gebrachten Kriegsziele und meinte, wir wollten nur für uns Freiheit dieser Erörterung. Ich weise das für meine politischen Freunde entschieden zurück. Wir wenden uns gegen jede Zensur des Reichstages, ich wende mich dagegen, daß man die Friedensgesellschaft einschränkt, und ebenso gegen jede Verdrängung der Alldentschen. Die Verbreitung der von dem Abg. Hirsch verlesenen Entschliegung des nationalliberalen Zentralbundes ist

Abtrügnis ebenso verhindert worden wie die Rede des Abg. Heidebrand. Aber Herr Garden hat in der „Zukunft“ auch diese Entschliebung kritisiert in den gemeinsten, pöbelhaftesten Ausdrücken. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Die Wahnen gegen unsere Entschliebung gehen nicht von den Militärbehörden aus, sondern vom auswärtigen Amt und vom Reichskanzler, und diese sollten auch die Verantwortung für solche Maßnahmen übernehmen. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Wenn Herr Götze auch in Fragen der auswärtigen Politik die Autorität der Regierung als rocher de bronze hinstellt, so bedeutet das die Ausschaltung des Reichstages in all diesen wichtigen Fragen. Doch starke Friedensstimmung im Meer und Volk vorhanden ist, gebe ich, Herr Koske, durchaus zu; aber wir sind gerade der Auffassung, daß die von uns empfohlene Politik den Krieg erheblich abkürzen würde. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Und was Herrn Wilson als Friedensvermittler anlangt, so glaubt sicher nur ein verschwindender Teil des Volkes an die „Neutralität“ Amerikas. Die Hand eines wirklich neutralen Präsidenten, etwa der Schweiz, weisen wir als Friedensvermittler nicht zurück, die Hand eines Herrn Wilson aber weisen wir zurück. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen, und rechts, große Unruhe bei den Soz.) (Abg. Dr. David: Wir weisen keinen erblichen Friedensvermittler zurück! Auf rechts: edelichen!) Sie sprechen immer vom Volke, aber auch hinter und stehen weite Volkskreise, die eben glauben, daß bei Befolgung des von uns empfohlenen U-Bootkrieges der Krieg am schnellsten beendet werden könnte. Den Frieden sehnen wir alle gleichmäßig herbei. (Bravo! b. d. Natl.) — Das Briefgeheimnis muß da aufhören, wo der Landesverrat anfängt. Wenn es nach Herrn Dittmann ginge, der verlangt, daß das Briefgeheimnis der Abgeordneten unter allen Umständen respektiert werden müsse, hätte die Polizei auch gar keine Möglichkeit gehabt, gegen Wetterlé und Weill vorzugehen, wenn sie im Lande geblieben wären und Spionage getrieben hätten. — Was die Zensurfragen anlangt, so verstehe ich nicht, daß die Verbündeten Regierungen nicht einsehen, was ein starker Reichstag für sie bedeutet und daß der Schaden, den diese Debatten und ihre Wiederholung dem Lande bringen können, weit größer ist, als wenn sich nach dieser Richtung größere Freiheit der Meinungen gibt und sich nicht versteinert auf veraltete Geheime und ihre sehr widersprüchliche Auslegung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich:

Ich habe wohl neulich präzise genug die Grenzen der Verantwortung des Reichskanzlers in den Zensurfragen dargelegt. Soweit die Zensur ausgeübt wird, ohne daß der Reichskanzler eine Einwirkung darauf hat, kann er natürlich eine Verantwortung gegenüber diesem hohen Hause nicht tragen. Jeder kann nur verantwortlich sein für das, was er innerhalb seines Machtbereiches tut. Bei dem Verbot der Verbreitung der Entschliebung des national-liberalen Parteivorstandes trifft den Reichskanzler die Verantwortung nicht, denn diese Anordnung der Zensur ist erfolgt, ohne daß, soweit ich habe feststellen können, von irgendeiner zivilen Stelle irgend eine Anregung dazu ergangen ist. Herr Wassermann sagt: „Na!“ — Ich glaube beanstanden zu können, daß Sie meinen Worten Glauben schenken. Die letzte Nummer der „Zukunft“ ist übrigens beschlagnahmt. (Dr. Dertel: Viele Tage nach ihrem Erscheinen!) In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. Ich habe als Staatssekretär des Reichskanzlers in jedem Falle, wo eine Versammlung über Steuerfragen verboten werden sollte, dahin gewirkt, daß dies Verbot nicht ausgeprochen oder zurückgezogen würde. Eine solche Versammlung, bei der das Verbot aufrecht erhalten worden wäre, ist mir nicht bekannt. Die verschiedenen Parteien haben sich in weitestgehendem Maße in der Öffentlichkeit über die Steuerfragen ausgesprochen können. Ich habe das letzte Mal gesagt, wir hoffen, mit dem Abbau der Zensur weiter fortfahren zu können und habe angedeutet, von welchen Voraussetzungen das abhängt. Wenn Sie aber die Debatten der letzten Woche und der heutigen überblicken, werden Sie mir das eine doch wohl zugeben: Völlige Beseitigung der Zensur auf politischem Gebiete, auch auf dem Gebiete der Friedensziele ist heute leider noch nicht möglich. (Dr. Dertel: Warum?) Solange die Ansichten der verschiedenen Volkskreise sich noch in der scharfen Gegensätzlichkeit gegenüberstehen, würde mir das doch bedenklich erscheinen. Ueber allem muß der eine Gesichtspunkt stehen: die siegreiche Durchführung des Krieges, in dem wir um die Existenz unseres Volkes kämpfen. Diesem Gesichtspunkt, bitte ich Sie, sich auch dann zu unterwerfen, wenn es dem einen oder anderen ein Opfer der persönlichen Ueberzeugung kostet und ihm recht schwer fallen mag.

Abg. v. Graefe (L.):

Die jedem Völkerrecht höhnisch sprechende Kriegsführung Englands mit Hilfe seines lauberen Freundes jenseits des Ozeans hat unsere Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen; aber nicht einen Moment denken wir daran, deshalb früher Frieden zu schließen. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) — Wozu gehen wir uns wenden müssen, ist die Fällung der öffentlichen Meinung mit Hilfe der Zensur, wie es durch das Verbot des Heidebrandischen Artikels in der „Kreuzzeitung“ geschehen ist. Vergessen habe ich in den Aeußerungen des Staatssekretärs v. Jagow eine Rechtfertigung dieses Verbots gesucht. Auch als Herr v. Heidebrand seine bekannte Marokkorede hielt, war sie dem Reichskanzler sehr unbecom, obwohl damals bereits der Regierung der Kriegswille Englands bekannt war, und man suchte Herrn v. Heidebrand mundtot zu machen. Aber die Ereignisse haben Herrn v. Heidebrand recht gegeben. (Zustimmung rechts.) Das Stärkste ist es, daß der Staatssekretär Herr v. Jagow die volle Verantwortung für das Verbot dieses Artikels übernimmt, aber die Schmähchrift gegen Herrn v. Heidebrand zu unterdrücken keinen Anlaß fand.

Man sieht immer wieder, daß die politische Zensur jede wüste Flaumerei durchläßt, aber jedes starke Wort, das von starkem deutschen Selbstbewußtsein getragen ist, zu unterdrücken sucht. Ganz unerbötlich ist es, daß der Ministerialdirektor Lewald das Flugblatt des Professor Schäfer in Parallele stellte mit einem Flugblatt von Wedemeyer, eines Mannes, der nach dem Beschluß des Reichstages mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter Schloß und Riegel fiel. (Sehr richtig! Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn man immer von der Wirkung auf das Ausland spricht, so müßte man auch die Reden des Reichskanzlers verbieten. Nach seiner letzten Rede wurde in England von seinem vierten Rückzug gesprochen. Von Herrn Wilson hieß es, er habe Deutschland niedergebogen und biete nun die Hand zum Frieden. Hier wäre der Moment gegeben, für die Zensur einzugreifen und den Abdruck der Reden des Reichskanzlers zu verbieten. (Weiterleit.) Man darf sich nicht wundern, wenn auch im Innlande schließlich eine Witzdeutung Platz greift. Schweigen wir zu diesen Dingen, so müssen unsere Wähler zu der Ansicht kommen, wir Abgeordnete sind eine ganz traurige Gesellschaft, die nicht einmal an der einzigen Stelle, wo es möglich ist, der Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben wagen, oder aber wir müssen in der Kommission durch die geheimnisvollen Andeutungen in der Regierung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie ihre Pflicht tut. In Frankreich gewährt die Regierung der Volkstimmung volle Freiheit. Ganz offen wird dort die Wiedervereinigung mit Frankreich-Verträgen gefordert und die Regierung unterwirft diese Volkstimmung.

Auch wir wollen ebenso offen und frei der Stimmung des deutschen Volkes Ausdruck geben.

der furor teutonius (teutonische Mut) darf und kann nicht unterdrückt werden.

(Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von der Regierung sollen sich nicht darauf stützen, daß sie die Macht haben und deswegen ihnen unangenehme Aeußerungen unterdrücken können. Auch die Regierung, die zu der Dmüßiger Funktion führte, hatte die Macht allein in Händen. Der Staatssekretär Helfferich forderte Vertrauen für die Regierung. Auch wir Abgeordnete haben das Vertrauen unserer Wähler nötig. Man gebe

dem Volke, was des Volkes ist, und nehme ihm nicht das Mitbestimmungsrecht für seine Zukunft. Nur durch offene Meinungsäußerung ist das Volk berufen zur Mitwirkung, und es soll mitwirken, damit nicht die tintige Feder alles kaputt macht, was das Schwert erwirbt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Jagow:

Ich kann nur meine durchaus sachliche Erklärung wiederholen, daß ich die Zensur im Falle des Heidebrandischen Artikels um ihre Einwirkung gebeten habe, weil dieser Artikel in einem Moment erschien, in dem er geeignet war, die im Gange befindlichen Verhandlungen zu stören. Wenn Herr v. Heidebrand nachher in einem anderen Artikel angegriffen wurde, so kann ich das bedauern, das kann aber kein Anlaß zu einem Eingreifen sein.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.):

Bei der Abstimmung wird sich ja zeigen, ob es den Herren, die den Schlussworten des Abg. Graefe zustimmten, mit der Mitbestimmung des Volkes ernst ist, denn dann müßten sie für die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes stimmen. Andauernd sehen wir Verlegungen der persönlichen Freiheit, des Vereinsrechts, sogar des Wahlrechts. Wie mit der persönlichen Freiheit umgegangen wird, zeigt die militärische Schutzhaft, ohne jede Rechtsunterlage werden Leute in Haft genommen, sie erfahren nicht, weshalb und können sich nicht verteidigen. Am 12. Februar wurde mein Parteifreund Küh in seiner Wohnung in Neudöhlen in Haft genommen, ohne daß ihm ein Grund angegeben wurde. Später wurde ihm gesagt, es sei geschehen, weil er eine Woche vorher in einem Lokal eine Ansprache gehalten habe. Den Gegenbeweis hat er angetreten. Nichts ist ihm bewiesen, aber bis heute sitzt er noch ohne jede Möglichkeit einer Verteidigung. Und da bittet der Ministerialdirektor Lewald noch, das bishigen Rechtschutz, das die Kommission in ihrer Resolution verlangt, auch nicht zu bewilligen. Welchen Eindruck muß solch Vorgehen im Auslande machen? (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Kennen Sie mit ein Land, in dem ähnliches möglich ist, wenn Sie nicht etwa Rußland als Muster anführen wollen. Ohne jeden Grund wurde die militärische Macht mißbraucht, um meinen Parteifreund Dergfeld, als er nach der Schweiz reisen wollte, zu zwingen, sich unterwerfen zu lassen, und dann wurde ihm trotzdem mitgeteilt, er dürfe nicht über die Grenze. Ebenso durfte Herr v. Werlach nicht nach Budapest reisen, um über Mitteleuropa zu sprechen. Herrn Raumann und dem Bund der Landwirte war das unbenommen. Es ist das die schrankenlose Willkür, die zu kennzeichnen die Pflicht der Abgeordneten ist. Wer nicht für die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmt, ist für diese Willkür mit verantwortlich. (Sehr richtige Zustimmung b. d. Soz. Arb.)

In Magdeburg ist ein neuer Sparerlatz herausgelommen. Die Folge waren Unruhen der Arbeiterklasse. Ich verstehe das durchaus. Verantwortlich für solche Unruhen sind diejenigen, die solche Erlasse losgelassen haben, und ich bedauere die Nichtandäugigkeit des Erläuterers, das sich nicht dazu aufraffen kann, ihre Aufhebung zu fordern. — Auf allen möglichen Gebieten betätigen sich die Herren Oberkommandierenden. Der Glogauer Kommandant verfügt, daß zur Bedienung in öffentlichen Lokalen nur solche Personen weiblichen Geschlechtes zugelassen werden, die nachweislich das 30. Lebensjahr überschritten haben. (Weiterleit.) Das ist natürlich im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Ausnahmen will er zulassen, aber nur unter ausdrücklicher Erlaubnis der Kommandantur und wenn die betreffende Person nicht unter 30 Jahre alt ist. Was mag er sich wohl unter der bedrohten öffentlichen Sicherheit vorstellen? Vielleicht fühlt er seine eigene Sicherheit bedroht durch den Anblick junger Frauen und Mädchen. (Weiterleit.) Ganz außerordentlich sind die Bedrängungen des Vereinsrechts, auf diesem Gebiet ist es nicht besser, sondern schlechter geworden. Am 18. Mai sind in Berlin 22 Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Wahlkreis verboten worden, die sich lediglich mit „Kassenbericht und Reuwahl des Vorstandes“ beschäftigen sollten, natürlich wiederum im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Das geht noch weit über russische Verhältnisse hinaus. Vereinsversammlungen, die sich nur mit inneren Vereinsangelegenheiten befassen, dürfen nicht verboten werden. Freilich wird nur den Arbeitern gegenüber so verfahren. Im Namen des Oberkommandos wird eben Massenpolitik getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sogar gegen das Wahlrecht und die Wahlfreiheit wird verstoßen. Am 21. Mai wurde eine Wahlversammlung, die sich mit der Kandidatur für den verstorbenen Abg. Küh beschäftigte, entgegen dem Reichswahlgesetz von einem Gendarmen überwacht, und einem Redner, der über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege sprechen wollte, wurde vom Gendarmen das Wort entzogen. Kommt diese Wahl zustande, so muß sie beanstandet und für ungültig erklärt werden, weil die Kandidatur unter polizeilichem Einfluß aufgestellt ist. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Als Koske die Drangalierung der „Wälfhäuserer Volkszeitung“ anführte, das Verbot, bestimmte Stellen aus Emmels „Kreuzzeitung“ anzuführen, das Verbot, bestimmte Stellen aus Emmels „Kreuzzeitung“ anzuführen, habe ich vom Bundesratlich vergeblich auf ein Wort der Mißbilligung gewartet. Heute wird mir mitgeteilt, daß auch aus der Rede von Dittmann der Teil gestrichen ist, der sich auf die Behandlung des Abg. Haegh bezieht. (Sehr richtig! Hört! hört!) Hier handelt es sich nicht um das Recht eines einzelnen Abgeordneten, sondern um das Recht des ganzen Reichstages. Sehen Sie mir daher mit den schwächlichen Resolutionen, hier kann nur die völlige Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes helfen. (Sehr richtige Zustimmung b. d. Soz. Arb.) Denn diese Dinge liegen im System, die Zensur als solche kann gar nichts als Anlaß fördern.

Der Abg. Graefe sagte, mein Freund Liebnicht sitze mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter Schloß und Riegel. Wenn das, was Liebnicht getan, Landesverrat ist, dann wäre die Propagierung des U-Bootkrieges in der Art der Herren Graefe und Dertel mindestens vollendeter Hoch- und Kriegsverrat. Die Herren müßten also bitten, daß sie selbst eingestekt werden. (Weiterleit.) Im Jahre 1883 erklärte die „Kreuzzeitung“, wenn die Genehmigung zur Verfolgung auch nur eines Abgeordneten erteilt wird, so schließt die Türe dieser Art verschlossen, und da sagt Herr Graefe noch, wenn ihm gesagt wird, er befinde sich in einer ganz traurigen Gesellschaft. (Sehr gut! in der Soz. Arb.) — Ich habe weiter den Reichskanzler gefragt, ob ihm bekannt ist, daß das Auswärtige Amt als Zensurbehörde einen Zeitungsartikel loblich deshalb verboten hat, weil sein Inhalt der Wahrheit einer Faktion des Reichstages nicht gefallen möchte. Es handelt sich um den Abdruck eines Artikels aus dem „Abanti“, der dem „Vorwärts“ verboten worden ist. Der am 18. Mai eingereichte Artikel hat die Ueberschrift: „Der „Abanti“ gegen das Haager Manifest.“ Das Zentralorgan der italienischen sozialistischen Partei übte — so heißt es in dem Artikel — an dem Haager Manifest eine scharf ablehnende Kritik. Es wird dann weiter gesagt: „Der durch Zensururkunden unterbrochene Kommentar erklärt dann weiter, daß jene, welche die Leitung der internationalen sozialistischen Organisation in Händen hatten, sich weigerten, ihre Aufgabe zu erfüllen. Um heute die unqualifizierbare Haltung zu rechtfertigen, eine Haltung, die eine Entschuldigung höchstens in der so ungemüßigen traurigen Situation Belgiens finde — berufen sie sich auf Leute, wie die Deutschen Scheidemann und Legien, die Franzosen Thomas und Sembat, die Engländer von der Richtung der „Arbeiterzeitung“, den Engländer Dymman. Und so verwandelten sich unter den Händen Landesverrat und Quisquams die Angestellten zu Kronzeugen dafür, daß es jetzt noch notwendig sei, jede organisierte proletarische Massenbewegung zurückzubalten.“

Ich habe Ihnen diesen Passus vorlesen müssen, damit Sie klar darüber werden, was nun kam. Für den Fall, daß das Auswärtige Amt die Sache nicht kennt, habe ich eine Photographie des denkwürdigen Artikels nebst der Verfügung, die darauf abgegeben ist, anfertigen lassen und stelle sie dem Sammler zur Verfügung. Sie lautet: „W. G. D. R., also Wirklichen

Geheimen Legationsrat, Heilbrunn auf der Höhe und Stellungnahme, Berlin, 14. Mai.“ Darunter steht:

„Heilbrunn für Ablehnung; geht gegen Heidebrand.“

(Hört! hört! und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das haben wir dann bekommen. Ich gebe ja zu, das Auswärtige Amt hat vielleicht gewünscht, daß es bei den Akten bleibe. Aber so kann ich es heute wenigstens informieren. Wir Sozialdemokraten verbieten es uns alle auf das entschiedenste, daß eine Behörde zu unseren inneren Streitigkeiten irgendwie Stellung nimmt. Und es geht noch weiter. Ich habe mich dann bemüht, den Artikel einer anderen Stelle der Zensur vorlegen zu lassen, und nun wird er am 27. Mai genehmigt. (Hört! hört! links.) So also wird ganz gleichmäßig verfahren: wenn vom „Vorwärts“ etwas kommt, wird es verboten, an anderer Stelle aber wird es erlaubt. Und da sagt der Staatssekretär noch, es sei auf dem Gebiete der Zensur besser geworden. — Dr. Dertel erklärte Donnerstag das Verbot einer Zeitung für gerechtfertigt, weil sie seiner Meinung nach den Burgfrieden gestört habe. Würde Herr Dertel Zensur, so würde es den freisinnigen Zeitungen noch viel schlechter gehen. Wer so etwas erlassen kann, zeigt sich als der schlimmste Unterdrücker der Meinungsfreiheit. Diese Herren wollen, daß nur ihre Ansicht freigegeben wird, während sie jede andere unterdrücken wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär sprach von seinen Bemühungen, Versammlungsverbote in der Steuerfrage zu verhindern. Volle Freiheit hat man uns aber nicht gegeben, denn die Versammlungen wurden überwacht. Ebenso war es in der Ernährungsfrage. Wenn die Zensur nicht gegen die sozialdemokratische Presse in der Kritik gegenüber den künftlichen Freistreibereien und dem Verschwindenlassen von Vorträgen eingeschritten wäre, so hätten wir in Deutschland in der Ernährungsfrage jetzt besser. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Dem „Vorwärts“ wurde verboten, das Wort „Lebensmittelpolizei“ zu gebrauchen. Der „Lokal-Anzeiger“ darf es neuerdings verwenden, aber nur, wenn es sich gegen die Händler richtet. Im übrigen wird dem „Vorwärts“ alles Mögliche verboten unter dem Vorzeichen der Wahrung des Burgfriedens, es dürfe keine Störung eintreten zwischen Produzenten und Konsumenten, das Vertrauen des Volkes zu der Regierung dürfe nicht erschüttert werden. Wie mühte man erst gegen die Presse vorgegangen werden, die das Vertrauen widerspiegelt, das Herr v. Graefe zu der Regierung hat. (Sehr gut!) Wir wünschen die volle wirkliche Freiheit der Erörterung der Kriegsziele nicht nur in der Beschränkung der Kriegsziele, wie sie in der Resolution der Kommission liegt. Das ist notwendig, damit möglichst bald der Friede herbeigeführt wird, und zwar ein Friede, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. (Bravo! bei der Soz. Arb.) Wenn das Mitbestimmungsrecht des Volkes durchgeführt wird, wie es Herr v. Graefe verlangt, dann würde die ungeheure Mehrheit des Volkes erklären:

Wir wollen einen Frieden ohne Annexionen.

Was müssen das für politische Kindschöpfe sein, die glauben, es brauchte auch nur ein Grenzstein verrückt zu werden, damit wir den Frieden bekommen. Die Menschen müssen verdrückt sein, die so etwas glauben. Dieselben, die schon vor dem Kriege in allen Ländern als Kriegshäcker bezeichnet werden, sind es, die jetzt den Krieg dadurch verlängern, daß sie für Annexionen eintreten. Sie wollen den Mund denen verschließen, die für die Verständigung der Völker sind. Deshalb verlangen wir freie Bahn für die Erörterung der Kriegsziele. (Bravo! bei der Soz. Arb.) Es ist kein Zweifel, dieselben, die vor dem Kriege als Kriegshäcker in allen Ländern mit Recht bezeichnet wurden, treten jetzt für Verlängerung des Krieges dadurch ein, daß sie für Annexionen sind. Wer dafür eintritt, tritt gegen die eigene Selbstständigkeit ein und verflucht sich an die Völker. Sie sind anderer Ansicht. Diese Streitfrage wollen wir in Freiheit erörtern, ohne Zensur, nicht wie Sie auf der Reden, die durchaus nicht sehr mutig verlangen, daß Ihnen volle Freiheit gegeben werde, die Vertreter gegnerischer Anschauungen aber waffenlos gemacht werden, damit sie mit dem Munde für rüchichtslosen U-Bootkrieg und für Annexionen, ich weiß nicht, bis in welche Westseite hinein, eintreten; damit aber denjenigen, die für eine Verständigung der Völker, die für eine Beendigung dieses verbrecherischen Nordens sind, der Mund geklopft wird. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Zweifel, die ich an der Erfriehlichkeit dieser Debatte ausgesprochen habe, sind durch den Fortgang der Debatte nur bestätigt, insbesondere durch die Reden der Abgeordneten Stadthagen und v. Graefe. Wenn Herr v. Graefe glaubt, daß er dem Vaterland durch seine Rede einen Dienst erwiesen hat, so irrt er sich. Es geht nicht an, in einem Kriege, wie wir ihn führen, der Regierung vorzuerwerfen, daß sie nach allen Seiten hin Schwäche zeigt und Andeutungen zu machen, daß sie uns auf dem Wege nach Olmutz führt. (Sehr richtige Zustimmung links.) Solche Aeußerungen in diesem Augenblick und in dieser Situation geben gegen die Interessen des Vaterlandes. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Wir können uns derartige Entgleisungen nicht gestatten. Ich muß mit aller Schärfe gegen solche Aeußerungen Widerspruch erheben. Bedenken Sie dabei die Lage der Regierung. Wir haben uns über diese Frage in geheimer Sitzung eingehend ausgesprochen. Dort konnte die Regierung ihre Gründe entwickeln. Hier bin ich dazu nicht in der Lage, denn ich will keinen Verrat am Vaterlande begangen. (Sehr richtige Zustimmung links.) Dazu lasse ich mich auch nicht provozieren durch Aeußerungen wie die des Herrn v. Graefe. Die größte Schwäche wäre, wenn wir uns durch solche Vorwürfe von dem Wege abbringen lassen wollten, den wir als richtig erkannt haben. (Sehr richtig! links.) Mit derselben Entschiedenheit muß ich mich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Stadthagen wenden. Was sind das für Redensarten im Munde eines deutschen Mannes: es dürfe weder Sieger noch Besiegte am Ende des Krieges geben. Jeder Deutsche wünscht, daß wir als Sieger aus dem Kriege hervorgehen. (Sehr richtige Zustimmung.) Solche Ausdrücke schädigen die Sache des Vaterlandes mindestens in demselben Maße, ja noch mehr, wie die des Herrn v. Graefe. Wenn irgend etwas die Notwendigkeit der weiteren Aufrechterhaltung der Zensur beweist, so diese Debatten. Das möchte ich nicht erleben, daß wir Reden, wie wir sie heute gehört haben, jeden Tag in der Presse lesen müssen. Wenn irgend etwas in diesem schweren Kriege uns das Durchhalten unmöglich machen, die Moral unseres Volkes erschüttern kann, so sind es solche Auseinandersetzungen. Ich möchte an alle Seiten des Hauses, alle Parteirichtungen im Lande die dringende Bitte richten, sich auf die wahre Lage zu besinnen. Das, was wir brauchen, ist Einheitslichkeit und Geschlossenheit. Alle mögen sich zusammenfinden in dem Gedanken, daß über alles der Sieg unserer Sache geht. Dafür wollen wir kämpfen vom Ersten bis zum Letzten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Man könnte aus dem Verlauf der Debatte auch zu dem entgegengesetzten Schluss kommen, daß es nämlich sehr nützlich wäre, die Zensur aufzuheben. Der ganze Charakter dieser Debatte ist gerade durch die Zensur beeinflusst. Könnten die Dinge draußen zwanglos ausgesprochen werden, dann wäre diese Spannung überhaupt nicht entstanden. Die Gegensätze könnten sich vielmehr sachlich austragen lassen. — Auf keinen Fall darf der Eindruck draußen auskommen, als ob etwa die Mehrheit des Hauses hinter den Anschauungen des Herrn v. Graefe stünde. Er und Herr Pirsch-Olsen haben die schärfsten und rüchichtslosesten Angriffe gegen die Regierung gerichtet. Es ist nicht meine Aufgabe, die Regierung zu verteidigen, aber im Interesse des Landes muß der Politik, die sie befürworten, entgegengetreten werden. Beide haben Angriffe gegen Wilson gerichtet. Was über die Neutralität Amerikas zu sagen ist, ist sehr gut und auch genügend in der Note der deutschen Regierung gesagt. Dort ist aber auch betont worden, daß die deutsche Regierung vor aller Welt zweimal ihre Friedensbereitschaft bekundet hat. Wenn etwas in dieser Note die Zu-

stimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gefunden hat, so dies. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie überhaupt die Politik der Regierung, mit Amerika in friedlichem Verhältnis zu bleiben, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Präsident Wilson nach dieser öffentlichen Bekundung der deutschen Friedensbereitschaft Schritte tun will, die dem Krieg ein Ende setzen, so würde er sich zweifellos ein weltgeschichtliches Verdienst erwerben und die Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes in allen kriegführenden und neutralen Ländern finden. Auch im deutschen Volke würde er damit Dank und Anerkennung ernten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch Herr Stresemann sagte, wir wünschen den Frieden, aber er verteidigt eine Politik, die uns noch mit dem Rest der Völker in den Krieg hineinziehen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk ist sich seiner Stärke bewußt, es braucht nicht um Frieden zu betteln, aber gerade weil unsere militärische Lage so glänzend ist, brauchen wir auch nicht fürchten, auszusprechen, daß wir zu einem Frieden bereit sind, der uns die Unabhängigkeit und die Entwicklungsfreiheit unseres Landes garantiert. Zu glauben, daß man die ganze Welt provozieren könne mit einer blindwütigen Gewaltpolitik ist eine zu verhängnisvolle Auffassung. Ich sehe darin eine frivole Schädigung unseres Landes. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als wir uns auf der gemeinsamen Resolution in der U-Bootsfrage zusammensanden, haben gerade die Herren von der Rechten als Bedingung hingestellt, daß nunmehr diese Sache öffentlich nicht mehr diskutiert werden solle. (Hört! hört! bei den Soz.) Nun sollen gerade Sie heute diese ganze Frage wieder auf. Da muß ich mir wirklich das Wort zu eigen machen: Wer es unternimmt, die Dinge aus der Kommission in der Öffentlichkeit rücksichtslos zu diskutieren, macht sich des Landesverrats im schärfsten Sinne des Wortes schuldig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Glück, daß nicht Ihre (nach rechts) Meinung in der U-Bootsfrage durchgedrungen ist, sondern die verständige vernünftige Auffassung der Regierung, die den Frieden mit Amerika ermöglicht hat. Herr v. Graefe hat den Furor teutonico entfaßt. Ich schließe daraus, daß er furchtbar wütend sein muß. Vielleicht sprechen da noch andere Dinge mit als die U-Bootsfrage. Ungefähr kann man es sich ja denken. Herr v. Graefe diktierte aus französischen und englischen Zeitungen, um der Regierung zu Gemüte zu führen, was sie für eine Niederlage in der Amerikafrage erlitten habe. Jene Blätter haben allerdings damals ihrem Kerger Luft gemacht, aber darüber, daß es der deutschen Regierung gelungen ist zu verhindern, daß Amerika auf die Seite der Entente getreten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung die Politik des Herrn v. Graefe befolgt hätte, dann hätten jene Blätter ein Triumphgeheul ausgestoßen. Wahrscheinlich wird er demnächst in ihnen große Freude über seine Rede zum Ausdruck kommen lassen. Diese Blätter werden sich darüber noch viel mehr freuen als über die Reden von Liebknecht. Die Presse des Auslandes sollte gerade den Herren von der Rechten den besten Kompaß geben, wohin und die deutschen Interessen weisen. Herr v. Graefe hat gleich ganze Arbeit gemacht. Er ist bis zur höchsten Stelle hinaufgegangen und hat bedauert, daß man dort seinen Freunden nicht mehr freies Gehör schenke. Da ich ihnen allerdings die tiefsten Wurzeln der Schmerzen der Herren zu liegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Politik, die er angegriffen hat, ist doch die Politik des Kaisers, das Ergebnis des Kriegsrats im Großen Hauptquartier. Uebri-gens erinnere ich daran: Dünmüß war konservative Politik, und ist auch nachher von Konservativen vertreten worden. Wenn die Regierung wirklich den Spuren des Herrn v. Graefe folgen würde, dann würde es freilich zu einem Dünmüß kommen, gegen das das frühere Dünmüß ein Kinderspiel wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem Appell des Herrn v. Graefe an das Selbstbestimmungsrecht des Volkes sind wir ganz einverstanden. Freilich haben wir die Empfindung, daß er sich bei diesem Appell nicht recht wohl fühlt. Wenn man dem Volk Vertrauen schenkt, dann möchte man auch Ernst machen damit. Da brauche ich nur an das preussische Wahlrecht und an die medien-burgischen Zustände zu erinnern, wo ja Herr v. Graefe gewählt ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Kollege Stadthagen hat Fälle angezogen, daß die Zensur sogar Artikel unterdrückt, weil sie gegen die Majorität unserer Vertretung hier im Hause gerichtet sind. Wenn die Herren von der Zensur glauben, daß sie uns damit einen Gefallen erweisen, wenn sie uns Schutz angeheben lassen, so befinden sie sich sehr auf dem Solwege. Wir verteidigen uns schon selber. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also geben Sie allen Richtungen freie Bahn. Trauen Sie dem deutschen Volke endlich wirklich mehr zu, als Sie das durch Aufrechterhaltung der Zensur tun. Das deutsche Volk wird schon wissen, was seinen Interessen dient. Deshalb fort mit der Zensur!

Abg. Hirsch-Essen (natl.):

Mit dem Abbau der Zensur wird hoffentlich nicht allzu langsam vorgegangen werden. Die Freigabe der Erörterung der Friedensziele wollen wir gerade, damit dem Volke gezeigt werden kann, wofür es kämpft. Bei einer solchen Erörterung würden nicht die Plänen, sondern die Starke, die Kräfte nach oben kommen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie kennen den deutschen Volkscharakter nicht. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Man würde zweifeln müssen, wenn es anders wäre. Das bisherige Durchhalten des Volkes trotz der Zensur beweist das Gegenteil. Dem Staatssekretär erwidere ich: Wer eine Politik der selbstbewußten Stärke fordert, der begehrt keinen Verrat an Vaterlande, der handelt dem Vaterlande zum Segen. (Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.) Das gilt auch für die U-Bootsfrage. Dr. David meinte, wenn Wilson die Friedensvermittlung aufnehmen wollte, würde er sich ein Verdienst erwerben. Glauwt Herr David wirklich, daß Herr Wilson daran liegt sich ein Verdienst um Deutschland zu erwerben. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen und rechts.) Das können Sie schon allein sehen, wenn Sie an die schnelle Antwort denken, die von Wilson f. Z. auf den Kaiser-Brief gekommen ist. (In den weiteren Ausführungen des Redners wird ihm von sozialdemokratischer Seite zugerufen: „Schwerindustrie“). Wollen Sie damit andeuten, daß geschäftliche Rücksichten mit im Spiele sind? (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Unterstellungen können nur als schamlos bezeichnet werden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove:

Ich nehme an, daß die Ausdrücke „geschäftliche Rücksichten“ und „schamlos“ sich nicht auf Mitglieder des Hauses beziehen. Außerdem bitte ich die Redner, sich bewußt zu bleiben, daß wir hier nur über bestimmte Etatsresolutionen einen Kampf führen und nicht in eine Debatte über allgemeine Staats- und Kriegsziele hineinkommen wollen.

Abg. Hirsch (fortfahrend):

Wenn ein Friedensvermittler uns dreifache Zumutungen stellt, wollen Sie dann vielleicht nicht mit der Hand ans Schwert fassen. (Wohlg. Scheidemann (Soz.) ruft: Unverschämtheit; Präf. Dr. Raempf ruft ihn dafür zur Ordnung.) Wer für einen Frieden eintritt, der dem Volke und Vaterland nicht die realen Unterlagen seiner dauernden Sicherheit gibt, der verläßt sich am Vaterlande. (Präsident Dr. Raempf ruft den Redner zur Sache.) Eine entschlossene Kriegsführung kann nicht ohne Zensur auskommen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich erhebe entschiedene Verwahrung gegen die hier geäußerte Kritik des Kaisers. Der Abg. Hirsch hat ferner dem Staatssekretär Jagow aus der Art seines Auftretens einen Vorwurf gemacht und sie als Zeichen der Schwäche der Regierung ausgelegt. Ich bitte Respekt und Stille nicht zu verwechseln. Der Staatssekretär Jagow hat sich in seiner Antwort streng an die Tagesordnung halten zu sollen geglaubt und nicht auf das Gebiet der auswärtigen Politik ein-

zugehen. Ich bedaure, daß die Debatte auf dieses Gebiet eingegangen ist.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Die Debatte ist ein Beweis dafür, wie eine kleine, aber mächtige und einflußreiche Clique auch im Parlament ihren Einfluß in die Bahnen wirft, auch gegenüber der Regierung, wenn sie etwas tut, was ihr nicht paßt. Es ist jetzt sehr deutlich, wer bei uns in Deutschland verhindern will, daß es möglichst bald zum Frieden kommt. Es gibt bei uns Kreise, die die Fortsetzung des Krieges auch auf die Gefahr eines Krieges bis zum Weibbluten wollen. Dieselben Leute erklären, wenn im Ausland starke Worte ertönen: Drüben will man den Frieden nicht. Hier tun sie ganz dasselbe. Daß das im Ausland eine andere Wirkung haben kann, glauben sie selbst nicht. Sie fürchten vielleicht, daß es zum Frieden kommt, daß haben ange-sponnen werden, die sie zerreißen wollen. Würde die Zensur gestrichen, daß auch diejenigen, die einen Frieden ohne Annexionen wollen, ihre Ansicht frei ausdrücken, so brauchen wir hier nicht solche De-batten. Der Staatssekretär hat Stadthagens Äußerungen, es müsse zu einem Frieden ohne Sieger und Besiegte kommen, als gegen die Interessen des Vaterlandes verstößend bezeichnet. Als am 23. Februar im englischen Unterhause von Snowden dasselbe gesagt wurde, sagte der Ministerpräsident Asquith: Ich freue mich, daß das Haus den Redner mit so viel Geduld und Achtung angehört hat; ich gebe zu, daß seine Rede viel Beachtenswertes enthält. Dieser Kontrast der Antworten der englischen Minister und der, die wir hier gehört haben, zeigt deutlich, daß man kein Recht hat, die Gegenseite als diejenige hinzustellen, die allein die Schuld hat. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Es ist notwendig, daß in allen Ländern diejenigen, die den Frieden wollen, dies zum Ausdruck bringen. Eine Ab-stimmung im deutschen Volke würde deutlich zeigen, daß das Volk den Frieden auf der Basis will, wie Stadthagen es gekennzeichnet hat, und nicht einen Krieg bis zum Weibbluten. Deshalb schließe ich: „Nieder mit der Annexionsclique und Frieden ohne Ver-gewaltigung!“ (Beifall bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Herr Dittmann hat aus der Antwort des Herrn Asquith, die er erwähnte, die Stelle übersehen, daß die englischen Kriegsziele noch dieselben seien wie zu Beginn des Krieges: die Zerstückelung des preussischen Militarismus, d. h. des Deutschen Reiches. Auch die Forderung des englischen Handelsministers, ein Frieden mit Deutschland dürfe nur geschlossen werden in einer Weise, daß es Deutschland nicht wieder möglich werde, wirtschaftlich das Haupt zu erheben, hat Herr Dittmann jedenfalls übersehen. Sonst hätte er derartige Ausführungen nicht machen können.

Abg. Graf Westary (l.):

Herr Graf hat die Person des Kaisers nicht in die Debatte ge-zogen. Auch den Vorwurf, seine Ausführungen schädigten vater-ländische Interessen, muß ich zurückweisen. Seine Ausführungen gingen aus einem schmerzlichen und tief vaterländischem Empfinden hervor und tief ersehnter Sorge, die von weiten Kreisen unseres Volkes geteilt wird. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Beschwerde geht dahin, daß unser Verhalten in der U-Bootsfrage vor der Öffentlichkeit in ein falsches Licht gestellt ist und wir durch die Zensur dem-gegenüber wehrlos gemacht sind. (Zustimmung rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich habe den Sinn und die Tragweite der Ausführungen des Abg. v. Grafe richtig gefaßt. Seine patriotische Gesinnung tugend-wie in Zweifel zu ziehen, hat mir vollständig ferngelegen. Ich halte es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß seine Aus-führungen nicht im Interesse des Vaterlandes liegen aus den Gründen, die ich angeführt habe und die näher darzulegen ich mir verjagen muß.

Abg. Koske (Soz.):

Zu der konservativen Rüstungsannonade brauche ich mich nicht zu äußern. Ich protestiere dagegen, daß meine Parteifreunde sich gegen eine geschlossene Kriegsführung wenden. Entsprechend der Haltung, die wir seit Jahren eingenommen haben, haben wir unser Vaterland verteidigt, als es in höchster Gefahr war. Darüber hinaus sind wir für eine Fortsetzung des Krieges um eine mehr oder weniger wahnwitzige Eroberungspolitik unter seinen Umständen zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Selbstverständlich wollen wir bei Friedensschluss die Zukunft unseres Volkes sicher stellen. Mit dem nationalliberalen Redner kann ich eine Debatte über die Möglichkeit der Möglichkeit eines rücksichtslosen U-Bootskrieges nicht führen. Herr Hirsch weiß, daß das darauf hinauslaufen würde, daß ich mich des glatten Landesverrats schuldig mache und wichtige Interessen des Reiches preisgeben müßte. Daber fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck für seinen Vorstoß. Diese Art der Polemik bedeutet eine Verhöhnung am deutschen Volke. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokr.) Als Resultat dieses Krieges wird eine Verstärkung der Seemacht nach einer Verdrängerung der Völker entstehen. Wenn man sich erst ein-mal in allen Ländern fragt, wofür diese ungeheuren Opfer an Blut, diese Einschließung von Millionen unserer Besten nötig war, so wird das Bestreben, sich gegen eine Wiederholung eines Krieges zur Wehr zu setzen, eine solche Verstärkung erfahren, daß alle diejenigen ihr Wunder erleben, die heute hoffen, daß die Zeit der uralten Rüstungen dauernd sein werde. — Bezüglich eines meiner Zwischen-rufe will ich offen aussprechen, daß ich allerdings meine, daß gewisse Bestrebungen und Darlegungen gar nicht anders ge-deutet werden können, als wenn einer Anzahl von Leuten der Krieg gar nicht lange genug dauern kann, weil sie Millionenvermögen aus der Rot des Volkes ge-münzt haben. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Die Rasse des deutschen Volkes hat nicht die geringste Neigung, für kapitalistische Profitinteressen sein Leben und seine Ge-sundheit in Zukunft in die Schanze zu schlagen. Wir haben diese Zensurdebatte herbeigeführt, weil uns daran gelegen ist, diesen ge-meingefährlichen Treibern mit allen Nachdruck entgegenzutreten. Auch in Zukunft werden wir es verstehen, den gewissenlosen Kriegs-gehern und Treibern das Handwerk zu legen.

Abg. Dr. Pfleger (Z.):

Ich stelle fest, daß das von mir beanstandete Flugblatt des evangelischen Bundes tatsächlich schon 1912 verfaßt worden ist. Hoffentlich hält die bessere Erkenntnis beim Bund auch noch nach dem Kriege an.

Abg. Hirsch-Essen (natl.):

Wer so ehrenrührige Vorwürfe erhebt, wie der Abg. Koske, hat die Ehrenpflicht, auch Unterlagen dafür zu geben. Das hat Koske nicht getan.

Damit schließt die Debatte. — In der Abstimmung wird die Resolution auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur (Soz. Arb.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Die Resolutionen der Kommission und der freisinnigen Volkspartei, die eine Rüd-erung des Belagerungszustandes und der Handhabung der Zensur verlangen, werden angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 11 Uhr. (Kriegskontrollgesetz, Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluß 9/8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung. Dienstag, 30. Mai, 12 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenze, v. Loebell.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt

Präsident Graf Schwerin

vor, mehrere Vorlagen und Denkschriften, die dem Hause noch nicht zugegangen sind und auch nicht auf der Tagesordnung stehen, zur

weiteren Beratung an den verstärkten Haushaltsausschuß zu be-weisen.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Unter regulären Verhältnissen würden wir mit dem Vorschlag des Präsidenten ohne weiteres einverstanden sein. Da uns gegen-über aber die Geschäftsordnung in der strengsten Weise gehandhabt wird und man es meiner Fraktion unmöglich gemacht hat, die ge-nügende Zahl von 15 Unterschriften zu finden für einen Antrag auf Haftentlassung des Abg. Liebknecht, so werden nun auch wir streng darauf achten, daß die Geschäftsordnung ein-gehalten wird. Ich hatte geglaubt, Sie würden mit Bismarck die Gelegenheit ergreifen, der Welt zu zeigen, daß das Reichstags-parlament die heiligsten Rechte eines Parlaments nicht preiszugeben gewillt ist, wie es der Reichstag getan hat. Das aber ist nicht ge-schehen und deshalb erheben wir Widerspruch gegen den Vorschlag des Präsidenten. Wir hätten ja von Ihnen gar nicht verlangt, daß Sie unserem Antrage auf Haftentlassung zustimmen sollten. Aber wenigstens die Möglichkeit zur Begründung unseres An-trages hätten Sie uns geben müssen. Ich erhebe also formell Widerspruch dagegen, daß Vorlagen, die nicht auf der Tagesord-nung stehen, und die wir gar nicht kennen, an den Ausschuß ver-wiesen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin:

Mein Vorschlag beruhte auf einer Vereinbarung mit den Parteiführern. Da Widerspruch erhoben ist, werde ich abstimmen lassen.

Abg. Hoffmann:

Ich halte auch diese Abstimmung für unzulässig. Eine Vorlage, die den Reichstagen noch nicht zugegangen ist, kann nicht an einen Ausschuß verwiesen werden. Das hieße der Geschäftsordnung Ge-walt antun. Erst müssen wir die Vorlage in Händen haben.

Präsident Graf Schwerin:

Die Verteilung wird ja noch heute erfolgen.

Abg. Hoffmann:

Die Verteilung ist also noch nicht erfolgt. Wir haben von dem Inhalt der Vorlagen noch gar keine Kenntnis und ich stelle daher ausdrücklich fest, daß es nach der Geschäftsordnung unzulässig ist, solche Vorlagen bereits zu behandeln. Das Schweigen der Herren beweist mir, daß ich Recht habe. (Lachen.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

verliest die in Frage kommenden Paragraphen der Geschäftsord-nung, deren Wortlaut für die Richtigkeit der Auffassung des Abg. Hoffmann spricht.

Präsident Graf Schwerin:

Es ist durchaus zulässig, eine Vorlage oder eine Denkschrift, auch wenn sie noch nicht auf der Tagesordnung steht und noch nicht gedruckt vorliegt, an einen Ausschuß zu verweisen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann:

Ich wiederhole, daß es hieße der Geschäftsordnung Gewalt an-tun, wenn man eine Vorlage, die wir noch gar nicht kennen, an eine Kommission verweisen kann. Niemand aus dem Hause hat bisher gewagt, diesen Grundsat zu verletzen. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir Recht haben. Im übrigen kann ich Ihnen nur sagen: 6 Freiwillige vor zur Unterstützung unseres Antrages, dann werden wir den Widerspruch fallen lassen. Aber Sie haben ja nicht den Mut, den Fall Liebknecht hier zur Sprache kommen zu lassen. Ich bewundere unseren Herren Präsidenten, daß er sich zu einer solchen Vergewaltigung der Geschäftsordnung hergibt. (Unruhe.)

Präsident Graf Schwerin:

Ich stelle nochmals fest, daß die Vorlagen geschäftsordnungs-mäßig behandelt werden sollen, wenn sie gedruckt vorliegen werden, daß es aber sehr wohl zulässig ist, schon jetzt ihre Verweisung an einen Ausschuß zu beschließen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Das hieße alle Logik mit Füßen treten.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.):

Wenn es dem Vertreter der Sozialdemokratie so sehr ernst ist mit seiner Klage, daß der Geschäftsordnung Gewalt angetan wird, wie kann er sich dann hier herstellen und mit sich handeln lassen? (Sehr gut!) Er ist doch bereit, seinen Widerspruch zurückzugeben, wenn ihm für seinen Antrag die entsprechende Zahl von Unterschriften zur Verfügung gestellt wird. So ernst mit der Vergewaltigung der Geschäftsordnung kann es ihm also nicht sein. (Sehr richtig!) Wohl aber stehen wir der Tatsache gegenüber, daß hier Widerspruch er-hoben worden ist. Da die Auslegung des § 16 der Geschäftsordnung strittig sein kann, so verlieren wir wahrhaftig nichts, wenn wir die Abstimmung zurückstellen und damit jede Gelegenheit zu einer solchen allerdings sehr durchsichtigen Kritik entziehen. (Sehr gut!)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Ich kann nicht bestreiten, daß das formelle Recht auf Seiten des Abg. Hoffmann liegt. Ich hatte allerdings gehofft, daß es gelingen würde, ihn umzustimmen. Ueber seine Motive kann man freilich nicht zweifelhaft sein. In demselben Moment, wo der Abg. Hoffmann von einer Vergewaltigung der Geschäftsordnung spricht, macht er einen Kompromißvorschlag, durch den er sich freiwillig mit verge-waltigen lassen will. (Weiterkeit!) Also kann es ihm mit seiner Krit-ik nicht so sehr ernst sein. Um aber allen Zweifeln aus dem Wege zu gehen, meine auch ich, daß wir gar nichts verlieren, wenn wir die Abstimmung verschieben. Sollte das Haus genötigt sein, insofern dieser Verschiebung einige Tage länger zusammen zu sein, so mag das Land, dem dadurch ganz unnötige Kosten auferlegt werden, sich bei Herrn Hoffmann bedanken. (Sehr gut!)

Abg. Freiherr v. Redlich (f):

Ich konstatiere nur, daß in diesem Falle ein dringender Appell der Sozialdemokraten an das Dreiklassenparlament vorliegt, gegenüber einem Verlangen des auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Reichstags.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich habe ja schon vorher darauf hingewiesen, daß wir unter re-gulären Verhältnissen keinen Widerspruch erhoben hätten. Da man uns gegenüber aber die Geschäftsordnung streng handhabt und es uns unmöglich macht, einen Antrag zu stellen, den wir für den wich-tigsten halten (Lachen rechts). — Sehr wahr! bei den Sozialdemo-kraten), so verlangen wir jetzt und zukünftig, daß die Geschäftsord-nung stets streng nach ihrem Wortlaut gehandhabt wird. Es ist das heiligste Recht eines jeden Parlaments, dafür zu sorgen, daß es jedem Abgeordneten möglich gemacht wird, seine Wähler zu vertreten. Ich hatte wirklich geglaubt, daß es außer uns 6 Sozialdemokraten noch 6 Abgeordnete im Abgeordnetenhaus geben würde, die Mut genug besitzen, um mit uns dieses Recht zu wahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin:

Da gegen meine Auffassung Bedenken erhoben sind, werde ich die Abstimmung vorläufig zurückstellen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Ein von allen Parteien gestellter Antrag, der die Regierung er-sucht, dem Haushaltsausschuß über die Maßnahmen zur Sicherstel-lung einer gerechten und zweckmäßigen Lebensmittellieferung Aus-kunft zu geben, wird einstimmig angenommen.

Der Zusatzvertrag zu dem zwischen Preußen und den süddeut-schen Staaten abgeschlossenen Lotterievertrag von 1911 wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Er-höhung der

Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.):

Wenn wir zunächst gegnert haben, der Vorlage zuzustimmen, so deshalb, weil wir erst einmal die Stellungnahme des Reichstags gegenüber den vorliegenden Steuererträgen kennen lernen wollten. Was der Reichstag beschlossen hat, findet nicht in jeder Beziehung unseren Beifall. Wir sehen in dem Steuerkompromiß den Anfang einer Reichsvereinfachungsbestrebung und das ist ein höchst bedauerlicher Mangel. (Zustimmung rechts.) Wenn jetzt auch das Reich direkte Steuern erheben darf, dann kommen wir tatsächlich mehr oder weniger zu einer Entlastung des Volkes. Wie sollen die Einzelstaaten dann noch die Mittel für ihre Kulturzwecke aufbringen? Das ist das Ende der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Vorisch (Z.):

Wir werden für die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung stimmen, halten insbesondere fest an der einjährigen Befristung der Zuschläge.

Abg. Dr. Radnide (Rp.):

Wir stimmen auch zu. Die Bedenken des Abg. v. Heydebrand gegenüber dem Steuerkompromiß des Reichstags teilen wir nicht. Wenn Verheißung und Verheißung mit Steuern belastet werden, muß durch die Befreiung des Volkes ein sozialer Ausgleich gefunden werden. (Sehr richtig! links.) Wenn das Steuerkompromiß des Reichstags zu Beanstandungen Veranlassung gibt, so trägt nicht der Reichstag die Schuld, sondern die einzelstaatlichen Finanzminister, die den Reichstag in eine Zwangslage versetzt haben. Die Gewalt der Tatsachen wird die Finanzminister nach Friedensschluß schon zu weiteren Zugeständnissen zwingen. Die Steuerfrage ist auch nicht so hoch, daß man für die Landesfinanzen zu zitiert brauche. (Sehr richtig! links.) Größten Wert legen wir auf eine gleichmäßige Erhebung des Einkommens und Vermögens in Stadt und Land. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Trotz großer Bedenken werden wir die Vorlage annehmen. Sie bringt schwere Belastungen namentlich für die Alltagsbevölkerung. Selbstverständlich muß gegenüber der Befreiung der breiten Massen durch Verbrauchssteuern ein Gegengewicht in Form einer Besitzsteuer geschaffen werden. Aber dieses Gegengewicht konnte ebenso gut wie im Reich in den Einzelstaaten und in den Kommunen geschaffen werden. Wenn Dr. Radnide gesagt hat, das Reich müsse Steuern vom Besitz erheben, umschadet der finanziellen Kraft der Einzelstaaten, so mag er uns dieses Rätsel erst einmal lösen. Die Befristung auf ein Jahr ist für uns die Voraussetzung der Zustimmung. Gegenüber der starken Befreiung durch die Vorlage ist eine gerechte Veranlagung nach gleichmäßigen Grundätzen durch erstellte Kommissare im Hauptamt unbedingt notwendig. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Reblitz (fl.):

Auch uns gewährt die einjährige Geltungsdauer die Möglichkeit, über die schweren Bedenken hinauszukommen, die wir gegen die Vorlage haben. Wir freuen uns darüber, daß die Vertreter der Bundesregierungen gegenüber dem Reichstag, bei der Gelegenheit ein Präjudiz für die Einführung direkter Reichssteuern zu schaffen, außerordentlich Widerstand geleistet haben. Ich hoffe, daß die Bundesregierungen, wenn Abgeordnetenhaus und Herrenhaus in diesem Sinne ihr Votum abgegeben, in ihrer energischen Zurückweisung aller Bestrebungen auf Einführung direkter Reichssteuern noch gestärkt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Vorlage, die an sich rein finanzpolitischen Charakters ist, hat durch die Art ihrer Behandlung hier im Hause eine gewisse politische Bedeutung erlangt. Es wäre sehr wohl möglich gewesen, sie noch vor der Osterpause zu verabschieden. Aber man hat die dritte Lesung hinausgeschoben, um einen Druck auf die Beschlüsse des Reichstags ausüben zu können. Sie wollten, wie es ja offen ausgesprochen ist, die Entscheidung über die Steuererhebung des Reiches solange wie möglich in Händen haben. Tatsächlich hat der Reichstag sich ja auch ihren Wünschen sehr gefügig gezeigt. Das beweist allein schon das Steuerkompromiß. Wir sehen in diesem Kompromiß nicht den Anfang einer Reichsvereinfachungsbestrebung, sondern im Gegenteil einen Schritt zur Verhinderung einer gesunden Reichsvereinfachungsbestrebung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die schwächliche Besteuerung des Vermögens, die der Ausschluß des Reichstags beschlossen hat, hat einen Teil der konservativen Partei bereits in Oppositionstellung gebracht. Auch Herr von Heydebrand hat ja heute hier darüber keinen Zweifel gelassen, daß er in dem Beschlusse der Reichstagskommission das Ende der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten erblickt. Das aber ist eine Befreiung, die viel zu weit geht. (Sehr richtig! links.) All diese Reden, die Steuern dürfen nicht ins Unerträgliche gesteigert und die Kapitalbildung nicht verhindert werden, stellen dem Opfermann der Besitzenden nicht gerade ein schmeichelhaftes Zeugnis aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sprechen viel von Opfern und von der Pflicht der Vaterlandsverteidigung. Dieser Pflicht, die auch wir Sozialdemokraten stets anerkannt haben, wird man dadurch nicht gerecht, daß man die Kredite bewilligt und bei der Deduktion der Zehlbeträge die Besitzenden schon. Nach Ansicht meiner Freunde sollten es die Besitzenden als ihre Ehrenpflicht betrachten, freiwillig die gewaltigen Lasten des Krieges auf sich zu nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Heute ist es die große Masse des Proletariats im weitesten Sinne, auf dessen Schultern die Lasten liegen, und zwar nicht nur Opfer in materieller Beziehung, nicht nur Opfer an Gut und Blut, sondern auch Opfer in Gestalt tatkräftiger Mitarbeit an der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Wir haben es durch unermüdliche Tätigkeit gezeigt, wie ernst es uns ist mit der Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Was die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden und was die freien Gewerkschaften auf diesem Gebiet geleistet haben, wird selbst von dem eingefleischtesten Gegner anerkannt. Also dürfen Sie es nicht immer so darstellen, als ob nur die Besitzenden Opfer bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben alle unsere Verbesserungsvorschläge abgelehnt, vor allem auf härtere Veranlagung der großen Einkommen. Bereits von 2400 Mk. Jahreseinkommen an sollen jetzt höhere Steuern erhoben werden. Wir haben eine ganz wesentliche Herabsetzung dieser Grenze schon im Hinblick auf die gewaltige Teuerung verlangt. Die Not des Volkes ist ins Grenzlose gestiegen.

Auch nach dem Kriege wird die Teuerung noch anhalten. Daher rechtfertigt sich jetzt erst recht unsere Forderung auf Herabsetzung der Grenze für das steuerfreie Existenzminimum. Wir halten es für antisozial, in der Jetztzeit, wo die Massen ohnehin schwer genug zu tragen haben, noch höhere Steuern zu erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wirklich von einer steuerlichen Überlastung gesprochen werden kann, so ist sie auf Seiten der Besitzlosen vorhanden. Den Einwand, daß bei höheren direkten Steuern die Industrie lahmgelegt und letzten Endes die Arbeiter dadurch geschädigt werden würden, können wir angesichts der beschlossenen Steuererlässe wirklich nicht gelten lassen.

Bei der zweiten Lesung hat der Finanzminister gesagt: „Wer Rechte hat, soll auch Pflichten übernehmen.“ Gewiß, es fragt sich nur, ob die große Masse des Volkes in Breiten überhaupt Rechte hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Rechte hat das preussische Volk nur als Steuerzahler. Von einem Wahlrecht kann doch vorläufig gar keine Rede sein. Gegen die belanglose Vereinsgleichberechtigung läuft die Rechte im Reichstag Sturm, und wie es mit dem Vollerwerb gestellt ist, das beweist am besten die Verteilung der parlamentarischen Immunität im Fall Liebknecht. Nach reiflicher Erwägung halten wir daher unseren ablehnenden Standpunkt aufrecht. Die Vorlage ist ungerecht, weil sie die Besitzenden zu sehr schon und die Besitzlosen und den Mittelstand zu sehr belastet; sie verleiht einer direkten Reichsbesteuerung den Weg und schließlich ist die Erhebung von Zuschlägen nicht die

einzige Möglichkeit zu einer Senkung des Defizits. Man sollte vielmehr an verschiedenen Positionen des Etats sparen. Ich verweise nur auf die Positionen, die ausgesprochene Kampfespositionen zur Verwendung gegen bestimmte politische Parteien sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So lange Sie diese Positionen im Etat haben, so lange können wir ein Bedürfnis für neue Steuern nicht anerkennen. Erst wenn diese Positionen gestrichen werden, beweist die Regierung, daß es ihre Ernst ist mit der verheißenen Neuorientierung, die wahrlich lange genug auf sich warten läßt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lenge:

Im Namen der Regierung danke ich für die Bereitwilligkeit des Hauses, die preussischen Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Sie waren arg genug in Unordnung gekommen. Leider hat das Haus die Erhöhung der Einnahmen auf ein Jahr beschränkt. Ich teile die Hoffnung nicht, daß wir im nächsten Jahr ohne Fehlbetrag auskommen werden. Die Reichstagsbeschlüsse sind uns ein Gegenstand erster Sorge. Gerade infolge des Krieges wird die direkte Besteuerung in ganz unerhöhtem Maße angepannt werden müssen. Bisher haben wir nur den Anfang damit gemacht. Das Hauptgesetz wird noch kommen. Wenn sich zu Staat und Gemeinden nun auch noch das Reich an die direkten Steuern heranmacht, dann besteht die Gefahr, daß die Einzelstaaten und Kommunen auf die Dauer ihre Aufgaben nicht werden erfüllen können. Schwere Krisen in den einzelnen Bundesstaaten können entstehen. Vom bundesstaatlichen Standpunkt aus können daher die Eingriffe des Reichstags in die Besteuerung von Vermögen und Einkommen nur mit der schwersten Besorgnis betrachtet werden. Gegenüber dem Abg. Hirsch, der der Meinung ist, daß die nichtbestehenden Klassen keine Pflichten gegen den Staat haben, weil sie keine Rechte hätten, verweise ich darauf, daß das Wahlrecht nicht das einzige Recht ist, das der Preuze hat. Ich erinnere an den Reichsschutz, der auch dem Untermitteln gewährt wird, an den Schutz von Leben und Freiheit, an die Berechtigung jedes einzelnen, alle Staatseinzahlungen in Anspruch zu nehmen.

Abg. Dr. Radnide (Rp.):

Eine Besitzbesteuerung im Reich muß kommen, darüber darf man sich nicht im Zweifel sein. Selbstverständlich werden die Einzelstaaten einen Teil der direkten Steuern behalten müssen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Es ist immerhin erfreulich, daß der Redner wenigstens einen größeren Teil der direkten Steuern den Einzelstaaten lassen will.

Abg. Dr. Band (L.):

Nicht nur die breiten Massen bringen in diesem Kriege Opfer. Als Offizier stelle ich fest, daß bei uns die Opfer mindestens ebenso groß sind wie bei den von uns gewiß geliebten Soldaten. (Beifall rechts.) Vom Fürstentum bis zum einfachsten Mann deckt die gleiche Erde alle unsere Helden.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Von dem, was der Redner gesagt hat, habe ich kein Wort gesprochen. Mit keinem Wort ist mir eingefallen, solchen Anstich zu sagen. Ich habe nur gegenüber einer Äußerung des Abg. v. Heydebrand erklärt, daß die Arbeiter, kleinen Beamten und der Mittelstand zu den Opfern, die sie freiwillig auf sich nehmen, noch eine große Reihe weiterer Opfer in der Beteiligung an der Kriegsfürsorge bringen. Herr Band hat also auf eine Rede geantwortet, die er entweder nicht gehört oder nicht verstanden hat. (Abg. Hoffmann: Weisheit!) Was ich über Rechte und Pflichten gesagt habe, halte ich aufrecht, bis wir in Preußen ein anderes Wahlrecht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.
Nächste Sitzung: Sonnabend, 12 Uhr. (Kleine Vorlagen.)
Schluß 3 Uhr.

Aus der Partei.

Beitragsperre im Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

In den Ortsvereinen des Kreises Teltow-Beeskow wird die Beitragsperre eifrig propagiert, zum Teil ist sie schon beschlossen. Die Generalversammlung des Wahlvereins Neukölln hat am 27. Mai und die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Berlin-Lichterfelde am 10. Mai den Beschluß gefaßt, dem Kreis- bzw. dem Parteivorstand jede Geldmittel zu sperren.

In der Versammlung in Neukölln waren 260 Mitglieder anwesend von etwa 17 000; in der Versammlung in Lichterfelde waren 30 Mitglieder von mehr als 300 anwesend. In beiden Fällen sind den Mitgliedern diese wichtigen Anträge vor der Versammlung nicht bekanntgegeben worden.

Der neue Vorstand des Wahlvereins Neukölln steht auf dem Boden unbedingter Beitragsperre. Bei seiner Wahl haben sich die Mitglieder fast ausschließlich für die Beitragsperre erklärt, worauf erst die Wahl vollzogen wurde.

Diesen Vorstand kann der Parteivorstand nicht anerkennen!

Aus beiden Vereinen sind dem Parteivorstande aus den Reihen der Mitglieder und Funktionäre Proteste gegen die gefaßten Beschlüsse zugegangen, und zwar dahingehend:

„Der Parteivorstand des Wahlvereins Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg wird ersucht, durch geeignete Maßnahmen Vorsorge zu treffen, damit diejenigen Mitglieder des Wahlvereins Neukölln und Lichterfelde, die entgegen den gefaßten Beschlüssen der Generalversammlung vom 27. und 10. Mai beschlossenen Resolution, für die Ablieferung der Mitgliedsbeiträge nicht nur an den Kreis- und Parteivorstand, sondern auch an den Parteivorstand sind, ihre Beiträge an diese Körperschaften abführen können.“

Der Parteivorstand erachtet die in beiden Versammlungen gefaßten Beschlüsse für statutenwidrig; er ist den Anregungen aus dem Kreise der Mitglieder beigetreten.

Der Parteivorstand wird in allen Bezirken beider Vereine Funktionäre wählen lassen, die gewillt sind und dafür bürgen, daß die Beiträge im Sinne obiger Anregungen und statutengemäß an den Kreis-, Bezirks- und Parteivorstand abgeführt werden.

Der Parteivorstand wird sich in den nächsten Tagen direkt an alle Mitglieder beider Vereine mit einem Aufruf wenden und die Funktionäre namentlich bekanntgeben.

Wer der Organisation die Treue bewahren will, entnehme nur von diesen Genossen seine Beitragsmarken!

Der Parteivorstand.

Thurow, Böse, Groger, Bagels, Ahned, Stieffenhofer, Wenzel.

Soweit der Parteivorstand von Teltow-Beeskow. Wie die Redaktion des „Vorwärts“ zu der Parole der Beitragsperre steht, hat sie in ihrem Artikel „Beitragsperre und Organisationspflicht“ in Nr. 147 dargelegt. Sie hält nach wie vor an der Ansicht fest, daß die Beitragsperre das ungeeignetste Mittel ist, die gegenwärtigen Differenzen in der Partei zum Austrag zu bringen. Nichtsdestoweniger ist die Redaktion der Meinung, daß zu dem Vorgehen des Parteivorstandes von Teltow-Beeskow kein Anlaß vorliegt. In der ausschlaggebenden Resolution des Wahlvereins Neukölln heißt es:

„Gegenüber der Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der... stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt, diesem Parteivorstand jede Geldmittel zu sperren. Die Versammlung bekräftigt die Beitragsperre als Abwehrmittel gegen die Unter-

drückungspolitik des Parteivorstandes und fordert die Neuköllner Vertreter im Parteivorstand auf, in diesem Sinne zu wirken.“

Die letzten Worte der Resolution, die von uns unterzeichnet worden sind, können nach den Gesetzen unseres Organisationslebens nur den einen Sinn haben: die Vertreter der Neuköllner Organisation sind beauftragt, vor den zuständigen Instanzen der Kreisorganisation von Teltow-Beeskow die Forderung der Beitragsperre zu vertreten. Einen Beschluß, überhaupt keine Beiträge abzuführen, können wir aus der vorliegenden Neuköllner Resolution nicht herauslesen. Solange für diese Auffassung keine positiven Beweise vorliegen, erscheint uns die Wahnahme des Parteivorstandes von Teltow-Beeskow mindestens und gelinde gesagt als verfrüht und eher geeignet, das Herbeizuführen, was sie angeblich verhüten will.

Niederbarnim.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Von befreundeter Seite erhalte ich heute Nr. 147 des „Vorwärts“ mit dem Bericht der Kreis-Generalversammlung von Niederbarnim. Nach dem Bericht hat die Versammlung einem Antrage zugestimmt, der meinen Ausschluss aus der sozialdemokratischen Partei fordert.

Das will nichts weiter besagen. Denn weder die Parteiorganisation von Niederbarnim noch die von Groß-Berlin hat über meine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu bestimmen. Nur die Begründung des Beschlusses paßt mir nicht. Ich soll seit 1915 keine Parteibeiträge bezahlen und den „Vorwärts“ abbestellen. Das Straf- und Ausschlussverfahren gegen mich, das seit Juli 1915 den Parteifunktionären von Niederbarnim und Groß-Berlin Beifall und viel Zeit geraubt hat, habe ich stets von der heiteren Seite genommen. Deswegen habe ich nicht nur für 1915, sondern im März d. J. auch die Beiträge für 1916 einschließlich des Monats Juni bezahlt. Wenn der Parteivorstand sich mit dem Ausschlussverfahren sehr beeilt — und damit Glück hat — kann ich wohl noch einen Teil der vorausbezahlten Parteibeiträge zurückerhalten.

Der „Vorwärts“ wurde mit dem Tage, an dem er eine offizielle Kundgebung der „Arbeitsgemeinschaft“ an erster Stelle brachte, Organ dieser Parteigruppe und hörte auf, ein Blatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein. Deswegen habe ich ihn abbestellt. Keine Parteiorganisation kann mich zwingen, ein gegnerisches Blatt zu halten. Von dem Abonnement an den „Vorwärts“ hängt die Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Parteiorganisation nicht ab. So weit ich mich als Parteimitglied verpflichtet fühle, ein Parteiorgan zu halten, habe ich diese Verpflichtung durch das Abonnement auf das „Hamburger Echo“ erfüllt.

Der Parteivorstand soll eine Darstellung meines Ausschlussverfahrens veröffentlicht. Öffentlich werde ich dadurch nicht gezwungen, meinen Bericht in der Sache an die Parteipresse, den ich am 18. Oktober 1915 abdruckte, als „Niederbarnim (I. Fortsetzung)“ zu bringen. Ich wollte mir das Material für eine weniger trübe Zeit als die gegenwärtige zur Verwendung im „Wahren Jakob“ aufheben.

Berlin, den 30. Mai 1916.

E. Legien.

Wir müssen bekennen, daß wir selten einer Zuschrift mit so großer Freude und Genugtuung Raum gegeben haben wie diesem Stück Selbstbekenntnis einer edlen Mannesseele. Von diesem Kaliber sind also die Leute, die gegen Disziplinlosigkeit, gegen Parteigerüßung und für Parteieinheit zu Felde ziehen.

Ueber den Hauptinhalt des obenstehenden Dokuments mag sich die Organisation von Niederbarnim mit Herrn — Genosse Wären wir „Vorwärts“-leute nach dem obigen Bekenntnis doch wohl nicht mehr gegen — Regien auseinandersetzen. Wir wollen hier nur folgendes festnageln:

Für Herrn Legien ist der „Vorwärts“ ein gegnerisches Blatt, das zu halten ihm seine Ueberzeugung verbietet. Was sagt dazu der sozialdemokratische Parteivorstand, der seit länger als zwei Monaten Tag für Tag als selbstherrlicher Parteizeiger über die politische Studienreihe des „Vorwärts“ zu wachen sich bemüht? Was sagen dazu die Gefinnungsfreunde eines Regien, die sich gar nicht genug entrichten können, wenn an einzelnen Parteiorganen Genossen ihr mehrheitsfreundliches Lokalblatt abbestellen und sich ein Blatt halten, das ihrer Ueberzeugung entspricht?

Es sind doch Praktikerle, diese patentierten Stützen von Parteieinheit und Parteidisziplin!

Berichtigung. In dem Bericht über die Kreisgeneralversammlung Niederbarnim teilt uns der Bezirkskassierer von Nieder-Schönhausen mit, daß die Wahlvereinsbeiträge für den Genossen E. Legien bis zum 30. Juni 1916 bezahlt sind. Die gegenteiligen Angaben auf der Generalversammlung beruhen auf einem Irrtum.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Am vorigen Sonntag wurde die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 8. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Land), die 14 Tage vorher nach fünfmonatiger Dauer verlegt werden mußte, fortgesetzt. Sie nahm auch diesmal einen teilweise sehr erregten Verlauf. Ueber 600 Mitglieder waren anwesend. (Die Generalversammlung besteht nicht aus Delegierten.) Es lagen fünf Resolutionen bzw. Anträge vor. Eine von Fleißner eingebrachte Resolution bekämpft die Politik der Fraktionsmehrheit als nationalpolitisch und gegen die grundsätzlichen Anschauungen der Partei verstoßend. Sie fordert Abschmung der Kriegskredite, Bruch mit dem Burgfrieden, Weiterführung des... und heißt die Spaltung der Fraktion als eine unvermeidliche Folge der Mehrheitspolitik gut. — Die von Gradnauer für den Mehrheitsstandpunkt eingebrachte Resolution tritt für die unverminderte Landesverteidigung ein, erkennt die Bemühungen des Parteivorstandes um den Frieden an, bedauert die Fraktionspaltung, und wünscht alle Spaltungen von der Partei fern. — Weiter war eine Minderheitsresolution eingebracht, die (sich im 8. Wahlkreis (Pirna) angenommen worden ist und die den Minderheitsstandpunkt sehr ausführlich begründet. Eine andere Resolution spricht sich dagegen aus, daß Genossen deshalb Ehrenämter nicht bekleiden sollen, weil sie die „Dresdener Volkszeitung“ nicht abonnieren, sondern abbestellen haben. Ein Antrag spricht sich gegen die Haltung der „Dresdener Volkszeitung“ aus, wünscht Beilegung der jetzigen Redaktion bzw. Erneuerung der Prekommission.

Die Debatte begann Genosse Edmund Fischer (Vertreter des 1. sächsischen Reichstagswahlkreises), der den Standpunkt der Fraktionsmehrheit eingehend darlegte und das Vorgehen des Parteivorstandes scharf kritisierte. — Nach ihm sprach Kreissekretär Rahmann im Sinne der Fraktionsmehrheit. Er erging sich in scharfen Beweisen gegen einzelne Genossen und Gruppen. — Genosse Henker, Mitglied der Prekommission, kritisierte den schriftlichen Jahresbericht, sprach gegen die Haltung der Zeitung und im Sinne der Minderheit. — Dann sprach Gradnauer einundhalb Stunden. Er wies die Angriffe gegen die Zeitung ab, deren Haltung im wesentlichen von den Instanzen gebilligt worden sei. Dann verteidigte er die Haltung der Fraktionsmehrheit und ging ausführlich auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung ein. — Genosse Fleißner vertat darauf in einer einundviertelstündigen Rede den Standpunkt der Minderheit nach den Sätzen der von ihm eingereichten Resolution.

Kunmehr wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Bei der dann folgenden Abstimmung erhielt die Resolution Gradnauer 30 Stimmen. Dagegen stimmten 23 Genossen und Genossinnen. Die Gegner der Resolution Gradnauer bezweifelten die Richtigkeit der Auszählung der Stimmen, wobei es zu großer Aufregung kam. Es erfolgte hierauf Schluß der Versammlung. — Eine dritte Parteiversammlung wird die weiteren Abstimmungen und die Remissen vorzunehmen haben.

Frauenarbeit bei der Post.

Im Reichstage wurde bei Verhandlung des Postetats das hohe Lob der Frauen verkündet. Selbst Herr Hertel erklärte sich von den Leistungen der Postgehilfinnen höchst befriedigt. Es fragt sich indessen, ob auch die Postgehilfinnen zufrieden sind. Da lauten die Dinge aber ganz anders.

Vor allem der Lohn. Die Postverwaltung rechnet mit einer geringeren Leistungsfähigkeit der Frauen besonders im Außendienst. Beim Austragen der Posttaschen sollen sechs Frauen das gleiche leisten wie fünf Männer. Bei der Entlohnung wird aber dieses Verhältnis nicht eingehalten. Die Frauen erhalten nämlich pro Tag 2,75, die Männer 3,70 M. — Nur ist ganz sicher der Lohn der Männer niedrig, aber der Lohn der Frauen ist unter den gegebenen Teuerungsverhältnissen wirklich nicht zu rechtfertigen.

Die Postverwaltung spart indessen noch bei der Frauenarbeit: die fünf Männer erhalten 18,50 M., die sechs Frauen 16,50 M.

Dann die Arbeitsleistung. Zweimal in der Woche sind vier Touren zu machen, dreimal drei Touren, einmal zwei Touren und der Sonntag ist auch nicht frei. Bei vier Touren dauert die Arbeit von 6 Uhr früh bis annähernd um drei Viertel neun Uhr abends, nach einer kleinen Pause nach der ersten Tour, etwa von 9¹/₂ bis 10¹/₂ Uhr, und einer größeren Pause nach der zweiten Tour, etwa von 12¹/₂ bis 4¹/₂ Uhr. Sieben bis acht Stunden heißt es mit der schweren Posttasche treppauf, treppab laufen und vor jeder Tour sind die Briefschäcke zu ordnen, eine Fertigkeit die durch die Anspannung der Aufmerksamkeit stark ermüden muß. Es ist also für Frauenkräfte sicher ein voll und übervoll gerüttelt Maß.

Nun klagen die Frauen aber besonders darüber, daß ihnen außer dieser regelmäßigen Arbeit auch noch andere aufgebürdet wird, die man zu normaler Zeit den Männern nicht zumutet.

So wird aus einem der westlichen Berliner Vororte berichtet, daß dort die Briefträgerinnen auch die Briefkästen in den entlegeneren Straßen leeren und die Briefschäcke zur Post schaffen müssen. Das bedeutet dann, daß auf dem ganzen Wege der schwere Beutel mitgeschleppt werden muß und auf dem Rückwege eine ansehnliche Last zu tragen ist. In normalen Zeiten ist dieses Entleeren der Briefkästen die Aufgabe besonderer Radfahrerboten; jetzt bürdet man es den Frauen auf. — Nicht minder schlimm ist, daß außerdem die Frauen auch noch Pakete, die Gelpakete austragen müssen auf ihren Touren. Es sind zuweilen zwei Pakete und es soll vorgekommen sein, daß man einer Briefträgerin ein Paket von 17 Pfund aufhalsste. Diese Arbeit wurde in normalen Zeiten ebenfalls von besonderen für den Eilendienst angestellten Boten besorgt; jetzt sind dieser Boten zu wenig und man zwingt das Austragen den Briefträgerinnen auf. Wegen sie Einspruch zu erheben, so erfolgt die sattfam bekannte Antwort: wem es nicht paßt, kann gehen!

Man beachte, daß es sich hier um eine durchaus vergebene Arbeitsleistung handelt, denn die Briefträgerin muß das Paket auf ihrer Tour mitnehmen, es also in viele, vielleicht gar ein paar Dutzend Häuser bis in die höchsten Stockwerke mitschleppen, ehe sie es abliefert. Um so schlimmer, wenn eine so schwere Arbeit schwachen Frauen aufgebürdet wird.

Die Einwände, die man erheben wird, kennen wir im voraus: der Dienst muß geleistet werden, die Menschen sind knapp, die Post macht ohnehin Defizit und muß äußerst sparsam wirtschaften. — Nun, Arbeitskräfte sind in Fülle zu haben, denn die Arbeitslosigkeit ist groß. Zu 3,70 und 2,75 M. Tagelohn mag es freilich der Postverwaltung schwer sein, Kräfte zu finden, denn bei solchem Verdienst kann man schlechterdings nicht existieren. Bei höherer Entlohnung und Vermehrung des Personals würden natürlich die Ausgaben steigen und es kann sich da um ein paar Millionen Mark handeln. Allein, wenn das Defizit sich um diesen Betrag vergrößert, halten wir das noch für kein großes Unglück; die Finanzen gehen ohnehin drunter und drüber im Kriege und ein paar Millionen mehr oder weniger retten die Situation wirklich nicht.

Dagegen halten wir es für ein nationales Unglück, wenn infolge der Ueberspannung der Frauenarbeit, der Ueberbürdung der Arbeiterinnen, Menschenkräfte ruiniert werden. Besonders heute ist jede frühzeitig aufgeriebene Kraft ein unwiederbringlicher Verlust.

Sollen wir noch beweisen, daß eine solche Aufreibung hier stattfindet? Selbst wenn die Briefträgerin den Lohn von 2,75 M. nur für sich allein verwenden kann, so ist um dieses Geld bei der jetzigen Teuerung unter keinen Umständen eine Ernährung, wie sie bei dieser Arbeitsleistung notwendig wäre, zu bestreiten. Weitauß den meisten Frauen haben aber noch für andere zu sorgen. Da muß das Resultat sein — Unterernährung, die bei der schweren Arbeit auf die Dauer zu Entkräftung, zu vorzeitigem Sichtsamt führen muß. Da hilft nichts: die Maschine kann nicht funktionieren, wenn ihr keine motorische Kraft zugeführt wird; die Frauen können nicht schwere Männerarbeit verrichten, dabei das Haus versorgen, wenn sie infolge des zu fargen Lohnes sich nicht kräftig ernähren können.

Die schönen Worte von der „Bevölkerungspolitik“, die geföhrt werden muß, um den furchtbaren Ueberlast dieses Krieges wenigstens teilweise gut zu machen, bleiben Schall und Rauch, wenn in der Praxis Frauen im Dienste einer öffentlichen Behörde unter diesen Bedingungen arbeiten müssen. Es sind die Mütter der kommenden Generation, die da unter der Last übermäßiger Arbeit bei ungenügender Ernährung ihre Lebenskraft einbüßen. Ihre Lage zu heben, die Arbeitsleistung in angemessenen Grenzen halten und eine ausreichende Lebenshaltung ermöglichen, wäre „Bevölkerungspolitik“ im wirklichen Sinne des Wortes und die Verwaltung der Reichspost sollte diese Aufgabe unendlich höher stellen, als die Sparfameit.

Das tägliche Brot.

Vom Kriegsernährungsamt.

Amlich. Berlin, 30. Mai. (W. T. V.) Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes beschäftigte sich in der heutigen Sitzung u. a. mit dem gegenwärtigen Stande der Versorgung auf verschiedenen Lebensmittelgebieten. Insbesondere wurde geprüft, auf welchen Wegen für die nächste Zeit der schwerarbeitenden Bevölkerung besondere Mengen an Nahrungsmitteln zugeführt werden können. Außer den, wie bereits bekanntgegeben, von der Reichsgetreidestelle für diesen Zweck zur Verfügung gestellten zwei Millionen Zentnern Brogetreide sollen noch verschiedene andere Quellen erschlossen werden. Sie sollen insbesondere solchen Staaten und Industriegemeinden zugute kommen, welche die Massenversorgung in erheblichem Umfange und in zweckmäßiger Weise zur Durchführung bringen. Die bezüglichen Beratungen sollen in der am Sonnabend stattfindenden Besprechung mit Vertretern der Städte und Industriebezirke zum Abschluß gebracht werden, damit möglichst schon vor Pfingsten praktische Fortschritte erreicht werden. Ferner wurde die Frage der Butter- und Fettversorgung mit Vertretern aller beteiligten Stellen besprochen. Diese Besprechung soll vom Vorstande morgen zu Ende geführt und das Ergebnis in Form bestimmter Vorschläge dem Herrn Reichskanzler unterbreitet werden. Die Tagesordnung für die, wie schon bekanntgegeben, in der nächsten Woche stattfindenden Beratungen mit Vertretern der Verbraucher, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels wurde festgestellt. Besprechungen mit Vertretern des Ernährungsgewerbes (Bäcker, Zudeckbäcker, Fleischer, Gastwirte) sollen alsbald nach Pfingsten stattfinden. Die Organisationen sollen um Vorschläge von Vertretern ersucht werden.

Der im Reichshaushaltsausschuß angeregten Ergänzung des Vorstandes durch zwei Vertreter der Landwirtschaft wurde zugestimmt. Mit den bei den Ernährungsfragen besonders beteiligten Frauen beabsichtigt das Kriegsernährungsamt ständig Fühlung herzustellen, indem die Ernennung einiger Frauen zu Mitgliedern des Beirats in Aussicht genommen ist, wegen deren Auswahl noch verhandelt wird. Daneben soll für die Fragen, die die Frauen besonders berühren, ein aus Vertreterinnen der verschiedenen Berufe und Organisationen bestehender, nach Bedarf einberufender Frauenbeirat für das Kriegsernährungsamt gebildet werden.

Keine Ausfuhr von Lebensmitteln!

Berlin, 30. Mai. (W. T. V.) In letzter Zeit ist in der Presse mehrfach die Befürchtung geäußert worden, daß eine Ausfuhr von Lebensmitteln aus dem Gebiete des Deutschen Reiches stattfinden könnte. Tatsächlich ist jedoch die Ausfuhr aller irgendwie wichtigen Lebensmittel, jetzt auch des Spargels, verboten. Der Reichsminister ist zwar ermächtigt, Ausnahmen von dem Verbote zu gestatten, es besteht jedoch Uebereinstimmung zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Kriegsernährungsamt, daß die Zahl dieser Ausnahmen auf das geringste denkbare Maß beschränkt werden und daß in jedem einzelnen Falle eine scharfe Prüfung im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt stattfinden soll. Möglicherweise eine Ausfuhr von Lebensmitteln aus Deutschland aus geographischen Gründen nicht vermeiden, ebenso wie beispielsweise zahlreiche deutsche Orte an der österreichischen Grenze auf den Bezug von Lebensmitteln aus dem benachbarten österreichischen Gebiet angewiesen sind, gibt es umgekehrt auch eine Anzahl österreichischer, namentlich böhmischer Fabriorte, die die Einfuhr von Lebensmitteln aus den benachbarten deutschen Kreisen nicht entbehren können. Wenn jedoch gelegentlich in Zeitungen der Vermutung Ausdruck gegeben wird, daß die Ausfuhr von Obst und Gemüse nach Holland und Dänemark und damit mittelbar eine Begünstigung der Versorgung Englands stattgefunden habe, so ist dies völlig unzutreffend.

Einfuhr von Käse.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. teilt auf Grund der Verordnung vom 11. März 1916 mit, daß sie bis auf weiteres dem Handel allgemein die Genehmigung erteilt, Käse aus Schweden und Norwegen einzuführen und in den Verkehr zu bringen. Bei jeder Einfuhr ist nur die vorgeschriebene Anmeldung vorzunehmen, worauf die Zentral-Einkaufsgesellschaft ausnahmslos mitteilen wird, daß sie auf die Ablieferung verzichtet.

Ferner wird die Zentraleinkaufsgesellschaft zunächst bis zum 31. Juli 1916 die Einfuhr von Schweizer Käse unter der Bedingung, daß die Einfuhr und der Verkauf sich in den von der Zentraleinkaufsgesellschaft vorgeschriebenen Formen vollzieht, dem Handel überlassen. Abdruck der für den Geschäftsverkehr vorgeschriebenen Bedingungen sind unentgeltlich von der Verrechnungsstelle für Schweizer Käse in München 8 zu erhalten. Die wesentlichsten Bedingungen gehen dahin, daß Zahlungen an den Schweizer Lieferanten nur durch die Vermittlung der genannten Verrechnungsstelle erfolgen dürfen, und daß für den Vertrieb im Inlande dem Handel gewisse Beschränkungen bezüglich des Verdienstes vorgeschrieben werden. Der Höchstpreis, der bei der Abgabe von Käse an den Verbraucher gefordert und gezahlt werden darf, beträgt bis auf weiteres 2,30 M. für das Pfund.

Städtische Versorgungsmaßnahmen.

Die rheinisch-westfälischen Großstädte treffen umfassende Vorbereitungen zur Einführung der Speisegemeinschaft. In Duisburg teilte der Oberbürgermeister in einer Versammlung des Kriegsaussschusses für Konsuminteressen mit, daß man in dieser Stadt zunächst eine Reihe von Volkshäusern einrichte, die täglich 4800 Portionen, bei Bedarf aber auch das Dreifache herstellen. In Bonn wurde ein Ausschuß eingerichtet, der die Einrichtung der Speisegemeinschaft durchzuführen hat, ebenso in Minden, wo gleichzeitig eine große Vorratsanlage für Obst und Gemüse eingerichtet wird.

Die Regelung des Fleischbezuges in Berlin.

Am kommenden Montag wird die Fleischkarte in Berlin in Wirksamkeit treten. Im Laufe dieser Woche gelangen die Karten zur Ausgabe. Wie wir bereits mitteilten, kann Fleisch nur von dem Schlächter bezogen werden, bei dem der Käufer sich in die Kundenliste hat eintragen lassen. Auch diejenigen, die auf Gastwirtschaften angewiesen sind, müssen ihre Fleischkarte mitnehmen, da auch dort Fleisch nur gegen Abtrennung eines Fleischkartenabschnittes abgegeben wird. Das wird wohl etwas beschwerlich werden.

Wohlbil Fleisch oder Fett für eine Woche auf den Kopf der Bevölkerung entfällt (Wochenmenge), wird jedesmal zuvor von

dem Magistrat auf Grund der vorhandenen Vorräte durch öffentliche Bekanntmachung bestimmt. Die Festsetzung dieser Menge bezieht sich auf Fleisch mit eingewachsenen Knochen. Wer schieres (knochenfreies) Fleisch erhält, hat nur Anspruch auf $\frac{1}{2}$ der festgesetzten Menge. Die Abgabe von Fleisch und Fett an Verbraucher sowie die Entnahme von Fleisch und Fett durch diese ist nur gegen Vorlegung einer vom Magistrat ausgestellten Fleischkarte zulässig.

Als Fleisch im Sinne dieser Verordnung gelten frisches (rohes) Fleisch von Rindvieh, Kälbern, Schweinen und Schafen mit Ausnahme der Köpfe und Häute, ferner die zum menschlichen Genuß bestimmten Eingeweideteile dieser Tiere, sowie diejenigen Wurstwaren, deren Herstellung durch die Verordnung vom 5. Mai 1916 zugelassen worden ist (sogenannte Frischwürste). Als Fett gelten Speck, Talg und Fett von Rindern, Schafen und Schweinen.

Die Fleischkarten werden für einen mehrwöchentlichen Zeitraum ausgestellt, erstmals für 4 Wochen. Sie enthalten 12 Abschnitte, für jede Woche drei. Jeder Abschnitt gilt für $\frac{1}{3}$ der Wochenmenge.

Jeder Berliner Einwohner ohne Unterscheid des Alters, der sich im Besitz einer Berliner Vorkarte der Serien I—XIX und XXXVI befindet, erhält auf Verlangen eine Fleischkarte. Die Zuteilung erfolgt durch die zuständigen Vorkommissionen.

Größere Mengen als nach der Festsetzung des Magistrats wöchentlich auf die Fleischkarte entfallen, darf weder ein Fleischer oder Fleischverkäufer abgeben noch ein Fleischkarteninhaber entnehmen. Jeder Fleischkarteninhaber darf diese Wochenmengen auf einmal oder in den den Wochenabschnitten entsprechenden Teilmengen entnehmen, und hat in ersterem Falle alle drei Wochenabschnitte, in letzterem Falle die der bezogenen Fleischmenge entsprechenden Abschnitte an den Verkäufer abzugeben. Letzterer hat die Abschnitte selbst abzutrennen.

Jeder Fleischer und Fleischverkäufer ist verpflichtet, die zufolge der vom Magistrat erlassenen öffentlichen Aufforderung vom 18. Mai 1916 in sein „Kundenverzeichnis“ eingetragenen Kunden nach Maßgabe der festgesetzten Wochenmenge zu befriedigen, soweit die ihm zugewiesenen Vorräte dazu ausreichen. Jede Annahme und Veräußerung von Vorkaufstellungen ist verboten.

Jeder Fleischkarteninhaber darf nur bei demjenigen Fleischer oder Fleischverkäufer kaufen, in dessen Kundenverzeichnis er sich eingetragen hat, und ebenso darf jeder Fleischer und Fleischverkäufer nur an die nach seinem Kundenverzeichnis Berechtigten Fleisch oder Fett abgeben.

Für Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionate werden zwecks Abgabe an die bei ihnen übernachtenden Fremden Tagesfleischkarten ausgestellt. Jede dieser Karten enthält einen Abschnitt, der zum Bezuge von einem Drittel der Wochenmenge berechtigt. An einen Fremden darf an den nicht fleischlosen Tagen nur eine Tagesfleischkarte abgegeben werden, wozu nicht mehr als vier dieser Karten. Eine untergeordnete Veräußerung der Karte in der Zuteilung der Anzahl der Fleischkarten ist verboten.

In Schank- und Speisebetrieben (Restaurants, Kaminen, Speisebetrieben der Hotels und dergleichen) ist die Abgabe von Fleisch oder Fett nur gegen Vorlegung der Fleischkarte (Tagesfleischkarte oder allgemeine Fleischkarte) und gegen Abtrennung eines Abschnittes dieser letzteren zulässig. Der Abschnitt berechtigt zum Bezuge eines Fleischgerichts, das dem dritten Teil der Wochenmenge entspricht.

Zuüberhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Aus Groß-Berlin. Seelengift.

Zu einer Zeit, da Millionen deutscher Männer unter den Waffen stehen und täglich mit ihrem Leben dem Feinde Troß bieten, zu einer Zeit, wo im Inlande der ganze Ernst des Daseins mit harter Faust an alle Türen pocht und das seltene Lachen überdönt, hält ein Teil der bürgerlichen Presse die Gelegenheit für niedrigste Geschäftsmanöver gekommen.

Einige Wochen mag es her sein, seit an den Berliner Anschlagläusen eine Tageszeitung das Erscheinen des „neuen, spannenden Detektivromans“ ankündigte und damit die „Konkurrenz“ beunruhigte. Dagegen mußte etwas getan werden — und es wurde getan. Auf großen gelben Plakaten (ist Gelb nicht die Farbe des Reides?) wurde uns Menschen der „Eisernen Zeit“ die wichtige Nachricht, daß besagte Konkurrenz ihren Abonnenten einen noch spannenderen Detektivroman zum mageren Frühstück bieten und mit dieser zweifelhaften Annehmlichkeit auch noch das Nützliche in Form von Geldpreisen verbinden will. Diese Preise werden aber nicht etwa nach dem System der größten Kartoffel verteilt, sondern die Anwärter müssen sich das Hoffnungsstrahlchen durch einmonatiges intensives Studium der „kleinen Anzeigen“ erkaufen. Unter diesen soll nämlich der Schlüssel zu dem Geheimnis des „spannenden Detektivromans“ und damit die Möglichkeit der Anteilnahme an dem übrigens recht spärlichen Goldregen zu finden sein. Damit die Zahl der Enttäuschten aber nicht gar zu groß wird, sind für die weniger Glücklichen Trostpreise ausgelegt in Form von Büchern, welche ganz gewiß keine Vadenhüter sind.

Allzu lange ist es noch nicht her, daß ein berechtigter Kampf gegen die Rick-Carter- und ähnliche Literatur, gegen das „Gift in Wort und Bild“ geführt wurde, und wider die Verderbnis der Detektiv-Films rebbachluster Kinos versprigen ehrfame Redaktionen ihre edle Tinte bis auf den heutigen Tag. Was bedeuten aber ein paar Duzend hinter-treppenromane mitsamt einem Schock echt amerikanischer Schauerfilms gegen diese sprudelnden Giftbrunnen, welche täglich von neuem ihre schmutzige Flut über das Land ergießen?

Und welche schlechten Dienste erweist diese Presse dem Ansehen unseres Volkes, von dessen Seelengröße sie so überzeugend zu berichten weiß! Um solchen Mühschläffen unserer Gegner über die vom deutschen Volke während seines größten Ringens beliebte literarische Kost vorzubringen, betonen wir, daß es nicht das Volk ist, welches nach solcher Speise verlangt. Dieses muß auch die Verantwortung ablehnen für die Geschäftsmethoden solcher — sagen wir „gewinnjüchtiger Bürger“, in deren Herzen kein Raum ist für den Geist unserer „großen Zeit“.

Von denjenigen Volksgenossen aber, die das Ehrenkleid des Arbeiters tragen, darf man mit Zug und Recht verlangen, daß sie solchem Papier die Türe weisen. —

Kriegsarbeit der „Zentrale für private Fürsorge“.

Die in Berlin bestehende „Zentrale für private Fürsorge“ will Hilfsbedürftige nicht lediglich durch Geld vorübergehend unterstützen, sondern ihnen bei größtmöglicher Ersparnis der gesamten Lebenslage mit Rat und Tat aufhelfen. Während der Kriegszeit hat sie bisher eine beträchtliche Mehrung der Hilfsbedürftigen gehabt, auch mußte infolge des Krieges der Kreis ihrer Aufgaben erweitert werden.

In der jetzt abgelaufenen Hauptversammlung für 1916, der ersten seit Kriegsausbruch, ergab der Tätigkeitsbericht, daß an den im Jahre 1914 angelegten 11 900 Akten über hilfsbedürftige Personen oder Familien die fünf Kriegsmomente des Jahres mit 7300 beteiligt waren. 2000 davon betrafen Hilfsbedürftige, mit denen die Zentrale schon früher zu tun gehabt hatte, in den übrigen 4800 Fällen handelte es sich um neu hinzugekommene Hilfsbedürftige. Weiter brachte das Jahr 1915 etwa 10 600 aktenmäßig bearbeitete Fälle, und in 1916 sind bis Mitte Mai schon wieder ziemlich 3400 gezählt worden. Man sieht, welches Heer von Hilfsbedürftigen oder solchen, die sich dafür halten, dort zusammenströmt. Die eingehende Prüfung, die dieser Vereinigung gegenüber Hilfsbedürftigen als besondere Pflicht gilt, war natürlich nur bei einem Teil der vielen Personen möglich. Eingehend geprüft wurden in 1914 nur wenig über 4400 Fälle, woran die fünf Kriegsmomente mit etwa 2100 beteiligt waren, ferner in 1915 noch nicht 3000, in 1916 bisher über 1400. Wie vielen der Hilfsbedürftigen irgendwie geholfen wurde, haben wir dem Bericht nicht entnehmen können. Zurzeit befinden sich in „Pflegschaft“ der Zentrale etwa 1450 Fälle, die sich auf 210 „Pfleger“ verteilen. Die Gesamtzahl der Mitarbeiter beläuft sich jetzt auf 345, worunter 60 beforderte Angestellte und 285 ehrenamtlich tätige Personen sind. Die Zentrale hat in den Kriegsjahren eine Mehrung ihrer zahlenden Mitglieder gehabt, von 678 in 1914 auf 750 in 1916. Auch ist es ihr gerade in der Kriegszeit infolge reichlicheren Zustusses besonderer Spenden zum ersten Male möglich gewesen, ihre Verwaltungskosten völlig aus den Einnahmen zu decken und sogar noch einen Ueberschuß zu behalten. Den Hilfsbedürftigen konnte, abgesehen von der ihnen gewidmeten „Pflegerischen Arbeit“, in der die Zentrale ihre Hauptaufgabe sieht, auch manche greifbarere Hilfe zuteil werden. Unter anderem wurden bare Unterstützungen aus Stiftungen usw. vermittelt, die in 1914 über 142 000 M., in 1915 rund 149 000 M. betragen. Dazu kamen Darlehensgewährungen, in 1914 rund 17 000 M., in 1915 nur 6000 M., worauf in 1914 rund 9000 M., in 1915 nur 3900 M. zurückgezahlt wurden. Die Zentrale hat in der Kriegszeit festgehalten an ihrem Grundsatze, in gemeinsamer Arbeit mit allen möglichen Vereinen und Behörden den Hilfsbedürftigen jede etwa vorhandene Quelle zu erschließen und andererseits die gewohnheitsmäßige Schnorrerei zu bekämpfen. Zu ihren Zielen gehört die Zusammenfassung sämtlicher Wohlfahrtsanstaltungen zu planvoller Hilfsarbeit, aber einseitigen hat der Krieg bei aller Förderung dieser Bestrebungen doch wieder noch eine weitere Zersplitterung gebracht. Aus dem Bericht erfährt man, daß während des Krieges in Berlin 276 (!) der Kriegsfürsorge sich widmende Vereinigungen und Körperschaften neu entstanden sind.

Unter den besonderen Aufgaben, die der „Zentrale für private Fürsorge“ durch den Krieg gestellt wurden, stehen die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Hinterbliebenenfürsorge obenan. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge will die Bemühungen der Ärzte und der amtlichen Berufsberatungsstellen, die Kriegsbeschädigten einem Beruf zuzuführen, möglichst unterstützen. Bisher sind bei der Zentrale nur 75 Fälle in Fürsorge genommen worden. Der Bericht hierüber erwähnt, daß manche Kriegsbeschädigten das oft nötige Umlernen für leichter halten, als es ist. Die Hinterbliebenenfürsorge, die bisher etwa 2000 Fälle zu behandeln gehabt hat, ist bemüht, den Witwen eine Erwerbstätigkeit zu verschaffen. Der Bericht hierüber glaubt hervorheben zu müssen, daß manche Kriegswitwen nicht verstehen, warum sie nicht vollständig versorgt werden und noch selber dazuerwerben sollen.

Viehbestandserhebung am 2. Juni 1916.

Jeder, der in Berlin Rindvieh, Schafe oder Schweine hält, hat auf dem zuständigen Polizeirevier diese Bestände persönlich oder durch einen Stellvertreter anzugeben und zwar gesondert

- bei Rindvieh nach
 - Kälbern, unter 3 Monate alt,
 - Jungvieh, 3 Monate bis noch nicht 2 Jahre alt,
 - Bullen, Stieren und Ochsen von 2 Jahren und älter,
 - Kühen (auch Färsen, Kalbtinnen) von 2 Jahren und älter, und die Gesamtsumme,
- bei Schweinen nach
 - Ferkeln unter 8 Wochen,
 - Schweinen von 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt,
 - Schweinen von 1/2 Jahr bis noch nicht 1 Jahr alt,
 - Schweinen von 1 Jahr und älter und die Gesamtsumme,
- bei Schafen nur die Gesamtsumme einschließlich der Lämmer.

Die in der Nacht vor dem Aufnahmetage auf dem Transport befindlichen Tiere sind beim Eintreffen in Berlin unmittelbar nach der Ankunft vom Begleiter beim Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststr. 16, anzumelden.

Wer die Anzeige unterläßt oder eine unrichtige Anzeige erstattet, wird nach § 5 der Bundesratsverordnung vom 2. Februar 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.

Kosibare Schmalzstullen.

Es ist noch gar nicht solange her, daß die Schmalzstulle als ein Symbol der Bescheidenheit und fast der Dürftigkeit galt. Heute sind wir bald soweit, Schmalzstullen zu den Delikatessen rechnen zu können, wenigstens bezüglich des Geldwertes. Wer's nicht glauben will, der gehe nach einem Lebensmittelgeschäft, das sich an der Ecke der Koch- und Jerusalemer Straße neu aufgetan hat. Dort kann er Schweineschmalz zum Preise von sieben Mark für das Pfund haben, wenn es ihn gelüstet, soviel dafür anzulegen. Allerdings ist es auch kein ganz gewöhnliches Schweineschmalz, sondern es hat den Vorzug, daß man es als dänisches auf die Stulle schmieren darf. Wohl den Leuten, die es dazu haben, sich solche Schmalzstullen leisten zu können! Seien wir froh, wenn wir mal das sonst so gering geachtete amerikanische Schweineschmalz zu dem „extrabiligen“ Preis von „nur“ 3 Mark für das Pfund kriegen können. Als kürzlich ein Warenhaus einen großen Posten dieser Ware ergattert hatte und ihn so „billig“ verkaufte, wurde es durch viele Tausende von Kaufstütern umlagert. Das war begreiflich, denn gewöhnlich werden jetzt für hiesiges Schmalz, falls welches zu haben ist, Preise gefordert, die (abgesehen von dem durch die Stadt verkauften Schmalz) noch weit darüber hinausgehen. Selbst 3 M. für das Pfund ist ein Preis, der sich schon sehen lassen kann. Er ist vier- bis fünfmal so hoch, wie derjenige, den wir vor zwei Jahren für gewöhnliches Schweineschmalz zahlten. Im Mai 1914 kostete in Berlin das Pfund 60 bis 70 Pf., den zehnten Teil des Betrages, den man jetzt für dänisches Schweineschmalz zahlen soll.

Umtausch der Kinderbutterkarten.

Durch die neue Verordnung über die Anmeldung des Butterbezuges wird allen Einwohnern Groß-Berlins, gleichviel welchen

Alters, die volle Butterportion zugebilligt. Demgemäß erhalten für die Zeit nach dem 5. Juni d. J. die 1914/16 geborenen Kinder eine gleiche Butterkarte wie sie bisher die Erwachsenen erhalten haben. Ferner werden die Kinderbutterkarten gegen Butterkarten für Erwachsene umgetauscht. Die Ausstellung und der Umtausch finden von Mittwoch dieser Woche ab bei den Brotkommissionen statt. Zum Umtausch genügt es, daß die Kinderbutterkarte abgegeben wird. Zum Empfang einer Butterkarte für Kinder, die bisher keine Karten hatten, sind die zur Legitimation erforderlichen Papiere mitzubringen. Sofern die Brotkommissionen zur Vermeidung eines Andrangs an den einzelnen Tagen nur Bewohner bestimmter Straßen oder mit bestimmten Anfangsbuchstaben zulassen oder sonstige Ordnungsbestimmungen treffen, ist dies am Eingang der Brotkommissionen vermerkt. Man wird daher gut tun, sich vorher darüber zu informieren, wie die Brotkommission des Bezirks die Ausstellung geregelt hat.

Der Umtausch darf nur bis zum 11. Juni geschehen. An den Kinderbutterkarten muß der Abschnitt der 13.—14. Woche noch vorhanden sein.

Reis- und Bohnenkarten.

Für den Monat Juni werden die Reis- und Bohnenkarten nur noch an die erwachsenen Empfänger von Kriegsunterstützung, Armenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung bei den schon von früher bekannten Stellen (Brotkommissionen, Armenkommissionen, Zahlstellen der Arbeitslosenfürsorge) ausgegeben. Alle übrigen erwachsenen Hilfsbedürftigen müssen sich an die zuständigen Kartenausgabestellen des Nationalen Frauendienstes wenden. Die Ausgabe an die erwachsenen Empfänger von Kriegsunterstützung erfolgt gegen Vorlegung des Unterstützungsbogens bei den Brotkommissionen am 2. Juni (Buchstabe A—L) und 3. Juni (M—Z).

Die früher erfolgte Ausgabe von Karten an Kinder bis zu 14 Jahren, die ja bislang nur eine halbe Butterportion erhielten, wird jetzt eingestellt, da alle Kinder vom 5. Juni 1916 ab in den Genuß der gleichen Portion Butter wie die Erwachsenen gelangen. Die Ausgabe der Reiskarten an Kinder jetzt einzustellen, wird um so unbedenklicher erachtet, als im kommenden Monat bereits frische Gemüse in reichlicher Menge auf dem Markt erscheinen werden. Mit Rücksicht hierauf wird die Ausgabe von Reis und Hülsenfrüchten aus städtischen Beständen demnächst überhaupt vorübergehend eingestellt werden.

Lebensmittelfragen.

Die vom Zentralvorstand bereits angekündigten Volksversammlungen, in denen die Lebensmittelfrage und die Ernährung des deutschen Volkes erörtert werden soll, finden am Dienstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr statt. Die Referate haben die Reichstags- und Landtagsabgeordneten übernommen.

Im zweiten Wahlkreis findet die Versammlung an einem anderen Tage statt, da für den 6. Juni die Generalversammlung des Wahlvereins bereits festgesetzt war.

Krankeinsparung an der Oberbaumbrücke.

Ein eigenartiges Unglück hat sich Dienstag nachmittags 8 1/2 Uhr im Stralauer Hafen, dicht an der Oberbaumbrücke, zugetragen. Der dort befindliche große Kran ist infolge Entgleisung in den Hafen gestürzt. Der den Kran bedienende Führer wurde mit in das Wasser gerissen, konnte aber, wenn auch schwer verwundet, von seinen Arbeitskollegen gerettet werden. Die alarmierte Feuerwehr schaffte den Verunglückten ins Krankenhaus. Der Kran konnte bisher noch nicht gehoben werden. Der Unfall hatte nach Bekanntwerden eine große Menschenmenge herbeigelockt.

Der König. Botanische Gärten in Dahlem wird am Himmelfahrtstage sowie am ersten Pfingstfeiertage nachmittags von 2 bis 7 Uhr, die Gewächshäuser von 2 bis 6 Uhr zum unentgeltlichen Besuch geöffnet sein.

Das Botanische Museum ist am ersten Pfingstfeiertage von 11 bis 2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Am zweiten Pfingstfeiertage bleiben Garten und Museum geschlossen. Kinder unter zehn Jahren dürfen auch in Begleitung Erwachsener nicht eingeführt werden.

Abchied im Zirkus Busch. Heute abend findet im Zirkus Busch die Abschiedsvorstellung statt.

Ein unverbefferlicher Schwindler wurde gestern auf Veranlassung eines durchreisenden Soldaten in Schöneberg festgenommen. Ein Feldgrauer erkundigte sich nach diesem und jenem und fiel dabei einem 38 Jahre alten Fechter Paul Schmidt in die Hände, einem gewerbsmäßigen Betrüger, der von der Berliner Kriminalpolizei schon gefaßt wurde. Schmidt spielte zuvorkommend den freundlichen Führer, ging mit dem Soldaten kreuz und quer durch die Straßen und erbot sich endlich in Schöneberg auch, im das Gepäck zu tragen, damit er eine kleine Erleichterung habe. Bald darauf versuchte er, mit dem Gepäck zu verschwinden. Der Soldat schloß aber Verdacht, packte auf, ging seinem „Führer“ nach und ließ ihn festnehmen. Auf dem Neutöllner Polizeipräsidium ergab sich, daß man einen guten Fang gemacht hatte. Schmidt, der schon wiederholt bestraft ist, betrieb allerhand Schwindeltreiben, besonders aber einen ausgedehnten Heiratsschwindel. Vielen Mädchen, die er auf Spaziergängen kennen lernte und denen er bald die Ehe versprach, lockte er unter allerhand Vorpiegelungen erhebliche Beträge ab. Bald wollte er die Verlobungsringe, bald die Wohnungseinrichtung besorgen. Meistens aber redete er den Mädchen vor, daß er im Begriff stehe, einen sehr löhrenden Klavierhandel zu eröffnen, und daß die Mädchen ihr Geld nicht besser als in diesem Geschäft anlegen könnten. Schon seit längerer Zeit gesucht, wußte sich der Gauner bisher allen Nachforschungen zu entziehen.

Ein gefährlicher Wüstling, vor dem Eltern ihre Kinder nicht dringend genug warnen können, ist in Neutölln aufgetreten. Es ist ein etwa 30—33 Jahre alter Mann, der keinen Knaben nachstellt. Er lockt diese, besonders in früher Morgenstunden, auf irgendeinen Hausflur, um sich an ihnen zu vergehen. So fiel ihm vor acht Tagen um 5 Uhr morgens in der Lichtenrader Straße ein Knabe von fünf Jahren in die Hände. Gestern früh tauchte er, wieder in der sechsten Stunde, im südlichen Teile von Neutölln auf. Wieder wollte er Knaben auf die Hausflure locken. Erwachsene Männer wurden aber auf das Gebahren aufmerksam und wollten den Wüstling festnehmen. Es gelang ihm jedoch zu entkommen, indem er seinen Knab im Stich ließ. Der gefährliche Mensch ist etwa 1,63 Meter groß und schwächlich, hat blaßes Gesicht mit eingefallenen Wangen, einen blonden Schnurrbart und lächerhafte Zähne und trug einen grauen Rock und Weste, eine dunkle Hose, einen schwarzen steifen Hut und abgetragene Schnürschuhe.

Schwerer Unfall auf dem Bahnhof Spandau. Auf dem Spandauer Westbahnhof hat sich ein bedauerlicher schwerer Unfall ereignet. Als der dort um 1/1 Uhr nachmittags abgehende Zug sich gerade in Bewegung setzte, befand sich eine Frau, die im letzten Augenblick erst auf dem Bahnsteige angelangt war, auf dem Trittbrett. Der diensttuende Stationsbeamte W. eilte nun hinzu, um der Frau, die schon halb das Abteil erreicht hatte, behilflich zu sein und die Tür zu schließen. Dabei kam er jedoch zu Fall und geriet zwischen das Trittbrett des Zuges und die Bahnsteigkante und wurde etwa 20 Meter mit fortgeschleift, da der Unfall, der sich am vorletzten Wagen abgespielt hatte, vom Lokomotivführer nicht bemerkt worden war. Mit großer Mühe nur konnte der Bedauernswerte aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden. Der Verunglückte, der schwere Verletzungen erlitten hatte, mußte nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden.

Aus den Gemeinden.

Die Frage der Massenpeisung in Charlottenburg.

Der Magistrat berichtet: Der Gedanke der Massenpeisung ist in Charlottenburg seit Kriegsbeginn in die Tat umgesetzt worden. In einer größeren Anzahl von Speisehallen ist der bedürftigen Bevölkerung Mittagspeisung gewährt worden, zu der die Stadt eine große Anzahl von Unterstützungsbedürftigen dieser Kriegsklassen und Speiseanstalten auf ihre Kosten überwies. In diesen Speiseanstalten hatte auch die minderbemittelte Bevölkerung, soweit dies nicht auf Kosten der Stadt geschah, Gelegenheit, auf eigene Kosten zu billigen Preise ein gutes Mittagessen einzunehmen. Die Stadt hat in dem Zeitraum vom 1. April 1915 bis zum Ende April 1916 für die Massenpeisung bedürftiger Personen rund 150 000 M. aufgewendet. Es wurden monatlich rund 50 000 Portionen ausgegeben. Die augenblicklichen Verhältnisse lassen es nun erforderlich erscheinen, die Massenpeisung, die die besten Erfolge gezeigt hat, zu einer, noch weitere Bevölkerungskreise umfassenden sozialen Einrichtung auszubauen. Der Magistrat beabsichtigt, in allernächster Zeit die Einrichtung zu treffen, daß die für die Massenpeisung erforderlichen Speisen in einigen großen Zentralküchen hergestellt und durch Ausgabestellen, die über die ganze Stadt verteilt werden, an das Publikum abgegeben werden. Es zwar, daß die Speisen dort abgeholt und zum Verzehren in die Wohnung gebracht werden.

Städtischer Teigwarenverkauf in Charlottenburg.

Der Magistrat von Charlottenburg wird in den nächsten Tagen einen großen Posten von Teigwaren der Bevölkerung zugänglich machen. Der Kleinverkaufspreis, der durch Ausschlag in den einzelnen Geschäften erstlich gemacht wird, darf für Sorte I (Nudeln und Makaroni aus Kaiser-Ausgangsmehl) 72 Pf. für das Pfund, für dieselben Waren aus 75 proz. Wehl (Sorte II) 51 Pf. für das Pfund nicht übersteigen. Der Verkauf findet nur an Charlottenburger Einwohner gegen Vorlegung der Lebensmittellkarte statt. Die Abgabe an Wiederverkäufer ist untersagt. An den einzelnen Käufer wird auf einmal nicht mehr als 1 Pfund wöchentlich abgegeben.

Generalversammlung des Neutöllner Wahlvereins.

In zwei Generalversammlungen beschäftigten sich die Parteigenossen mit dem Jahresbericht des Vorstandes, der vom Vorsitzenden Genossen Holz und dem Sekretär Genossen Radtke erstattet wurde. Danach gehören der Organisation, einschließlich dem zum Militär eingezogenen, 11 775 Mitglieder, darunter 2700 weibliche, an. Für die zukünftige Haltung des Wahlkreisvorstandes wurde vom Vorstand der Versammlung nachfolgende Resolution unterbreitet:

Die Generalversammlung des Neutöllner Wahlvereins bekennt sich zu der Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die darauf ausgeht, in selbständiger, energischer Weise die Interessen der Arbeiterklasse entsprechend den Grundfähen des Erfurter Parteiprogramms und den Beschlüssen nationaler und internationaler sozialistischer Kongresse im Parlament zu vertreten. Die Entscheidung über die Berechtigung dieser Politik wird der nächste Parteitag zu treffen haben.

Gegenüber der jetzt bestehenden politischen Situation fordert die Generalversammlung von den sozialdemokratischen Parteimitgliedern rücksichtslosen Kampf gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, gegen die weitere Belastung des Volkes durch indirekte Steuern, gegen die unzureichenden Maßnahmen in der Lebensmittelfürsorge und Unterstützung der Wehrtruppen, welche geeignet sind, dem . . . ein Ende zu bereiten.

Die Versammlung protestiert ferner energisch gegen die Gewaltpolitik des Parteivorstandes, die gegen die Bestimmungen des Organisationsstatuts verstoßt, und erwartet von ihm, daß er eine Haltung einnimmt, die geeignet ist, die Einheit der Partei zu erhalten.

In ebenso energischer Weise wehrt sich die Versammlung gegen die direkten und indirekten Bestrebungen, dem Parteivorstand oder einer Parteiorganisation die Beiträge zu sperren. Das würde die Parteipaltung bedeuten und nicht dazu beitragen, die Geschlossenheit der Partei aufrecht zu erhalten. Nur durch Erfüllung der durch das Organisationsstatut bestehenden Pflichten können die sich aus ihm ergebenden Rechte ausgeübt werden.

Die Debatte war sehr lebhaft und richtete sich in erster Linie gegen die Politik des Parteivorstandes. Von zwei Genossen wurde nachstehende Resolution eingebracht:

Die heutige Generalversammlung des Wahlvereins Neutölln beschäftigte sich eingehend mit den Parteidifferenzen. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Parteitagbeschlüsse und internationalen Kongresse und beurteilt die Dienerpolitik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes.

Sie fordert die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft auf, die offizielle Intransigenzpolitik, den . . . und alle Nachenschaften der Fraktionsmehrheit rücksichtslos öffentlich zu durchkreuzen und sich der internationalen Politik Liebedeuts und Rühles anzuschließen.

Sie fordert weiter, alle Kriegskredite und Steuervorlagen abzulehnen, da diesem . . . keine Mittel zu bewilligen sind.

Gegenüber der Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der . . . stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt, diesem Parteivorstand jede Geldmittel zu sperren. Die Versammlung betrachtet die Beitragsperre als Abwehrmittel gegen die Unterdrückungspolitik des Parteivorstandes und fordert die Neutöllner Vertreter im Zentralvorstand auf, in diesem Sinne zu wirken.

Die Versammlung spricht dem Genossen Liebknecht für sein mutiges Verhalten ihre vollste Sympathie aus.

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, über die letztgenannte Resolution, zuerst abzustimmen. Die Abstimmung ergab eine überwiegende Annahme der Resolution, der entscheidende Absatz über die Beitragsperre wurde mit 172 gegen 87 Stimmen angenommen.

Auf Grund dieser angenommenen Resolution lehten die bisherigen Vorstandsmitglieder eine Wiederwahl ab, der Sekretär Genosse Radtke erklärte, zum nächsten Termin seine Stellung zu kündigen und am 30. September aus dem Dienst der Organisation auszuscheiden. Nach dieser Erklärung wurde Johann beschloffen, die Wahl des Sekretärs einstweilen zurückzustellen und die Stelle auszufüllen. Die darauf vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Friedrich Koch, 2. Vorsitzender R. Zirkel, Schriftführer A. Regge, Beisitzer: Künstler, Hans Beder, Otto Frantz, A. Kaiser, Redizoten: Sobner, Nowakowski, Binquid, Beisitzerinnen: Adena, Reipke, Viertelstühler für das 2., 3. und 4. Viertel: Herrm. Schulz, Grande und Karl Schneider. Der der Wahl wurde jedem Kandidaten die Frage vorgelegt, ob er für die Beitragsperre sei. Mit Ausnahme der Genossen Grande und Künstler, die sich dagegen aussprachen, wurde die Frage von den übrigen bejaht.

Kinderveranstaltung in Steglitz.

Heute Kinderausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr am Bahnhof Steglitz (Haltestelle der elektrischen Bahn nach dem Grunewald). Rundvortrag mitbringen. Bei ungünstigem Wetter im Jugendheim.

Aus aller Welt.

Der Spuk von Großerlach.

Das für ungläublichen Unsinns gewiffe Blätter ihren Lesern vorzulesen wagen dürfen, lehrt das Amtsblatt des württembergischen Bezirks Ludwigs, das von dem Landtagsabgeordneten Ströher herausgegeben und redigiert wird. Dieses Blatt brachte kürzlich folgende Nachricht aus Großerlach:

Bei der Postbotenwitwe A., deren Mann zu Nordes in Frankreich voriges Jahr den Tod fürs Vaterland fand, wurde in letzter Zeit vielfach das Vieh im Stall — es ist in einer vom Wohnhaus unweit gelegenen Scheuer — losgebunden. Und zwar am helllichten Nachmittage konnte man zusehen, wie die Keiten von selbst sich lösten und unter der Streu verschwand. Dieser Vorgang wiederholte sich immer wieder, sobald die Tiere mit der Kette festgehalten waren. Am letzten Montag übertrug sich der rätselhafte Spuk auch in die Wohnung und unter Weifen mehrerer Zuschauer und Zeugen, die für den Vorgang einsehen konnten, flogen hier Hausgegenstände, groß und klein, vom Aufstellungsort auf den Boden oder an die Wand und an den Köpfen vorbei, ohne daß das Geringste von einem Wesen zu bemerken war. Ja, selbst die Türen hoben sich aus den Angeln. Wohnräume und Küche boten das Bild der Zerstörung. Da die Familie von der Unruhe nicht verschont blieb, wurden die Kinder inzwischen bei Verwandten untergebracht. Nun ist auf behördliche Anordnung die Landjägersmannschaft aufgefordert, in die eigenartigen, rätselhaften Vorgänge Licht zu bringen, hoffentlich gelingt dies rasch und sicher.

Der „Badnanger Volksfreund“, der sich an Ort und Stelle informiert hat, schreibt hierzu: „Die Frau Postbotin in allen Ehren, eine fleißige, tätige Frau, sie trinkt auch zuweilen so ein Gläschen nicht ungerne und ist deshalb in glücklichen Stunden mit einer außerordentlich „reichen“ Phantasie begabt. In einer solch dichterischen Stimmung erzählt sie auch die rührend-schönen Geschichten von den fliegenden Rindern usw. Am letzten Dienstag hat sich nun der Landjäger ins Haus begeben und bald hatte er den umfüßlerischen „Geist“ entdeckt. Unter der Jugend des Hauses befindet sich auch ein Knädel aus der Schule gelommener junger Herr (ein sogenannter „heller Kopf“), der jedenfalls die „eigenartigen Vorgänge“ mit den Rindern usw. gemacht und Redakteure, Schultheißen und sonstige Beamte zum „Wesen“ gehabt hat! Seitdem nämlich der Landjäger diesem „Geist“ die Hölle heiß gemacht hat, hören auch die Spukgeschichten auf!“

Das ist nun eine schöne Blamage für die braven Großerlacher, mehr aber noch für das Amtsblatt, das solche Spukgeschichten ernst nahm und auch seinen Lesern zumutete, sie ernst zu nehmen.

Schwere Unwetter sind auch in Rheinhessen niedergegangen. In Saulöngersheim brannten infolge von Blitzschlag mehrere Anwesen nieder. Betsolsheim, Gabsheim, Spiesheim, Viebelnheim wurden durch Hagelstürme heimgesucht, Weinberge und Fluren erlitten teilweise empfindlichen Schaden.

Der amerikanische Eisenbahnkönig Dill ist in St. Paul (Minnesota) gestorben. Er war der mächtigste Herr der nordamerikanischen Bahnen, der siegreiche Konkurrent der Harriman, Gould, Vanderbilt. Dill war 1837 als armer Farmersohn in einer elenden Holz- hütte geboren. Er besuchte nur eine Volksschule, alles andere erlernte er praktisch allein. Als halber Knabe ging er nach Minnesota, wurde zuerst Holzhändler, später Spediteur, vergrößerte sich unauß- hörlich, bis er in die Verwaltung der St. Paul und Pacific R. R. Co. gelangte. Von da an vollzog sich sein Aufstieg in großen Schritten. In seinem Marmorpalast in St. Paul, wo er jetzt, 79 Jahre alt, ge- storben ist, hat er eine der kostbarsten Privatsammlungen der ganzen Welt zusammengebracht.

Parteiveranstaltungen.

Tempelhof. Freitag, den 2. Juni, abends 8½ Uhr, findet im Lokal von Weimer, Rolleistraße 17, Ecke der Ordensmeisterstraße, eine Mit- gliederversammlung des Wahlvereins statt. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Oberschöneweide. Der Vorstand des Wahlvereins Bezirk Oberschö- neweide ersucht um Mitteilung, daß er in Erfahrung gebracht hat, daß von einer Anzahl Gruppenführer, die ihre Kassen niedergelegt haben, zu heute Abend Sachverhalte einzuweisen sind, auf denen Sonderorganisations- bezeichnungen zugunsten der auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehenden Genossen geplant werden. Der Vorstand ist selbstverständlich gegen diese Pläne auf Zerstückung der Organisation und ersucht die Genossen ihnen entgegenzuwirken.

Friedrichshelde. Die für den 31. d. Mts. in Aussicht genommene öffentliche Versammlung kann nicht abgehalten werden, weil, wie es im Bescheid des Amtsvorstehers heißt, nach den vom Oberkommando in den Marken aufgestellten Grundregeln öffentliche Versammlungen politischer Vereine oder dergleichen gleich zu achtender Vereinigungen in keinem Falle ge- stattet werden dürfen.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Heute abend 8 Uhr im Jugendheim: Vortrag. — Morgen: Frühpartie. Treffpunkt 6 Uhr an der Fähre. Gäste sind willkommen. (Nur Vormittagspartie.)

Jugendbildungsverein Neutölln (früher Abonnenten der „Arbeiter- Zeitung“). 1. Juni (Dimmelfahrt): Wanderung mit Vortrag. Grünan, Gerthe Krämpfe, Eichwalde. Fahrgehalt 50 Pf. Treffpunkt: 6 Uhr früh, Ringbahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 8, IV. Hof rechts, porters, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Bezugs-, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

23. M. 20. 1. Rein, der Eigentümer der Sachen möchte dagegen intervenieren. 2. Ein solches Abkommen kann der Hauswirt mit dem Mieter treffen. 3. Die pfändbaren Sachen können Ihnen für rechtliche

Rechtschuld einbehalten werden. — **M. R. 8.** Sie haben in diesem Falle keinen Anspruch auf Unterhaltung. — **S. 33.** Sie sind verpflichtet, die Umschreibungsgebühr von 50 Pf. zu zahlen. — **S. 23, 27.** 1. Sie müßten den Schadenersatz event. durch Klage geltend machen. Bei der Geringfügigkeit des Objekts wäre aber eine gütliche Einigung sehr zu empfehlen. 2. Die Anstalt kennen wir nicht, wahrscheinlich aber ist es ein Erziehungsheim. — **S. R. 100.** Die Frau sollte sich wegen einer Extrament- lichen an den Kreisaußschuß (Landrat) wenden. Ueber den sehr interessanten Fall, wie der Herr Graf Kriegerfrauen mit acht Kindern auf das Pfalter setzt, machen Sie uns bitte nochmals nähere Angaben. — **23. M. 88.** Das erste ist richtig. — **G. R. 100.** Da die Arbeitergesetzbestimmungen während der Kriegszeit außer Kraft gesetzt sind, ist das zulässig. — **Anna 1000.** 1. Die Todesurkunde wird Ihnen zugestellt. 2. Bei Ausstellung der nächsten Karte bringen Sie auf eine richtige Angabe des Geburtsortes. — **J. R. 17.** Ja. Wenn Sie mit der Steigerung nicht einverstanden sind, wird die Kündigung erfolgen. — **Urlaub.** Ein ablosierter Anspruch auf Urlaub be- zieht nicht. Es soll allen über ein Jahr im Felde stehenden Mannschaften,

sofern sie abkömmlich sind, nachsander Urlaub gewährt werden. — **Treptow.** Beiträge aus der Invalidenversicherung werden nicht zurück- erstattet. — **S. 23.** Ein solcher Anspruch besteht nicht. — **S. R. 15.** Solange der Betreffende nicht für tot erklärt ist, sind keine Ansprüche zu erheben. — **S. 2.** Wenn der Urlaub nicht zu gewerblichen Zwecken erteilt wurde, haben Sie Anspruch auf Verpflegungsgeelder.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beclth, Buch und anderen Heilanstalten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heil- stätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Freieigenen sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Pavillon usw.) einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Korrespondenzen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Verband der Gemeinde- u. Staats- arbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Karl Samariter
von den Pflegeanstalten (Anstalt Wuhlartent).

Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Sonnabend, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Biesdorfer Friedhof.

Um rege Beteiligung bei der Be- stattung des Kollegen ersucht 23/12 Die Ortsverwaltung.

Unsere Mitglieder zur Nach- richt, daß der Kollege

Hermann Schütze
welcher im Betriebe der Englischen Gasanstalten beschäftigt war, ver- storben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Mit- woch, den 31. Mai, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindebüros in Parren- dorf, Friedenstraße, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb im Lazarett am 22. April an seiner schweren Verwundung (Granat- splitter) mein innigstgeliebter, guter Mann, der Grenadier

Erich Schuster
Leib-Ordn.-Reg. Nr. 8, 2. Komp.
In tiefstem Schmerz

Wwe. Gertrud Schuster
geb. Bawomowky.
Im Herzen bleibt Du ewig mein.

Am 28. Mai, nachmittags 8 Uhr, verstarb nach langen schmerz- vollen Leiden unser innigstgeliebter Vater, Schwiegerpater und Großpater, der Buchdruckermeister

Karl Schulz
im 75. Lebensjahre. 7685

Dies zeigen mit der Bitte um stillen Beileid tiefbetrauert an

Geschwister Schulz.
Die Beerdigung findet am 1. Juni (Dimmelfahrt), nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeons und St. Rufas-Kirch- hofes, Berlin-Ortig, Tempelhofer Weg 3, aus statt.

Allgemeine Familien-Sterbekasse zu Berlin.
Unsere Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Reditor,

Reinhold Tamm
am Sonnabend, den 27. Mai, ver- storben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoh, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des freiwilligen Fried- hofes, Pappelallee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zum Wandern bei Wind und Wetter

Loden-Pelerinen
Loden-Anzüge
Loden-Joppen
Loden-Hosen
Bozener Mäntel
Regen-Mäntel

für Herren u. Knaben

Sporthüte * Gamaschen
Mützen * Sportwasche

BILLIGE PREISE

BAER SOHN

Charlotten-Strasse 29/30 BERLIN 11 Brücken-Strasse 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Geogr. 1891 Schönberg, Hauptst. 10

Nächsten Sonntag 8-10 und 2-6 geöffnet.



Als Opfer des Völkerringens fiel unser heiliggeliebter Sohn und Bruder

Oskar Böhler
vom Inf.-Regt. 64
im vollendeten 20. Lebensjahre.
Baier zurzeit im Felde. 7676
Seine untröstlichen Eltern
nebst Geschwistern,
Weber Sohn, Isidor in Ruh,
Unsre Liebe bedt Dich zu.

Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.

H. & P. Uder,

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Pfingst-Angebote

Billige Preise!!!

Reizende Kostüme
aus Kammgarn, Tafel, Eolienne, flüssender Seide, schwarz-weiße Seide, Phantasiestoffe, Schöpfungen allerersten Meisters (Modelle), welche in Muster-Werkstätten mit hohem Gelde bezahlt werden

120,- 120,- 100,- 85,- 69,- 55,-

Gummi- und imprägnierte Seidenmäntel
aus Kammgarn, blau, grün, kariert, glatt, braun, baat, top mit Kappenmütze, recht, weite Glockenschnitte 55,- 65,- 55,- 40,-
wunderbare Gummimäntel u. Staubmäntel, recht weite Glockenschnitte, Kammgarn, Alpaka, Popeline 33,- 25,- 22½,- 18,- 15,-

Prachtvolle Backfischkostüme,
Kammgarn, Kruselstoff, entzückende, jugend- liche Ausführungen

42,- 25,- 20,- 24,- 18,-

Feinkörper-(Covertcoat-)Mäntel,
lang, halblang, kurz, sauberste Stepparbeit, Glockenschnitte und glatt

55,- 45,- 35,- 25,- 15,-

Schwarze Frauenmäntel aus Kammgarn,
Tuch, Eolienne, Tafel, wunderbare Modelle

20,- 25,- 60,- 40,- 25,-

Lodenartikel, garantiert echt holsteinsches, Neumünster Fabrikate
Mäntel 32,- 25,- 18,-
Kostüme 40,- 30,- 25,-

Meine Winter-Angebote!!

Entzückende Seidensplüschmäntel mit
Preis 150,- glatt 110,- 80,- 60,-
Rechte leine Pelzmäntel mit Iltis, Hermella
600,- 350,- 250,-

Passendes für stärkste Figuren
in allen Abteilungen.

Sonntags geöffnet
8-10 und 2-6 Uhr

1. Geschäft
Mohrenstrasse 37a
(Kolonnaden)

WESTMANN

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

2. Geschäft
Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstrasse)



Salamander

Stiefel werden stets bevorzugt,
da ihre Güte, Passform
und Preiswürdigkeit
unübertroffen sind.

SALAMANDER

Schuhges. m. b. H. - Berlin.
Zentrale: W.S. Friedrichstr. 182

